

UNIVERSITÄT BREMEN

STUDIENFÜHRER
PERSONALVERZEICHNIS
VERANSTALTUNGSVERZEICHNIS

SOMMERSEMESTER 1972

Herausgegeben von der Universität Bremen
28 Bremen 33, Achterstraße, Telefon: 2181
Redaktion: G.Zacharias, Telefon: 218-264

Termine

Sommersemester 1972

Semesterbeginn	1.4.1972
Einschreibung	10.4. – 22.4.1972
Beginn der Lehrveranstaltungen	17.4.1972
Pfingstferien	21.5. – 27.5.1972
Ende der Lehrveranstaltungen	14.7.1972
Semesterschluß	30.9.1972

Nähere Auskünfte erteilt das Studentensekretariat der Universität Bremen, 28 Bremen 33, Achterstraße, Zi. A 022/023, Telefon: 218 295/294.

Die Meldung für die Inanspruchnahme der Studentischen Krankenversicherung (SKV) muß bis zum 31. März 1972 beim Sozialwerk (Frau Brähler, Zi. A 029, Telefon: 273) erfolgen.

Die genauen Termine für die Röntgenreihenuntersuchungen werden noch bekanntgegeben.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Das Bremer Modell	4
2. Das Gesetz über die Errichtung einer Universität in Bremen	8
3. Die Mitglieder des Gründungssenats für die Universität Bremen ..	12
4. Vorläufige Universitätsgremien	13
5. Die Mitglieder der Zentralen Kommission der Universität Bremen	14
6. Die Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses Lehrerbildung der Universität Bremen	15
7. Die Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses Sozialwissenschaften der Universität Bremen	16
8. Die Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses Naturwissenschaften der Universität Bremen	16
9. Die Mitglieder der Studiengangskommissionen der Universität Bremen	17
10. Die Studentenschaft der Universität Bremen	22
11. Studentenpfarrer	23
12. Grundsätze über den Zugang zum Studium an den wissenschaftlichen Hochschulen im Lande Bremen	23
13. Vorläufige Immatrikulationssatzung	26
14. Satzung zur Änderung der Vorläufigen Immatrikulationssatzung	35
15. Satzung über Zulassungsbeschränkungen an der Universität Bremen im Sommersemester 1972	36
16. Satzung für Tutoren an der Universität Bremen im Wintersemester 1971/72 und im Sommersemester 1972	39
17. Gasthörer	42
18. Nebenhörer	42
19. Das Studium für Ausländer an der Universität Bremen	42
20. Kontaktstudenten	43
21. Graduiertenstipendien	43
22. Studien- und Prüfungsordnungen	44
23. Das Sozialwerk	46
24. Ausbildungsförderung	46

	Seite
25. Wohnungs- und Zimmervermittlung	46
26. Wohngeld, Berechtigungsscheine	47
27. Gesundheitsdienst, Krankenversicherung, Röntgenuntersuchung	47
28. Verpflegungseinrichtungen	48
29. Hochschulsport	49
30. Das Bibliothekssystem der Universität Bremen	51
31. Was ist wo in Bremen ?	56
32. Die Hochschullehrer der Universität Bremen	61
33. Die Universitätsverwaltung	72
34. Organisationsbereich Lehrerbildung	85
Studienberatung	86
Kontaktstudium	87
Arbeitslehre/Politik	89
Kommunikation/Ästhetik	93
Entwurf: Examensregelung für Fortgeschrittene Studenten im Bereich Kommunikation/Ästhetik und Arbeitslehre/Politik	94
Sozialpädagogik	97
Ergänzungsstudium Elektrotechnik für Berufsschullehrer	99
Mitarbeiter im Bereich schulpraktischer Projektstudien	99
35. Organisationsbereich Naturwissenschaften	101
Studiengänge Mathematik	102
Physikstudium	104
Ergänzungsstudium Elektrotechnik	108
36. Organisationsbereich Sozialwissenschaften	111
Das integrierte sozialwissenschaftliche Eingangsstudium	112
37. Die Lehrveranstaltungen der Universität Bremen im Sommer- semester 1972	115

1 Das "Bremer Modell"

Die Bezeichnung "Bremer Modell" ist inzwischen zum Sammelbegriff unterschiedlichster Besonderheiten der Bremer Universitätsgründung geworden, die allerdings alle in einem Zusammenhang stehen: dem Zusammenhang einer demokratischen, aus der Analyse der gegenwärtigen Hochschulsituation entwickelten Hochschulreform.

Diese Besonderheiten sind in den vergangenen Jahren in enger Zusammenarbeit des Senators für das Bildungswesen, der Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) und des Gründungssenats allmählich erarbeitet worden.

Die wichtigsten Prinzipien des "Bremer Modells" hat der Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Herr Bürgermeister Koschnick, am 2. September 1970 in einer Erklärung vor der Bürgerschaft genannt:

"Das Universitätsgesetz mit dem in § 2 Abs. 2 verankerten Bremer Modell ist ein Versuch, die universitären Spannungen schon in der Gründungsphase der Universität demokratisch auszutragen; es wird dazu beitragen, neue Ansätze einer Universitätskonzeption für die Industriegesellschaft zu verwirklichen. Die Fraktionen von SPD, CDU und FDP waren sich in diesem Hohen Hause einig, daß die mit dem Bremer Modell verbundene abgestufte Parität auf allen Ebenen geeignet sein könnte, eine Basis dafür abzugeben, die universitären Gruppenkonflikte in demokratischen Prozessen auszugleichen. Demokratischer Prozeß insoweit, als keine Gruppe für sich dabei die ausschlaggebende Position für die Entwicklung der Universität haben wird, gleichgültig, ob es sich dabei um die Gründung oder um die weitere Entwicklung der Universität Bremen, ob es sich um Forschung und Lehre handelt.

Das Bremer Modell, getragen auch von der übereinstimmenden Willenserklärung von SPD, CDU und FDP in der Bremischen Bürgerschaft, hat das Ziel:

1. die Kooperation aller Gruppen bis zu einem Optimum,
2. die Verwirklichung notwendiger inhaltlicher Ansprüche an die neue Universität wie
 - die rationale, effektive und sich ihrer gesellschaftlichen Funktion bewußte Organisation von Forschung und Lehre,

- die Sicherung einer gesellschaftswissenschaftlichen Fundierung und einer gesellschaftskritischen Orientierung von Forschung und Lehre,
 - die Modernisierung des Studiums und des Prüfungswesens.
3. Die Transparenz des Universitätslebens für alle Beteiligten und für die Öffentlichkeit,
 4. die Stellung der Universität in der Gesellschaft als Stätte kritischer Bewußtseinsbildung gegenüber gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Prozessen, als Stätte wechselseitiger Beeinflussung aller gesellschaftlichen Gruppen, als Zentrum geistiger Ausstrahlung auf alle Bildungsbemühungen.

Eine in diesem Sinne verstandene Demokratisierung der Universität wird vermeiden, daß die Universität eine von der übrigen Gesellschaft abgekapselte, eine vom Staate losgelöste Institution, ein Staat im Staate, wird. Die angestrebte Transparenz wird bereits in der Gründungsphase durch eine durchgängige Kontrolle des gesamten Planungsprozesses ermöglicht, denn sämtliche Gründungsgremien verhandeln nicht in der sonst üblichen akademischen Isolation, sondern in aller Öffentlichkeit."

Ursprünglich war der Bremer Senat von der Absicht geleitet worden, die Bremer Universität in Patenschaft von der Universität Göttingen aufbauen zu lassen. Dieser Versuch ist jedoch gescheitert. Daraufhin setzte sich der Plan durch, das Gründungsgremium gänzlich mit reformbereiten Mitgliedern verschiedener Hochschulen zu besetzen. Der zwölfköpfige Gründungssenat, der heute über die Angelegenheiten der Universität im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen beschließt, setzt sich aus 6 Hochschullehrern, 3 Assistenten und 3 Studenten zusammen, die alle engagierte Verfechter einer demokratischen Hochschulreform sind.

Die neue Universität wird also weder von einer Staatsbehörde, noch von einer anderen Universität, noch von sog. "Eckprofessoren" gestaltet, sondern von Repräsentanten der die gegenwärtige Universitätsentwicklung tragenden Kräfte.

So erhält die neue Universität bereits in der Gründungsphase jene weitgehende Autonomie gegenüber dem Staat, die ihr – im Prinzip von allen Reformplänen bekräftigt – nach Abschluß des Gründungsvorganges zugedacht wird – eine Autonomie, die in der Verantwortung gegenüber

Staat und Öffentlichkeit ihre Entsprechung findet.

Neben dem ehrenamtlichen Gründungssenat arbeitet unter der Leitung des Gründungsrektors, der an die Beschlüsse des Gründungssenat gebunden ist und diesem ohne Stimmrecht vorsitzt, eine wachsende Zahl von hauptamtlichen Mitarbeitern. Einerseits wird die künftige Hochschulverwaltung zügig aufgebaut, andererseits gestaltet ein Stab von zentralen Planern die neue Universitätsorganisation. Ferner hat der Gründungssenat drei beratende Planungskommissionen eingesetzt, in denen in paritätischer Besetzung Hochschullehrer, Assistenten und Studenten ehrenamtlich arbeiten. Diese Kommissionen werden wiederum unterstützt von ihnen zugeordneten wissenschaftlichen Planern.

Die Tätigkeit der vorläufigen Universitätsorgane: Gründungssenat und Gründungsrektor sowie der Planungskommissionen endet, sobald aufgrund einer noch zu erarbeitenden Universitätssatzung die ersten Professoren und Studenten ihre Organe gewählt haben. Die hauptamtlichen Planer werden vorläufig auf zwei Jahre eingestellt, so daß die künftigen Organe die Gelegenheit haben, über deren Weiterarbeit frei zu entscheiden. Diese Konstruktion soll gewährleisten, daß nicht private Interessen der Planenden die Gestaltung der neuen Universität beeinträchtigen.

Die Gründungsorganisation bedeutet insofern eine Festlegung der künftigen Universität, als diese paritätische Beteiligung verschiedener Gruppen die gesamte Struktur der künftigen Willensbildung bestimmen wird. Dies ist als ein Essential des Bremer Modells zu verstehen: in keinem der zukünftigen Selbstverwaltungsgremien wird eine Statusgruppe die Mehrheitsposition erhalten. Der Sinn der Paritätenregelung ist die Förderung der Verständigung zwischen den verschiedenen Gruppen, die heute eine Universität tragen.

Auch die Nutzung der universitären Mittel und Einrichtungen für die Forschung, ob durch die Universität selbst oder aus Drittmitteln finanziert, wird der Kontrolle paritätischer Kollegialorgane unterliegen. Diese Kontrolle soll sicherstellen, daß

- a) die Forschungsmittel gemäß sachlichen Prioritäten verwendet werden,
- b) keine ökonomischen Abhängigkeiten von Hochschulangehörigen gegenüber Dritten entstehen können,
- c) keine Vermengung materieller Interessen der Beteiligten mit dem sachlichen Forschungsinteresse erfolgt.

Die Tätigkeit der Wissenschaftler der Universität wird von dem zuständigen Kollegialorgan insoweit kontrolliert, als es sich um die Ausübung von Lehre und Forschung im Auftrag der Universität oder Dritter handelt. Die traditionelle wirklich "einsame Forschung" wird dagegen in keiner Weise reglementiert werden. Sie wird vielmehr durch die Gewährung von Freiemestern gefördert werden, deren Umfang für alle Hochschullehrer gleich sein soll.

Von besonderer Bedeutung ist ferner das Prinzip, daß die Kontrollorgane der Bremer Universität in voller Öffentlichkeit tagen, einerseits um der Öffentlichkeit Einblick in die Problematik der Universitätsreform zu geben, zum anderen, um die Universität zu zwingen, ihre Beschlüsse öffentlich zu rechtfertigen. Es kann festgestellt werden, daß die Bremer Öffentlichkeit an der Arbeit der universitären Gründungsgremien regen Anteil nimmt. Pauschale Angriffe gegen die Bremer Universität, die in der bundesweiten Öffentlichkeit so großes Echo gefunden haben, sind von Presse, Rundfunk und Fernsehen in Bremen selbst nicht aufgenommen worden.

Beim Aufbau der Universität, insbesondere bei der Gestaltung der Lehre, wird großer Wert darauf gelegt, daß ein Auftrag der Universität als öffentlicher Organisationsform der Wissenschaft stets mitbedacht wird: an der Entwicklung der Gesellschaft zu arbeiten, d.h. an der ständigen Verbesserung der Fähigkeit der Menschen, ihr Leben, ihr gesellschaftliches Zusammenwirken und ihre Arbeit vernünftig zu gestalten. In diesem Sinne soll die Universität der Gesellschaft ebenso dienen wie andere öffentliche Einrichtungen.

Diese Definition der Aufgabe universitärer Wissenschaft, für den Bereich der Naturwissenschaft allgemein anerkannt, wird bezüglich der Gesellschaftswissenschaften teilweise bestritten. Das hängt eng mit der Tatsache zusammen, daß aller gesellschaftlicher Fortschritt in der Vergangenheit stets auf den heftigen Widerstand solcher Interessen gestoßen ist, die Vorteile aus der Erhaltung des Status quo, aus der Zementierung überkommener Vorstellungen zogen und deshalb dem Neuen ablehnend gegenüberstanden.

2 Gesetz über die Errichtung einer Universität in Bremen

Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen Nr.30/1970 vom 8. September 1970

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

§ 1

Stellung der Universität

(1) Die Freie Hansestadt Bremen errichtet eine Universität mit dem Sitz in Bremen. Sie stellt der Universität die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Grundstücke, Einrichtungen und Haushaltsmittel zur Verfügung.

(2) Die Universität ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(3) Die Universität hat das Recht der Selbstverwaltung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(4) Die Universität untersteht der Rechtsaufsicht des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Diesem obliegt daneben auch die Aufsicht in den Angelegenheiten, bei denen es aufgrund von Verpflichtungen der Freien Hansestadt Bremen gegenüber dem Bund oder gegenüber anderen Ländern geboten ist.

(5) Die Universität ist berechtigt, Dienstsiegel zu führen.

§ 2

Vorläufige Organe

(1) Vorläufige Organe der Universität sind der Gründungssenat und der Gründungsrektor.

(2) Der Gründungssenat besteht zur Hälfte aus Professoren und Dozenten und zu je einem Viertel aus wissenschaftlichen Mitarbeitern (Assistenten) und Studenten. Die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des Gründungssenats werden vom Senat der Freien Hansestadt Bremen berufen. Ohne Stimmrecht gehört dem Gründungssenat außerdem der Gründungsrektor an; er ist Vorsitzender des Gründungssenats.

(3) Der Gründungsrektor wird auf Vorschlag der Mehrheit der Mitglieder des Gründungssenats vom Senat der Freien Hansestadt Bremen

bestellt. Der Gründungssenat kann mit einer Mehrheit von zwei Drittel seiner Mitglieder die Abberufung des Gründungsrektors verlangen, sofern er gleichzeitig mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Rektor vorschlägt.

§ 3

Aufgaben der Organe

(1) Der Gründungssenat beschließt mit der Mehrheit seiner Mitglieder im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen über alle wichtigen Angelegenheiten der Universität.

(2) Der Gründungsrektor leitet die Universität im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und der Beschlüsse des Gründungssenats. Der Gründungsrektor vertritt die Universität.

(3) Der Gründungsrektor muß unbeschadet der Rechtsaufsicht des Senats der Freien Hansestadt Bremen Beschlüsse des Gründungssenats, die er mit dem geltenden Recht für unvereinbar hält, schriftlich binnen zwei Wochen beanstanden. Hält der Gründungssenat seinen Beschluß aufrecht, so entscheidet der Senat der Freien Hansestadt Bremen. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung.

(4) Der Senat der Freien Hansestadt Bremen entscheidet außerdem, wenn der Gründungssenat Beschlüsse, die für den Aufbau und den Betrieb der Universität erforderlich sind, nicht getroffen hat, obwohl ihm die Notwendigkeit entsprechender Beschlüsse rechtzeitig bekanntgegeben worden ist. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen entscheidet auch bei nicht nur vorübergehender Beschlußunfähigkeit des Gründungssenats.

§ 4

Kommissionen

Der Gründungssenat kann sich insbesondere bei der fachlichen Planung der Universität durch Kommissionen beraten lassen.

§ 5

Rechtsstellung der Bediensteten

(1) Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Universität stehen im Dienste der Freien Hansestadt Bremen. Sie werden auf Vorschlag des Gründungssenats vom Senat der Freien Hansestadt Bremen ernannt bzw. eingestellt. Der Senat kann die Befugnis ganz oder teilweise auf seine Mitglieder übertragen.

(2) Der Gründungssenat kann das Vorschlagsrecht ganz oder teilweise auf den Gründungsrektor übertragen.

§ 6

Haushalt

(1) Die Freie Hansestadt Bremen gewährt der Universität zur Erfüllung ihrer Aufgaben einen Zuschuß, dessen Höhe im Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen festgesetzt wird.

(2) Der Gründungssenat stellt nach den für die Aufstellung der Haushalte der Freien Hansestadt Bremen maßgebenden Vorschriften den Entwurf eines Haushaltsplanes auf.

(3) Der Senat der Freien Hansestadt Bremen prüft den Entwurf und leitet ihn mit seiner Stellungnahme der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.

(4) Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) beschließt getrennt nach Personal- und Sachausgaben über den Zuschuß. Die Bürgerschaft kann Auflagen beschließen. Der Zuschuß wird in den Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen eingesetzt.

(5) Im Rahmen der bewilligten Haushaltsmittel stellt der Gründungssenat den Haushaltsplan unverzüglich nach Maßgabe der Beschlüsse der Bürgerschaft endgültig fest. Der Haushaltsplan der Universität ist dem Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen als Anlage beizufügen.

§ 7

Zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte

Die Universität Bremen bedarf der vorherigen Zustimmung des Senats der Freien Hansestadt Bremen für:

- a) die Aufnahme von Darlehen,
- b) die Aufnahme von Kassenkrediten,
- c) Darlehnshingaben, ausgenommen Stipendien und Studentendarlehen,
- d) Übernahme von Bürgschaften und Leistungen von Sicherheiten,
- e) Annahme von Zuwendungen, wenn sie eine Vermehrung der Ausgaben nach sich ziehen können,
- f) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken,
- g) Schenkungen,
- h) sonstige Verfügungen über Universitätsvermögen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
- i) den Erlaß von Gebühren- und Beitragsordnungen.

§ 8

Rechnungsprüfung

Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen prüft die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Universität.

§ 9

Übergangsvorschriften

(1) Der Gründungssenat beschließt eine vorläufige Universitätsverfassung. Sie bedarf der Bestätigung des Senats der Freien Hansestadt Bremen.

(2) Der Gründungssenat nimmt seine Befugnisse nach diesem Gesetz wahr, bis die in der vorläufigen Universitätsverfassung vorgesehenen Universitätsorgane sich konstituiert haben.

(3) Das Amt des Gründungsrektors endet mit dem Beginn der Amtszeit des ersten nach der vorläufigen Universitätsverfassung gewählten entsprechenden Organs.

§ 10

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. das Gesetz über die Errichtung einer Internationalen Universität in Bremen vom 20. Dezember 1948 (SaBremR 221-a-1),
2. das Gesetz über die Universität Bremen vom 14. Februar 1967 (Brem.GBl. S. 13 – 221-a-2).

Bremen, den 8. September 1970

Der Senat

Die Universität Bremen ist Mitglied der folgenden Vereinigungen:

Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK)
53 Bonn-Bad Godesberg, Ahrstraße 39

Hochschulvereinigung für das Fernstudium
53 Bonn-Bad Godesberg, Ahrstraße 39

3 Die Mitglieder des Gründungssenats für die Universität Bremen

Professor Dr. Imanuel Geiss, Professor am Historischen Seminar der Universität Hamburg, 205 Hamburg 80, Perelstraße 234

Professor Dr. Walter Jens, Ordentlicher Professor für Allgemeine Rhetorik an der Universität Tübingen, 74 Tübingen, Sonnenstraße 5

Privatdozent Dr. Manfred Kahlweit, Wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Physikalische Chemie in Göttingen, 34 Göttingen, Bunsenstraße 10

Professor Dr. Job-Günther Klink, Ordentlicher Professor für Allgemeine und Schulpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Bremen, 28 Bremen, Warendorfer Weg 2

Professor Dr. Fritz Sack, Ordentlicher Professor für Soziologie an der Universität Regensburg, 84 Regensburg, Rilkestraße 29

Professor Dr. Rudolf Wiethölter, Ordentlicher Professor für Bürgerliches, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt am Main, 6243 Falkenstein/Ts, Am Bergschlag 9

Dr. Heide Gerstenberger, Wissenschaftliche Assistentin am Seminar für die Wissenschaft von der Politik der Universität Göttingen, 34 Göttingen, Angerstraße 1c

Dr. Ghanem-Georges Hana, Lektor für Arabische Sprache an der Universität Göttingen, 34 Göttingen-Weende, Ginsterweg 11

Diplomphysiker Franz Wollers, Wissenschaftlicher Assistent am Physikalischen Institut der Universität Göttingen, 34 Göttingen, Keplerstraße 9

Detlef Griesche, Student der Germanistik an der Universität Göttingen, 28 Bremen, Vor dem Steintor 162/164

Horst Jensch, Student der Fahrzeugtechnik an der Ingenieur-Schule Hamburg, 3011 Hannover-Empelde, Mittelstraße 5

Werner Loewe, Student der Anglistik an der Universität Hamburg, 2 Hamburg 13, Jungfrauenenthal 16

Vorsitzender

Gründungsrektor Dr. Thomas von der Vring, 28 Bremen, Achterstr. (dienstlich), Meißner Straße 7 (privat)

4 Vorläufige Universitätsgremien

Der Gründungssenat für die Universität Bremen hat in seiner 53. Sitzung am 14. Oktober 1971 im Beschluß zur Struktur der Universität bis zum Erlaß einer vorläufigen Universitätsverfassung gemäß § 9 des Gesetzes über die Errichtung einer Universität in Bremen (Beschluß Nr. 478) die Organisation der Universität geregelt. Danach wurden die Organisationsbereiche Lehrerbildung, Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften eingerichtet.

Die Gemeinsamen Ausschüsse sind als Initiativ- und Beschlußorgane der Organisationsbereiche insbesondere zuständig für die Anforderung der für Lehr- und Forschungsvorhaben benötigten Mittel und die Verteilung zugewiesener Mittel.

Für einen oder mehrere benachbarte Studiengänge sind halbparitätisch (Hochschullehrer — Studenten) besetzte Studiengangsplanungskommissionen eingerichtet worden, die die Curricula für die Studiengänge der Universität ausarbeiten, die Präzisierung und Operationalisierung des Projektstudiums vorzunehmen und die permanente Studienreform zu betreiben haben. Im Hinblick auf die Gesamthochschule Bremen sind an ihnen auch Vertreter der Fachhochschulen und der Pädagogischen Hochschule beteiligt.

Die Koordination der Arbeit der Gemeinsamen Ausschüsse der Organisationsbereiche und der Studiengangsplanungskommissionen ist Aufgabe der Zentralen Kommission der Universität.

Sowohl die Gemeinsamen Ausschüsse als auch die Zentrale Kommission

und die Studiengangsplanungskommissionen sind nach dem Gesetz über die Errichtung einer Universität in Bremen Beratungsgremien des Gründungssenats.

Am 12./13. Dezember 1971 hat der Gründungssenat eine "Vorläufige Universitätsverfassung" beschlossen und dem Senat der Freien Hansestadt Bremen zur Bestätigung zugeleitet.

Hinweis: Exemplare des Beschlusses 478 und der Vorläufigen Universitätsverfassung sind in der Informationsabteilung, Arbeitsbereich Dokumentation, Zi. A 111a bei Frau Karnatzki erhältlich.

5 Die Mitglieder der Zentralen Kommission der Universität Bremen

Hochschullehrer

Prof. Dr. Annelie Keil (Universität)
Prof. Dr. Rolf-Richard Grauhan (Universität)
Prof. Dr. Ludwig Arnold (Universität)
Prof. Dr. Jürgen Feldhoff (Universität, PKL)
Prof. Dr. Hans-Joachim Koch (Universität, PKS)
Prof. Dr. Jens Scheer (Universität, PKN)

Vertreter der Pädagogischen Hochschule Bremen

Reiner Ubbelohde (PH)
Reinhold Löffler (PH)
Wilhelm Söhner (PH)

Studenten

Helmut Kommer (Universität)
Peter Senft (Universität)
Andre Schulz (Universität)
Franz Eck (PKL)
Wolfgang Nitsch (PKS)
Wolfgang Landsberg (PKN)

Dienstleistungsbereich

Joachim Foerster (Universitätsverwaltung)
Heino Heinken (Universitätsverwaltung)
Knut Nievers (Universitätsverwaltung)
Dr. Elger Blühm (Universitätsbibliothek)
Dr. Wolfgang Budach (Universitätsbibliothek)
Dr. Martin Walsdorff (Universitätsbibliothek)

6 Die Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses Lehrerbildung der Universität Bremen

Hochschullehrer

Dr. Johannes Beck (Universität)
Prof. Dr. Wolfgang Emmerich (Universität)
Prof. Dr. Hans-J. Haferkorn (PH)
Dr. Hartwig Zander (Universität, PKL)
Dr. Manfred Weck, (Universität, PKL)

Studenten

Martin Kurp (Universität)
Monika Stein (Universität)
Christian Lemcke (PH)
Elin-Birgit-Berndt (Universität, PKL)
Heinz Giese, Universität, PKL)

Dienstleistungsbereich

Ortrud Hartwig (Universitätsverwaltung)
Dr. Wilfried Maier (Universitätsverwaltung)
Ilse-Lotte Hoffmann (Universitätsbibliothek)
Ulrich Brandenburger (Universitätsbibliothek)
Horst Siegert (PH)

7 Die Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses Sozialwissenschaften der Universität Bremen

Hochschullehrer

Prof. Dr. Adelheid Biesecker (Universität)

Prof. Dr. Steinberg (Universität)

Dr. Joachim Hirsch (Universität, PKS)

Dr. Werner Meißner (Universität, PKS)

Studenten

Jak Jakumeit (Universität)

Detlef Roth (Universität)

Hans-Jürgen Otto (Universität, PKS)

Reiner Gilbert (Universität, PKS)

Dienstleistungsbereich

Peter Garrelmann (Universitätsverwaltung)

Dr. Hartwig Gebhardt (Universitätsbibliothek)

Dieter Guderian (Universitätsverwaltung)

Hermann Havekost (Universitätsbibliothek)

8 Die Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses Naturwissenschaften der Universität Bremen

Hochschullehrer

Prof. Dr. Heinz-Dieter Dombrowski (Universität)

Prof. Dr. Horst Diehl (Universität)

Dr. Gerhard Weidemann (Universität, PKN)

G. Heitmann (Universität, PKN)

Studenten

Manfred Fluß (Universität)

Rolf Wolkenhauer (Universität)

John Feldmann (Universität, PKN)

Gerhard Kühner (Universität, PKN)

Dienstleistungsbereich

Jürgen Metzger (Universitätsverwaltung)
Gerhard Halm (Universitätsverwaltung)
Klaus Barkow (Universitätsbibliothek)
Rosemarie Ansorge (Universitätsbibliothek)

9 Die Mitglieder der Studiengangswissenschaftlichen Kommissionen der Universität Bremen

Erläuterungen der Abkürzungen:

PKL: Planungskommission Lehrerbildung
PKS: Planungskommission Sozialwissenschaften
PKN: Planungskommission Naturwissenschaften
PH: Pädagogische Hochschule
HfW: Hochschule für Wirtschaft

Ökonomie:

Hochschullehrer

Prof. Dr. Adelheid Biesecker (Universität)
Prof. Rudolf Hickel (Universität)
Prof. Dr. Karl Wohlmuth (Universität)
Hans-Eberhard Kemnitz (HfW)
Friedrich Schneider (HfW)
NN (Universität, PKS)

Studenten

Georg Erber (Universität, PKS)
Lothar Irrek (Universität)
Jak Jakumeit (Universität)
Heinrich Kautzki (Universität)
Joachim Klug (HfW)
Ottfried Krüer (HfW)

Rechtswissenschaften

Hochschullehrer

Prof. Dr. Wolfgang Däubler (Universität)
Prof. Dr. Manfred Hahn (Universität)

Prof. Dr. Manfred Hinz (Universität)
Prof. Dr. Alfred Rinke (Universität)
Prof. Dr. Gerhard Stuby (Universität)
Lutz Unterseher (Universität, PKS)

Studenten

Peter Beckmann (Universität)
Eckhart Behm (Universität)
Werner Hempel (Universität)
Jörg Münstermann (Universität, PKS)
Hans Olbert (Universität)
Wilfried Schröder (Universität)

Sozialwissenschaften im engeren Sinne

Hochschullehrer

Prof. Dr. Hans Kaiser (Universität, PKS)
Prof. Dr. Dr. Rüdiger Lautmann (Universität)
Christine Saurien (Universität)
Prof. Dr. Hans-Josef Steinberg (Universität)
Prof. Dr. Dröge (Universität)
Prof. Dr. Gottschalch (Universität)

Studenten

Gerd-Joachim Fenger (Universität)
Christel Keller (Universität)
Hans-Jürgen Otto (Universität, PKS)
Hans-Jürgen Riebensahm (Universität)
Gertrud Stempel (Universität)
Meinhold Jäger (Universität)

Arbeitslehre/Politik

Hochschullehrer

Prof. Dr. W. Gottschalch (Universität)
Prof. Dr. Alfred Ammen (Universität)
Dr. Martin Baethge (Universität, PKS)
G. Heitmann (Universität, PKN)
Dr. Renate Müller-Isenburg (Universität)

Dr. Margareth Wirth (Universität)
Dr. F. J. Kaiser (PH)
Prof. B. Wessels (PH)
Prof. Dr. Wolfgang Schäfer (PH)

Studenten

W. Bauer (Universität, PKS)
Dieter Roscher (Universität, PKS)
Arno Schmidt (Universität, PKN)
Horst Neubert (PH)
Klaus Thomas (PH)
Bärbel Torkel (PH)
Christina Döpke (Universität)
Till Schelz (Universität)
Werner Grade (Universität)

Kommunikation und Ästhetik

Hochschullehrer

Dr. W. Emmerich (Universität)
Prof. T. Metscher (Universität)
Dr. Johannes Beck (Universität)
Prof. Dr. Wagner (Universität)
Prof. Dr. H. Brenner (Universität)
Prof. Dr. Peter Bürger (Universität)
Dr. W. Krogmann (PH)
Prof. Dr. H. Vogt (PH)
Prof. Dr. G. Petrat (PH)

Studenten

Elin-Birgit Berndt (Universität)
Franz Eck (Universität)
Heinz Giese (Universität)
Sabine Ott (Universität)
Berd Schwischay (Universität)
Helmut Kommer (Universität)
Christian Lemcke (PH)
Dieter Rogge (PH)
Annerose Szczeny (PH)

Sozialpädagogik

Hochschullehrer

Prof. Dr. H. Thiersch (Universität, PKL)

Prof. Dr. Annelie Keil (Universität)

Reinhard Kränzel (Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie)

Studenten

Helmut Vonhoege (Universität)

Peter Schütt (Universität)

Wolfgang Meyer (Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie)

Studiengangskommission Physik

Hochschullehrer

Prof. Dr. Stefan v. Aufschnaiter (Universität)

Prof. Dr. Friedhelm Schmithals (Universität)

Prof. Dr. Cornelius Noack (Universität)

Prof. Dr. Jens Scheer (Universität)

Prof. Dr. Hans-Friedrich Münzner (Universität)

Prof. Wolf Siegert (PH)

NN (Universität)

NN (Universität)

Studenten

Michael Dörfler (Universität)

John Feldmann (Universität)

Heinrich v. Löhneysen (Universität)

Hans-Hermann Osterloh (Universität)

NN (PH)

NN (Universität)

NN (Universität)

Studiengangskommission Mathematik

a) Diplomstudium

Hochschullehrer

Prof. Dr. Ludwig Arnold (Universität)

Prof. Dr. Adelheid Biesecker (Universität)

Prof. Dr. Horst Herrlich (Universität)
Dr. Walter Jaisli (Universität)
Prof. Dr. Jürgen Timm (Universität)

Studenten

Reiner Gilbert (Universität)
U. Schmidt (Universität)
Wolfgang Schröder (Universität)
Uwe Stapelfeldt (Universität)

b) Lehrerstudium

Hochschullehrer

Prof. Dr. Heinr. Dombrowski (Universität)
Prof. Dr. Klaus Horneffer (Universität)
Prof. Dr. Ina Kurth (Universität)
Prof. Dr. Hans-Friedrich Münzner (Universität)
Dr. Volkmar Lindenau (PH)
Prof. Ruth Salfner (Universität)
Dr. Werner Schliwa (PH)
Hünnekens (PH)

Studenten

Karpe (Universität)
Andre Schulz (Universität)
Heinz Sünker (Universität)
Suhr (PH) *
Christa Terhorst (Universität)
Walter (PH) *

*) Die endgültige Nominierung der studentischen PH-Vertreter erfolgt erst im Sommersemester 1972.

10 Die Studentenschaft der Universität Bremen

Die Studenten der Universität Bremen sind zusammengeschlossen in der Studentenschaft. Deren Organe sind die Vollversammlung aller immatrikulierten Studenten, das Studentenparlament und der Allgemeine Studentenausschuß (AStA). Eine genaue Regelung der Kompetenzen der verschiedenen Organe enthält die Satzung der Studentenschaft, die im Sommersemester im Zuge der Verabschiedung der Universitätsverfassung durch den Bremer Senat in Kraft treten soll. Der Satzungsentwurf wird derzeit vom AStA und Studentenparlament vorbereitet.

Nach den ersten Wahlen zum Studentenrat sind in diesem vertreten: Sieben Delegierte der Roten Liste (Block demokratischer und sozialistischer Studenten), vier Vertreter des SHB/Sozialistische Front, zwei Vertreter des SHB/Spartakus und zwei Vertreter des MSB Spartakus. Der AStA wird gestellt von einer Koalition von Roter Liste und SHB/SF. Die Studentenschaft der Universität Bremen ist Mitglied im Verband Deutscher Studentenschaften (vds).

Ziel der Arbeit des gegenwärtigen AStA ist die Unterstützung des Kampfes für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse des Volkes und für die Herstellung des Bündnisses von fortschrittlicher Intelligenz und Arbeiterklasse. Von daher begründet sich die Durchführung politische Kampagnen wie der gegen Berufsverbot und Hochschulrahmengesetz. Zum anderen soll die studentische Arbeit in den Selbstverwaltungsgremien koordiniert und unterstützt werden, ebenso wie allen Studenten durch eine sinnvolle Informationsarbeit die aktive Teilnahme an der Hochschulpolitik erleichtert werden soll.

Dabei gehen wir nicht davon aus, daß eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse des Volkes sich in einer kapitalistischen Gesellschaft institutionalisieren läßt, obwohl wir alle Mitbestimmungsmöglichkeiten auf ihre Brauchbarkeit in unserem Kampf nutzen werden. Wir werden den Kampf der Studenten um Demokratie unterstützen und dabei aufzeigen, daß der Kampf um demokratische Verhältnisse unter den gegebenen Bedingungen Kampf um den Sozialismus bedeutet.

Hierbei verwechseln wir nicht AStA und Studentenrat mit den politischen Organisationen, die jene Gremien tragen. Deshalb kann der AStA im Hochschulkampf weder verbindliche Richtlinien bestimmen (das ist Angelegenheit der verschiedenen Hochschulorganisationen)

noch suggerieren, als würde die Studentenschaft politisch einen Willen verkörpern. Täten wir das, so würde damit die notwendige politische Auseinandersetzung eher unterbunden als gefördert werden. Die Entfaltung der politischen Diskussion an der Bremer Universität zu unterstützen, dabei alle institutionellen Möglichkeiten zu nutzen und von den fortschrittlichen Interessen der Studenten ausgehend das Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse anzustreben sehen wir als Hauptaufgaben unserer Arbeit.

K. H. Wehkamp
(ASTA-Sprecher)

11 Studentenpfarrer

Haus der Studentengemeinde
Pastor Johann-Dietrich Nord
Thomas-Mann-Straße 24
Tel.: 21 29 01

Pater Alois Koch S.J.
Schwachhauser Ring 151
Tel.: 21 26 33

12 Grundsätze über den Zugang zum Studium an den wissenschaftlichen Hochschulen im Lande Bremen

Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen Nr. 40/1971 vom 13. Juli 1971

Der Senat bestimmt hinsichtlich des Zugangs zum Studium an den wissenschaftlichen Hochschulen im Lande Bremen folgendes:

Die Universität Bremen regelt vorläufig bis zum Inkrafttreten eines entsprechenden Gesetzes und die Pädagogische Hochschule der Freien Hansestadt Bremen regelt aufgrund § 8 des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule der Freien Hansestadt Bremen vom 8. Septem-

ber 1970 (Brem.GBl.S. 102) durch Satzungen (Ordnungen), die der Genehmigung des Senats der Freien Hansestadt Bremen bedürfen:

- a) die Voraussetzungen über den Zugang zum Studium,
- b) die Voraussetzungen für die Immatrikulation, für ihre Versagung und ihren Widerruf, für die Beurlaubung und die Exmatrikulation und
- c) die Beschränkungen des Zuganges zum Studium.

Dabei sind die nachstehenden Grundsätze zu beachten:

1. Voraussetzung für den Zugang zum Studium ist:
 - a) das Bestehen der Reifeprüfung an einem öffentlichen Gymnasium oder an einer öffentlichen Schule mit Gymnasiumsabteilung oder an einem staatlich anerkannten Privatgymnasium im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder
 - b) das Bestehen der Vorprüfung oder der Abschlußprüfung an einer Fachhochschule oder
 - c) der Abschluß an einer Ingenieurakademie oder einer gleichrangigen Bildungseinrichtung, die von der zuständigen Landesbehörde in den Hochschulbereich einbezogen werden soll oder
 - d) ein vom Senator für das Bildungswesen als gleichwertig anerkannter Bildungsstand.
2. Bewerber mit einer Vorbildung, die zum Studium in einer bestimmten Studienrichtung berechtigt, können nur in dieser Richtung ein Studium aufnehmen und Prüfungen ablegen. Die Wahl einer anderen Studienrichtung ist möglich,
 - a) wenn die hierfür erforderlichen Vorkenntnisse besonders nachgewiesen werden oder
 - b) wenn der Bewerber bereits ein Studium an einer deutschen wissenschaftlichen Hochschule mit einer akademischen Prüfung oder einem Staatsexamen ordnungsgemäß abgeschlossen hat.
3. Studenten der Pädagogischen Hochschule der Freien Hansestadt Bremen können zugleich an der Universität Bremen, Studenten der Universität Bremen zugleich an der Pädagogischen Hochschule der Freien Hansestadt Bremen studieren.
4. Die Zahl der aufzunehmenden Studenten kann für einzelne Studienrichtungen jeweils für die Dauer eines Semesters begrenzt werden.
 - 4.1 Die Begrenzung ist nur zulässig, wenn und solange sie im Hinblick auf die Ausbildungsmöglichkeiten der Hochschule zur Aufrechterhaltung einer geordneten Wahrnehmung der Aufgaben der Hochschulen in Forschung, Lehre, Studium und

Studienreform erforderlich ist.

Dabei sind insbesondere zu berücksichtigen:

- a) die jeweilige Anzahl der Hochschullehrer und
- b) die Anzahl der jeweils zur Verfügung stehenden Räume.

Im Bereich der Universität ist weiter zu berücksichtigen:

- a) die zusätzliche Belastung der Hochschullehrer durch besondere Planungsaufgaben in der Aufbauzeit und
- b) der Umstand, daß die Möglichkeit bestehen soll, in den Jahren der Aufbauzeit den Erfordernissen der Studiengänge entsprechend zu jedem Semester oder Studienjahr weitere Studienbewerber aufzunehmen.

4.2 In der Satzung (Ordnung) müssen genannt werden:

- a) die Studienrichtung, in welcher die Zulassung beschränkt wird,
- b) die Fachsemester, für die die Beschränkung gilt,
- c) die Anzahl der Studenten, die zu den einzelnen Fachsemestern zugelassen werden können,
- d) entsprechend den Grundsätzen des KMK Beschlusses vom 13. März 1970, die Auswahlkriterien und das Auswahlverfahren, nach dem die zur Verfügung stehenden Studienplätze in den einzelnen Fachsemestern an die Bewerber vergeben werden. Dabei können für Studenten höherer Semester, die nach Bestimmung der Hochschule in den auf die Immatrikulation folgenden zwei Semestern als Tutoren tätig werden sollen, ein anderes Auswahlverfahren und andere Auswahlkriterien bestimmt werden als für die übrigen Studienbewerber.

Beschlossen, Bremen, den 29. Juni 1971

Der Senat

13 Vorläufige Immatrikulationssatzung

Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen Nr. 41/1971 vom 20. Juli 1971

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Voraussetzung für die Immatrikulation
- § 2 Zulassungsvoraussetzungen
- § 3 Zulassungsantrag
- § 4 Antragsunterlagen für die Zulassung
- § 5 Versagung der Zulassung
- § 6 Entscheidung über die Zulassung
- § 7 Benachrichtigung des Studienbewerbers
- § 8 Immatrikulationsantrag
- § 9 Versagung der Immatrikulation
- § 10 Immatrikulation
- § 11 Rückmeldung
- § 12 Belegen
- § 13 Beurlaubung
- § 14 Wechsel des Studienganges
- § 15 Pflichtuntersuchungen
- § 16 Widerruf der Immatrikulation
- § 17 Exmatrikulation
- § 18 Exmatrikulation in besonderen Fällen
- § 19 Wirkung der Exmatrikulation
- § 20 Studium von Ausländern
- § 21 Nebenhörer
- § 22 Kleine Matrikel
- § 23 Studium mit kleiner Matrikel
- § 24 Gasthörer
- § 25 Sitzungsgenehmigung
- § 26 Inkrafttreten

§ 1

Voraussetzung für die Immatrikulation

Voraussetzung für die Immatrikulation als ordentlicher Studierender ist die Zulassung zum Studium an der Universität Bremen.

§ 2

Zulassungsvoraussetzungen

1. Voraussetzung für die Zulassung zum Studium an der Universität Bremen ist
 - 1.1 das Bestehen der Reifeprüfung an einem öffentlichen Gymnasium oder an einer öffentlichen Schule mit Gymnasialabteilung oder an einem staatlich anerkannten Privatgymnasium im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder
 - 1.2 das Bestehen der Vorprüfung oder Abschlußprüfung an einer Fachhochschule oder
 - 1.3 das Bestehen der Abschlußprüfung an einer Ingenieurakademie oder einer gleichrangigen Bildungseinrichtung, die von der zuständigen Landesbehörde in den Hochschulbereich einbezogen worden ist oder einbezogen werden soll, oder
 - 1.4 ein vom Senator für das Bildungswesen als gleichwertig anerkannter Abschluß oder Bildungsstand.
2. Bewerber mit einer Vorbildung, die zum Studium in einem bestimmten Studiengang berechtigt, können nur in ihrer bisherigen Fachrichtung ein Studium aufnehmen. Die Wahl eines andern Studiengangs ist möglich.
 - 2.1 wenn der Bewerber bereits ein Studium an einer deutschen wissenschaftlichen Hochschule mit einer akademischen Prüfung oder einem Staatsexamen ordnungsgemäß abgeschlossen hat oder
 - 2.2 wenn die hierfür erforderlichen Vorkenntnisse gemäß besonderer Universitätssatzung nachgewiesen werden.

§ 3

Zulassungsantrag

1. Die Zulassung zum Studium an der Universität Bremen erfolgt aufgrund eines Antrages des Studienbewerbers.
2. Der Antrag auf Zulassung ist unter Angabe des gewünschten Studienganges innerhalb der von der Universität Bremen festgesetzten Frist (Ausschlußfrist) bei der Universität einzureichen.

§ 4

Antragsunterlagen für die Zulassung

Außer dem ausgefüllten Antragsvordruck sind nachstehende Unterlagen einzureichen:

1. eine beglaubigte Abschrift oder beglaubigte Ablichtung der Reifezeugnisse oder eines anderen Nachweises der Hochschulreife, falls die Noten der mit der 11. oder 12. Klasse abgeschlossenen Fächer

im Reifezeugnis nicht verzeichnet sind, das entsprechende Ver-
setzungszeugnis, bei Ausländern in beglaubigter Übersetzung.

2. bei fachgebundener Hochschulreife gegebenenfalls Nachweis der
Ergänzungsprüfung,
3. bei Geltungmachung sozialer Härtegesichtspunkte die entsprechen-
den Nachweise als beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Ab-
lichtungen.

§ 5

Versagung der Zulassung

1. Die Zulassung zum Studium ist zu versagen,
 - 1.1 wenn der Studienbewerber die Voraussetzungen für die Zulassung
zum Studium nicht erfüllt,
 - 1.2 wenn in dem gewählten Studienfach Zulassungsbeschränkungen
bestehen und die Zulassungsquote entsprechend der Zulassungs-
satzung erschöpft ist,
 - 1.3 wenn der Studienbewerber die nach § 5 erforderlichen Unterlagen
nicht beigebracht hat.
2. Die Zulassung zum Studium kann versagt werden, wenn der
Studienbewerber die für die Zulassung vorgeschriebenen Formen
und Fristen nicht einhält.

§ 6

Entscheidung über die Zulassung

Über die Zulassung zum Studium entscheidet der Gründungsrektor nach
Maßgabe der Zulassungssatzungen.

§ 7

Benachrichtigung des Studienbewerbers

1. Die Entscheidung über den Zulassungsantrag wird den Studienbe-
werbern schriftlich mitgeteilt.
2. Zugelassene Studienbewerber erhalten ihre Unterlagen mit dem
Zulassungsbescheid zurück. Gleichzeitig erhalten sie die für die
Immatrikulation erforderlichen Antragsunterlagen.
3. Nicht zugelassene Studienbewerber erhalten ihre Unterlagen mit
dem mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Bescheid über
die Ablehnung des Zulassungsantrages zurück.

§ 8

Immatrikulationsantrag

1. Nach Erhalt des schriftlichen Zulassungsbescheides kann der

Studienbewerber die Immatrikulation unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen erwirken.

2. Zur Immatrikulation sind vom Studienbewerber einzureichen:
 - 2.1 die ordnungsmäßig ausgefüllten Einschreibungsformulare,
 - 2.2 der Nachweis über die Einzahlung der Beiträge gemäß den Beitragssatzungen der Universität Bremen.

§ 9

Versagung der Immatrikulation

1. die Immatrikulation ist zu versagen,
 - 1.1 wenn vom Studienbewerber zu entrichtende Beiträge nicht bezahlt worden sind, sofern auf Antrag keine Stundung gewährt worden ist,
 - 1.2 wenn der Studienbewerber an einer Krankheit leidet, durch die die Gesundheit der anderen Studenten ernstlich gefährdet oder ein ordnungsgemäßer Studienbetrieb ernstlich beeinträchtigt wird,
 - 1.3 wenn der Student eine nach einer Prüfungsordnung vorgesehene Prüfung endgültig nicht bestanden hat, für das Studienfach, in dem die Prüfung nicht bestanden wurde.
2. Die Immatrikulation kann versagt werden,
 - 2.1 wenn der Studienbewerber an einer anderen Hochschule immatrikuliert ist,
 - 2.2 wenn der Studienbewerber wegen einer vorsätzlich begangenen strafbaren Handlung von einem Gericht rechtskräftig verurteilt worden ist und wegen dieser Verurteilung der angestrebte Beruf nicht ergriffen werden kann,
 - 2.3 wenn der Studienbewerber die für die Immatrikulation vorgeschriebenen Formen und Fristen nicht einhält.

§ 10

Immatrikulation

1. Die Immatrikulation wird durch Aushändigung des Studentenausweises vollzogen.
2. Mit der Immatrikulation wird der zugelassene Studienbewerber als ordentlicher Studierender Mitglied der Universität Bremen.
3. Dem Studentensekretariat sind alle Änderungen des Namens, der Semester- oder Heimatanschrift unverzüglich mitzuteilen.

§ 11

Rückmeldung

1. Wer sein Studium an der Universität Bremen fortsetzen will, hat

sich innerhalb der festgesetzten Frist für das folgende Semester zurückzumelden.

2. Die Rückmeldung ist zu versagen,
 - 2.1 wenn der Student eine nach einer für das Studium an der Universität Bremen gültigen Prüfungsordnung vorgesehenen Prüfung endgültig nicht bestanden hat,
 - 2.2 wenn fällige Beiträge trotz Mahnung nicht gezahlt worden sind.
3. Die Rückmeldung kann versagt werden,
 - 3.1 wenn der Student die für die Rückmeldung vorgeschriebenen Formen und Fristen nicht einhält,
 - 3.2 wenn inzwischen einer der unter § 9 angeführten Umstände eingetreten ist, welcher eine Versagung der Immatrikulation rechtfertigen würde,
 - 3.3 im Einvernehmen mit der Studienberatung, wenn der Student im vorherigen Semester sich an keiner Lehrveranstaltung beteiligt hat.

§ 12

Belegen

1. Der Student hat in der festgesetzten Frist die von ihm gewählten Lehrveranstaltungen zu belegen.
2. Die Teilnahme an Lehrveranstaltungen kann von der Vorlage von Leistungsnachweisen abhängig gemacht werden.

§ 13

Beurlaubung

1. Der Student kann sich während seines Studiums ohne Angabe von Gründen für zwei nicht aufeinanderfolgende Semester beurlauben lassen. Die Beurlaubung gilt als erteilt, wenn sie der Universität innerhalb der festgesetzten Frist angezeigt wird.
2. Eine Beurlaubung darüber hinaus kann nur aus triftigen Gründen gewährt werden. Der Urlaub ist innerhalb der festgesetzten Frist beim Studentensekretariat zu beantragen.
Über die Beurlaubung entscheidet der Gründungsrektor.
3. Urlaubssemester zählen nicht als Fachsemester.
4. Der Urlaub befreit nicht von der Beitragspflicht gemäß den Beitragssatzungen der Universität Bremen.

§ 14

Wechsel des Studienganges

Der Student kann am Ende eines Semesters den Studiengang wechseln. Ein Wechsel ist der Universität anzuzeigen. Er bedarf der Zustimmung

des Zulassungsausschusses, der für den neuen Studiengang zuständig ist; wenn für den gewählten neuen Studiengang andere Zugangsvoraussetzungen gefordert werden oder Zulassungsbeschränkungen bestehen.

§ 15

Pflichtuntersuchungen

Der Student hat sich zu Beginn des Studiums und jeweils nach den von der Universität Bremen bestimmten Fristen einer Pflichtuntersuchung seines Gesundheitszustandes zu unterziehen.

§ 16

Widerruf der Immatrikulation

Die Immatrikulation ist zu widerrufen, wenn die Immatrikulation durch arglistige Täuschung, Nötigung oder Bestechung herbeigeführt wurde.

§ 17

Exmatrikulation

1. Wer das Studium an der Universität Bremen nicht fortsetzen will, muß sich abmelden (exmatrikulieren).
2. Die Exmatrikulation setzt voraus
 - 2.1 einen schriftlichen Antrag mit Angabe des gewünschten Zeitpunktes und der Gründe,
 - 2.2 Freivermerke der Universitäts-Bibliothek und des Sozialwerkes,
 - 2.3 die Rückgabe des Studenausweises.
3. Die Exmatrikulation erfolgt in der Regel zum Ende eines Semesters. Der Gründungsrektor kann aus besonderen Gründen die Exmatrikulation zu einem anderen Zeitpunkt zulassen.

§ 18

Exmatrikulation in besonderen Fällen

Der Gründungsrektor kann den Studenten ohne Antrag exmatrikulieren,

1. wenn die Immatrikulation in Unkenntnis des Vorliegens eines der unter § 9 angeführten Versagungsgründen erfolgte,
2. wenn nachträglich ein Umstand im Sinne von § 9 eintritt, welcher eine Versagung der Immatrikulation rechtfertigen würde,
3. wenn der Student die fälligen Beiträge trotz Mahnung nicht innerhalb der angegebenen Frist bezahlt hat,
4. wenn der Student der Aufforderung zu Pflichtuntersuchungen seines Gesundheitszustandes innerhalb angemessener Frist nicht nachkommt,

5. wenn der Student sich nicht innerhalb der festgesetzten Frist zurückgemeldet hat,
6. wenn die Rückmeldung aus einem der in § 11 Abs. 2 und 3 angeführten Gründe versagt worden ist.

§ 19

Wirkung der Exmatrikulation

1. Eine Exmatrikulation innerhalb von 6 Wochen nach Beginn der Lehrveranstaltungen hat zur Folge, daß dieses Semester nicht auf die Studienzzeit angerechnet wird.
2. Die Exmatrikulation wird durch Aushändigung oder Zustellung der Exmatrikulationsbescheinigung vollzogen.
3. Mit der Exmatrikulation endet die Mitgliedschaft in der Universität Bremen.

§ 20

Studium von Ausländern

1. Voraussetzung für die Zulassung eines ausländischen Studienbewerbers ist
 - 1.1 Nachweis einer der deutschen Hochschulreife entsprechenden Vorbildung,
 - 1.2 Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse,
 - 1.3 Mindestalter von 18 Jahren.
2. Im übrigen gelten auch für die ausländischen Studienbewerber die Zulassungs- und Immatrikulationsbedingungen der Universität Bremen.

§ 21

Nebenhörer

1. Studenten der Pädagogischen Hochschule Bremen und der Bremer Fachhochschulen können im Rahmen der für sie zur Verfügung stehenden Studienplätze zu Lehrveranstaltungen der Universität Bremen zugelassen werden, falls die Teilnahme daran für ihr Studium erforderlich oder zweckdienlich ist (Nebenhörer).
2. Die Zulassung als Nebenhörer der Universität Bremen erfolgt aufgrund eines Antrages. Der ausgefüllte Antragsvordruck ist zusammen mit einer Immatrikulationsbescheinigung der Pädagogischen Hochschule oder Fachhochschule innerhalb der von der Universität Bremen festgesetzten Frist (Ausschlußfrist) bei der Universität einzureichen.
3. Über die Zulassung entscheidet der Gründungsrektor auf Vorschlag

des Zulassungsausschusses des Planungsbereiches, der für die gewählte Lehrveranstaltung zuständig ist.

4. Nebenhörer haben hinsichtlich der Lehrveranstaltungen, zu der sie zugelassen sind, dieselben Rechte und Pflichten wie ordentliche Studierende an der Universität.
5. Studienleistungen, die im Nebenhörerverhältnis erbracht worden sind, können im Rahmen der Studien- und Prüfungsordnungen anerkannt werden.

§ 22

Kleine Matrikel

Neben den Studenten mit Hochschulreife, die mit großer Matrikel eingeschrieben werden, können auch solche Studienbewerber zugelassen werden, die die Hochschulreife in besonderen Bildungsgängen (z.B. zweiter Bildungsweg) später erwerben wollen; sie sind mit kleiner Matrikel einzuschreiben.

§ 23

Studium mit kleiner Matrikel

1. Die Zulassung erfolgt im Rahmen der den Planungsbereichen zur Verfügung stehenden Studienplätzen. Studenten mit Hochschulreife genießen den Vorzug.
2. Voraussetzung für die Zulassung ist der Nachweis einer Vorbildung, die den Bewerber in die Lage versetzt, den Lehrveranstaltungen mit Verständnis zu folgen.
3. Die Dauer des Studiums mit kleiner Matrikel darf vier Semester nicht übersteigen. Auf ein anschließendes ordentliches Studium werden die Studiensemester mit kleiner Matrikel voll angerechnet.
4. Die Immatrikulation mit kleiner Matrikel ist auf den Studienunterlagen kenntlich zu machen.
5. Im übrigen gelten die Vorschriften für das ordentliche Studium.

§ 24

Gasthörer

1. Gasthörer können im Rahmen der vorhandenen Studienplätze auf Antrag zugelassen werden. Ordentliche Studierende und Nebenhörer der Universität Bremen sowie Studenten mit kleiner Matrikel genießen den Vorzug.
2. Der Antrag ist spätestens bis zum Ende der Immatrikulationsfrist an die Universität zu richten.
3. Die Entscheidung trifft der Gründungsrektor auf Vorschlag des

Zulassungsausschusses des Planungsbereiches, der für die gewählte Studienrichtung des Gasthörers zuständig ist.

4. Die Zulassung erfolgt jeweils für ein Semester.
5. Aufgrund der Zulassung wird dem Gasthörer ein Gasthörerschein ausgestellt.

§ 25

Satzungsgenehmigung

Diese Satzung wird vom Senat der Freien Hansestadt Bremen genehmigt und vom Senator für das Bildungswesen veröffentlicht.

§ 26

Inkrafttreten

Diese Vorschriften treten am 5. Juli 1971 in Kraft.

Der Senat hat die Satzung in seiner Sitzung am 6. Juli 1971 genehmigt.

Bremen, den 6. Juli 1971

Der Senator für das Bildungswesen

14 Satzung zur Änderung der Vorläufigen Immatrikulations- satzung der Universität Bremen

Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen Nr. 77/1971 vom 21.
November 1971

Artikel 1

Die vom Gründungssenat der Universität Bremen beschlossene und vom Senat der Freien Hansestadt Bremen am 6. Juli 1971 genehmigte Vorläufige Immatrikulationssatzung vom 4. Juli 1971 (Brem.ABl. S. 193) wird wie folgt geändert:

Nach § 5 wird folgender § 5 a eingefügt:

“§ 5 a

Vorläufige Zulassung

(1) Abweichend von § 5 Nr. 1.3 kann eine vorläufige Zulassung zum Studium dann vorgenommen werden, wenn es dem Studienbewerber nicht möglich ist, die nach § 4 erforderlichen Unterlagen in der für die Zulassung vorgeschriebenen Frist beizubringen. Legt der Studienbewerber die erforderlichen Unterlagen nicht bis zum Ablauf der Immatrikulationsfrist vor, so ist die Zulassung zum Studium zu versagen.

(2) Über die vorläufige Zulassung zum Studium entscheidet der Gründungsrektor nach Maßgabe der Zulassungssatzungen.

(3) Mit dem Bescheid über die vorläufige Zulassung zum Studium erhält der Studienbewerber die für die Immatrikulation erforderlichen Antragsunterlagen.“

Artikel 2

Diese Satzungsänderung tritt mit Wirkung vom 15. Dezember 1971 in Kraft.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat diese vom Gründungssenat der Universität Bremen am 21. November 1971 beschlossene Satzung am 14. Dezember 1971 genehmigt.

Bremen, den 14. Dezember 1971

Der Senat

15 **Satzung über Zulassungsbeschränkungen an der Universität Bremen im Sommersemester 1972**

Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen Nr.77/1971 vom 21. November 1971

§ 1

(1) Zur Aufrechterhaltung einer geordneten Wahrnehmung der Aufgaben der Universität in Forschung, Lehre, Studium und Studienreform sowie mit Rücksicht darauf, daß in den nächsten Semestern den Erfordernissen der Studiengänge entsprechend weitere Studienbewerber aufgenommen werden müssen, ohne daß in dieser Zeit eine bauliche Erweiterung der Universität möglich ist, wird für das Sommersemester 1972 die Zahl der aufzunehmenden Studenten auf 130 begrenzt.

(2) Bewerber, denen kein Studienplatz zugeteilt wird, können in der betreffenden Fachrichtung nicht eingeschrieben werden.

(3) Zusätzlich werden für das Sommersemester 1972 im Organisationsbereich Lehrerbildung 30 Studienplätze für Lehrer an allgemeinbildenden oder berufsbildenden Schulen, die ein **Kontaktstudium** absolvieren wollen, zur Verfügung gestellt. Die Zulassung wird auf ein Semester begrenzt. Die für das Wintersemester 1971/72 bereits zugelassenen Kontaktstudenten werden vorab auf Antrag ohne weitere Voraussetzungen wieder zugelassen.

(4) Im Organisationsbereich Lehrerbildung werden 30 Plätze für **Nebenhörer** der Pädagogischen Hochschule der Freien Hansestadt Bremen und 10 Plätze für Nebenhörer der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie in Bremen zur Verfügung gestellt.

(5) Darüber hinaus wird zugelassen, wer nach Beendigung des Zulassungsverfahrens an der Universität Bremen ein **Graduierten-Stipendium** zur Vorbereitung auf die Promotion oder zur Teilnahme an einem weiteren Studium, das der Vertiefung oder Ergänzung seines bisherigen Studiums insbesondere durch verstärkte Beteiligung an der Forschung dient, erhalten hat.

§ 2

Im Sommersemester 1972 werden keine neuen Studienplätze für **Studienanfänger** geschaffen.

§ 3

(1) Als Studenten, die schon an einer anderen Hochschule in dem betreffenden Studiengang studiert haben oder ein Zweitstudium beginnen wollen (**Fortgeschrittene**) werden zugelassen

1. im Organisationsbereich Naturwissenschaften
 - a) für den Studiengang Mathematik – Bewerber
 - b) für den Studiengang Physik 25 Bewerber
 - c) für das Ergänzungsstudium Elektrotechnik 35 Bewerber
2. im Organisationsbereich Sozialwissenschaften – Bewerber
3. im Organisationsbereich Lehrerbildung
 - a) für den Studiengang Arbeitslehre/Politik einschl. Geschichte 30 Bewerber
 - b) für den Studiengang Kommunikation und Ästhetik 30 Bewerber
 - c) für den Studiengang (Sozial-) Pädagogik 10 Bewerber

(2) Bewerben sich für einen Studiengang weniger Studenten als Studienplätze bereitstehen, so werden die freibleibenden Plätze den anderen Studiengängen innerhalb des Organisationsbereichs anteilig zugewiesen.

§ 4

(1) Fortgeschrittene werden nach ihrer Eignung für Aufgaben in der Lehre und für die Durchführung von wissenschaftlichen Arbeitsvorhaben zugelassen.

(2) Die notwendigen Entscheidungen über die Zulassung der Fortgeschrittenen trifft der Gründungsrektor auf Vorschlag der Tutorenausschüsse der Organisationsbereiche.

§ 5

(1) Die Auswahl der Bewerber zum Kontaktstudium erfolgt nach den folgenden Kriterien:

- a) Fachliche Qualifikationen im Bereich der für die nächste Zeit geplanten Arbeitsvorhaben. Kenntnis der Methodendiskussion des eigenen Faches und Fähigkeit zur wissenschaftstheoretischen Begründung der eigenen Arbeitseinsätze.
- b) Bereitschaft und Fähigkeit zur Mitarbeit in praxisbezogenen Arbeitsvorhaben.
- c) Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit. Fähigkeit zur Aus-

einandersetzung mit benachbarten Disziplinen.

- (2) Daneben können folgende weitere Kriterien berücksichtigt werden:
- a) Fähigkeit zur Entwicklung didaktischer Konzeptionen für eigene Arbeitsvorhaben. Dabei ist besonders Gewicht zu legen auf die Fähigkeit, die eigenen Arbeitsvorhaben aus den Ausbildungserfordernissen von Lehrerstudiengängen zu begründen.
 - b) Hochschulpolitische Erfahrungen und Kenntnisse.
- (3) Für die Zulassung der Bewerber gilt § 4 (2) entsprechend.

§ 6

(1) Die Studienplätze für Nebenhörer werden auf Vorschlag des Organisationsbereichs Lehrerbildung durch den Gründungsrektor auf die einzelnen Studiengänge verteilt. Die Auswahl der Nebenhörer erfolgt innerhalb der Studiengänge nach einem Zufallsverfahren; Doppelbewerbungen sind unzulässig. Bewerben sich für einen Studiengang weniger Nebenhörer als Studienplätze bereitstehen, so werden die freibleibenden Nebenhörerplätze den anderen Studiengängen anteilig zugewiesen.

(2) Die notwendigen Entscheidungen über die Zulassung der Nebenhörer trifft der Gründungsrektor auf Vorschlag des Organisationsbereichs Lehrerbildung.

§ 7

(1) Im Wintersemester 1971/72 nicht besetzte sowie durch Exmatrikulation frei werdende Plätze können im Sommersemester 1972 durch Studenten neu besetzt werden, für die die Versagung der Zulassung im Einzelfall eine besondere Härte bedeuten würde.

(2) Die notwendigen Entscheidungen über die Zulassung trifft der Gründungsrektor auf Vorschlag der Organisationsbereiche.

§ 8

Die Satzung tritt am 15. Dezember 1971 in Kraft.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat diese vom Gründungssenat der Universität Bremen am 21. November 1971 beschlossene Satzung am 14. Dezember 1971 genehmigt.

Bremen, den 14. Dezember 1971

Der Senat

16 Satzung für Tutoren an der Universität Bremen im Wintersemester 1971/72 und im Sommersemester 1972

Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen Nr. 47/1971 vom 3. August 1971

§ 1

Ziel des Tutorenprogramms

(1) Das Tutorenprogramm dient der Förderung des Studiums unter dem Gesichtspunkt der Studienreform als vorrangiger, ständiger Aufgabe der Universität Bremen.

(2) Das Tutorenprogramm hat die Aufgabe, ein Studium in kleinen Gruppen im Sinne des forschenden Lernens zu fördern.

§ 2

Personenkreis

(1) Eine Tutorentätigkeit wird Studenten mit oder ohne Hochschulabschluß übertragen.

(2) Mit Aufgaben von Tutoren können auch Absolventen eines Hochschulstudiums betraut werden, die sich bereits außerhalb der Universität in der Berufsausbildung befinden.

Die Tutorentätigkeit wird nebenberuflich ausgeübt.

§ 3

Verteilung der Tutorien

(1) Über die Verteilung der für Tutorien zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf die Planungsbereiche beschließt der Gründungssenat.

(2) Die zuständigen Gremien der Planungsbereiche legen dazu Vorschläge in Form von nach Umfang und Funktionen beschriebenen Tutorienplänen vor. Will der Gründungssenat von diesen Vorschlägen abweichen, so ist das betroffene Gremium zu hören.

§ 4

Vergabeverfahren

(1) Die Tutorien werden ausgeschrieben. Dabei sind Umfang und Funktion der einzelnen Tutorien zu beschreiben.

(2) Über die Vergabe eines Tutoriums entscheiden die zuständigen Gremien der Planungsbereiche auf Vorschlag der von ihnen gebildeten Tutorenausschüsse. Die Entscheidung bedarf der Zustimmung des Gründungssenats.

(3) Die Tutorenausschüsse bestehen aus 2 Hochschullehrern, 2 Studenten und 2 Vertretern der Verwaltung. Sie werden vom Gründungssenat eingesetzt. Bei der Abstimmung über Vergabe der Tutorien und Kündigung der Tutorenverträge muß in der Mehrheit der Stimmen die Mehrheit der Studenten und die Mehrheit der Hochschullehrer enthalten sein.

(4) Die Bewerber sollen ihre fachliche Qualifikation und didaktische Konzeption für das vorgesehene Tutorium vor dem Tutorenausschuß darlegen.

§ 5

Leitung des Tutorenprogramms

(1) Der Tutor ist dem zuständigen Gremium des jeweiligen Planungsbereichs für das von ihm geführte Tutorium verantwortlich.

(2) Der Tutor legt am Ende des Semesters diesem Gremium einen Bericht vor.

§ 6

Rechtsstellung der Tutoren

(1) Die wöchentliche Gesamtarbeitszeit ist in dem Tutorenvertrag zu regeln. Sie beträgt bis zu 20 Wochenstunden. Davon dienen bis zu 4 Wochenstunden der Arbeit in Kleingruppen, 2 der hochschuldidaktischen Ausbildung des Tutors.

(2) Die Tutorenverträge werden auf ein Semester abgeschlossen. Kann ein Tutor nicht anders gewonnen werden, so kann die Laufzeit des Vertrages auch ein Jahr betragen. Die Verträge zum Wintersemester 1971/72 können zum 1. September 1971 abgeschlossen werden.

(3) Die Lehrveranstaltungsfreie Zeit ist für die hochschuldidaktische Weiterbildung, die Vertiefung der für das Tutorium nötigen Kenntnisse und die Vorbereitung bzw. Auswertung des Tutoriums zu nutzen.

(4) Die Tutoren stehen im Dienste der Freien Hansestadt Bremen. Sie erhalten eine Vergütung.

(5) Der Tutor erhält über seine Tätigkeit eine Bescheinigung.

§ 7

Diese Satzung wird vom Senat der Freien Hansestadt Bremen genehmigt und veröffentlicht.

§ 8

Diese Satzung tritt am 1. August 1971 in Kraft und gilt bis 30. September 1972.

Diese vom Gründungssenat der Universität Bremen am 25. Juli 1971 beschlossene Satzung ist vom Senat der Freien Hansestadt Bremen am 3. August 1971 genehmigt worden.

Beschlossen, Bremen, den 3. August 1971

Der Senat

17 Gasthörer

Gasthörer können nur im Rahmen der vorhandenen Studienplätze auf Antrag zugelassen werden. Ordentliche Studierende und Nebenhörer der Universität Bremen sowie Studenten mit kleiner Matrikel genießen den Vorzug.

Nähere Auskünfte erteilt das Studentensekretariat der Universität, Zi. A 022/023, Telefon: 218-294/5

Öffnungszeiten: Montag bis freitags 8.00 bis 12.00 Uhr

18 Nebenhörer

Im Organisationsbereich Lehrerbildung können Studenten der Pädagogischen Hochschule Bremen und der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie im Rahmen der für sie zur Verfügung stehenden Plätze als Nebenhörer zu Lehrveranstaltungen zugelassen werden, falls die Teilnahme daran für ihr Studium erforderlich oder zweckdienlich ist.

Die Zulassung erfolgt aufgrund eines Antrages. Vordrucke stehen zu gegebener Zeit im Studentensekretariat der Universität Bremen zur Verfügung.

19 Das Studium für Ausländer an der Universität Bremen

Ausländische Studienbewerber wenden sich in allen Fragen an das Studentensekretariat der Universität Bremen, Zi. A 022/023, Telefon: 218-294/5

Öffnungszeiten: Montag bis freitags 8.00 bis 12.00 Uhr

Weitere wichtige Adressen:

Einwohnermeldeamt und Bearbeitung von Ausländerangelegenheiten
Stadt- und Polizeiamt, Am Wall 201 (Polizeihaus), Telefon: 3621
Hauptgesundheitsamt, Horner Straße 70 (Ansgarhaus)

20 Kontaktstudenten

Lehrer an allgemeinbildenden oder berufsbildenden Schulen können im Rahmen der für sie zur Verfügung stehenden Studienplätze zum Kontaktstudium zugelassen werden. Voraussetzung für die Zulassung ist die zweite Staatsprüfung.

Die Zulassung erfolgt aufgrund eines Antrages. Vordrucke stehen zu gegebener Zeit im Studentensekretariat der Universität zur Verfügung.

Durch das Kontaktstudium soll dem im Schuldienst stehenden Lehrer ermöglicht werden

- sich den aktuellen Stand der für seinen Unterricht relevanten Wissenschaften unter dem Gesichtspunkt der Planung, Realisierung und Kontrolle von Unterrichtsprozessen zu erarbeiten
- sich die Ebene der Planung des wissenschaftlichen Unterrichtsprozesses zusammenhängend zu gegenwärtigen und
- sich über die Auswertung der Ergebnisse der Projektplanung für die selbstständige Mitarbeit in dem curricularen Forschungsprozess zu qualifizieren.

(siehe auch Kontaktstudium)

21 Graduiertenstipendien

Die Universität Bremen vergibt für 1972 Graduiertenstipendien nach dem Gesetz über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen (Graduiertenförderungsgesetz – G F G) vom 2.9.1971 an Personen, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, das die Zulassung zur Promotion ermöglicht,

- a) für die Vorbereitung auf die Promotion oder
- b) zur Teilnahme an einem weiteren Studium, das der Vertiefung oder Ergänzung des bisherigen Studiums insbesondere durch verstärkte Beteiligung an der Forschung dient.

Gefördert werden

1. Deutsche im Sinne des Grundgesetzes,
2. Heimatlose Ausländer im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet vom 25. April

1951 (Bundesgesetzbl. I S. 269), geändert durch das Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom 9. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1273),

3. Ausländer, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben und als Asylberechtigte nach § 28 des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 353), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung von Kostenermächtigungen, sozialversicherungsrechtlichen und anderen Vorschriften vom 23. Juni 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 805) anerkannt sind.

Der an einem solchen Stipendium interessierte Bewerber wird gebeten, seinem Antrag auf Erteilung eines Graduiertenstipendiums Nachweise über ein abgeschlossenes Hochschulstudium (in beglaubigter Abschrift) sowie über Einkommensverhältnisse und einen Arbeitsplan beizufügen, in welchem er die Gründe für die Wahl seines Vorhabens dargelegt hat. Beantragt der Bewerber der Förderung einer Promotion, so hat der Arbeitsplan entsprechend dem Stand der Vorarbeiten auch einen Aufriß des Themas und einen Zeitplan zu enthalten. Dem Antrag sind Gutachten von zwei Hochschullehrern beizufügen. Auf Antrag des Bewerbers kann auch die Universität Bremen Gutachter benennen.

Auskünfte über die Vergabe von Graduiertenstipendien erteilt das Studentensekretariat der Universität Bremen, 28 Bremen, Achterstraße.

22 Studien- und Prüfungsordnungen

Da die Studien- und Prüfungsordnungen zur Zeit in den Organisationsbereichen erst entworfen werden, kann das Studentensekretariat der Universität noch keine Fragen, die sich auf die Anrechnung von Prüfungs- und Studienleistungen beziehen, beantworten.

Lateinkenntnisse

Die Frage des Lateinunterrichts an der Universität Bremen kann endgültig erst nach Vorliegen einer rechtsgültigen Prüfungsordnung entschieden werden. Sollte eine Übergangsregelung unausweichlich sein, so ist wie folgt zu verfahren:

- a) Zum WS 1972/73 (evtl. SS 1972) ist ein nebenamtlicher Lehrbeauf-

- tragter zur Abhaltung lateinischer Wortschätzungen zu bestellen.
- b) Sollte der Bedarf es erforderlich machen, könnte ein hauptamtlicher Lehrbeauftragter bestellt werden.
 - c) Die Bescheinigung von Lateinkenntnissen erfolgt universitätsintern, solange eine Prüfungsordnung von staatlicher Seite keine andere Regelung vorschreibt.
- (siehe auch Entwurf "Examensregelungen für fortgeschrittene Studenten im Bereich Kommunikation/Ästhetik und Arbeitslehre/Politik")

23 Das Sozialwerk

Der Gründungssenat sowie der von ihm eingesetzte Sozialwerksausschuß haben sich nach mehreren grundsätzlichen Erörterungen für eine Konzeption des Sozialbereichs entschieden, die über den traditionellen Aufgabenbereich der Studentenwerke an den Hochschulen hinausgeht. An der Universität Bremen und alsbald für den Gesamthochschulbereich des Landes Bremen soll ein Sozialwerk geschaffen werden, das – soweit dies gegenwärtig und zukünftig möglich sein wird – seine sozialen Leistungen auf alle Universitätsmitglieder ausrichtet. Auch die Aufgaben, die die Akademischen Auslandsämter an anderen Hochschulen wahrnehmen, sollen weitgehend vom Sozialwerk übernommen werden.

Das Sozialwerk soll eine der Universität bzw. den Hochschulen des Landes Bremen nebengeordnete öffentliche Selbstverwaltungseinrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit sein. Ein Anstaltsgesetz und eine Satzung werden zur Zeit auf der Grundlage der Beschlüsse des Gründungssenats erarbeitet.

An der Universität Bremen werden keine Studiengebühren erhoben. Es sind jedoch Pflichtbeiträge für die Studentenschaft und das Sozialwerk der Universität zu entrichten, deren Höhe sich aus der Beitragsordnung ergibt, die beim Studentensekretariat und beim Sozialwerk aushängt.

24 Ausbildungsförderung

Die Universität Bremen nimmt die Aufgaben der Ausbildungsförderung für den bremischen Hochschulbereich wahr.

Anträge auf Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) nimmt die Universität entgegen.

In allen Fragen der Ausbildungsförderung stehen Ihnen Sachbearbeiter in der Universität während der folgenden Sprechzeiten zur Verfügung:

Montags	13.30 – 15.00 Uhr
dienstags und donnerstags	9.00 – 12.00 Uhr

25 Wohnungs- und Zimmervermittlung

Die Vermittlungsstelle des Sozialwerks bemüht sich durch Zeitungs-

insetate und Kontakte zu Wohnungsbaugesellschaften und zum Liegen-
schaftsamt, Zimmer und Wohnungen für Studierende und andere
Hochschulangehörige zu erhalten. Die entsprechenden Angebote wer-
den auf Wunsch zur Einsicht vorgelegt.

Der Bau von 3 Studentenwohnheimen auf dem Universitätsgelände
bzw. in der Nähe mit etwa 460 Plätzen ist geplant.

Davon werden die ersten 100 Plätze frühestens zum WS 1973/74
fertiggestellt sein. Im Studentenwohnheim am Rembertiring stehen
Zimmer für Studenten der Universität in begrenztem Umfang zur
Verfügung.

Sprechzeiten der Wohnungs- und Zimmervermittlung:

Montags bis freitags

9.00 – 12.00 Uhr.

26 Wohngeld, Berechtigungsscheine

Anträge auf Gewährung eines Wohngeldes sowie Anträge auf Aus-
stellung eines Berechtigungsscheines können bei dem Amt für Wohnung
und Siedlung in Bremen eingereicht werden, und zwar:

Obernstr. 39-43

(Wohngeld)

Am Wall 75/76

(Berechtigungsschein)

Wohngeld nach dem II. Wohngeldgesetz wird nur dann gewährt, wenn
keine anderen Leistungen (z.B. Teilleistungen nach dem Bundesaus-
bildungsförderungsgesetz) aus öffentlichen Kassen, die mit Wohngeld
vergleichbar sind, gewährt werden.

Sofern Leistungen nach dem BAFÖG gewährt werden, können im
Rahmen dieser Leistungen auch Beträge für die Unterkunft gewährt
werden (§ 13, Abs. 2 BAFÖG).

Entsprechende Anträge können beim Amt für Ausbildungsförderung
(Universität Bremen) eingereicht werden.

27 Gesundheitsdienst, Krankenversicherung, Röntgenuntersuchung

Beim Sozialwerk der Universität sind alle an der Universität immatriku-
lierten Studenten krankenversicherungspflichtig. Studenten, die die
studentische Krankenversicherung in Anspruch nehmen wollen, sollten
sich zu Beginn des Semesters – spätestens bis zum 31.3.1972 – im
Sozialwerk melden, ein zahnärztliches Attest vorlegen und sich über die

Leistungsbedingungen unterrichten lassen. Die Studierenden erhalten bei Bedarf Krankenscheine für eine Behandlung bei einem Arzt ihrer Wahl.

Alle Studierenden müssen sich während des ersten Semesters einer Röntgen-Reihenuntersuchung unterziehen. Studierende, die in den letzten 12 Monaten vor der Reihenuntersuchung an einer Röntgenuntersuchung teilgenommen haben, müssen dem Hauptgesundheitsamt Bremen eine ärztliche Bescheinigung vorlegen, aus der hervorgeht, daß eine Bildaufnahme gemacht worden ist.

Sprechzeiten der Studentenkrankenversicherung (SKV):

Montags bis freitags

9.00 – 12.00 Uhr.

28 Verpflegungseinrichtungen

In der Universität (Cafeteria Block B) wird allen Hochschulangehörigen die Möglichkeit geboten, Speisen und Getränke zu günstigen Preisen zu erhalten.

Da eine Küche für die Zubereitung eines Mensaeßens vorläufig noch nicht zur Verfügung steht, werden Fertigmeneues ausgegeben.

Eine zweite Cafeteria wird voraussichtlich im April 1972 im Gebäude für Naturwissenschaften zur Verfügung stehen.

29 Hochschulsport

An den traditionellen bundesrepublikanischen Universitäten werden Studenten, Angestellten und Hochschullehrern seitens des Asta oder des Instituts für Leibesübungen verschiedene Möglichkeiten zum Sportbetrieb angeboten.

Sie werden meist in Kurse für Wettkampfsportler und Freizeitsportler unterteilt und auch für die verschiedenen Statusgruppen an den Universitäten getrennt angeboten.

An der Bremer Universität wird ein Hochschulsport in dieser Form abgelehnt, da er lediglich ein Privileg für die Universitätsangehörigen darstellt, während die übrige Bevölkerung nur über Beitrag und Beitritt in einem Verein Sport treiben kann. Stattdessen will der Hochschulsport in Bremen zur Verflechtung zwischen Universität und Stadt beitragen, was natürlich organisatorische Konsequenzen hat. Das äußert sich etwa darin, daß nicht alle Sportstätten innerhalb der Universität liegen, daß in den verschiedenen Übungsstunden kein Hochleistungssport betrieben wird (sondern auch mal Gelegenheit zu einem Gespräch besteht), und daß die angebotenen Sportarten von Damen und Herren (sogar von Familien) sowie von Alten und Jungen zugleich betrieben werden.

Eine Verflechtung durch den Hochschulsport soll jedoch nicht nur zwischen Universitätsangehörigen und Stadtbevölkerung forciert werden, sondern besonders in der Anfangsphase auch zwischen Hochschulangehörigen (Studenten verschiedener Studienrichtungen, Studenten und Hochschullehrern sowie Angestellten), was die gerade bei einer neugegründeten Universität nicht leichte Kontaktaufnahme verbessern dürfte. Deswegen sind auch keine besonderen Kurse extra für einen "Professorensport" eingerichtet worden, sondern jede Sportart steht jedem offen.

Diese Offenheit gilt natürlich auch für Studierende aus den Bremer Fachhochschulen.

Im SS 1972 werden im einzelnen folgende Sportkurse angeboten:

- | | |
|---------------|-------------------|
| 1. Basketball | 4. Leichtathletik |
| 2. Handball | 5. Rudern |
| 3. Fußball | 6. Schach |

- | | |
|--|----------------|
| 7. Schwimmen | 9. Tennis |
| 8. Spiele u. Gymnastik
(Fitnessstraining) | 10. Volleyball |

Außerdem werden in den Semesterferien nach dem Sommersemester eventuell 8-tägige Sportferienkurse durchgeführt.

Die Termine für die Sportkurse sind ab Anfang April am schwarzen Brett ersichtlich, eine Voranmeldung ist nicht notwendig mit Ausnahme für das Tennisspielen. Der genaue Anmeldetermin dafür wird rechtzeitig bekanntgegeben. Außerdem besteht im Gebäude GW 1, Block C Erdgeschoß jederzeit die Möglichkeit, Tischtennis zu spielen.

Falls Sie Interesse an anderen Sportarten haben sollten oder irgendwelche Informationen wünschen, vermittelt Ihnen Herr Warncke (GW 1, Block B, Zi. 123) gern einen Verein oder ist Ihnen auch sonst jederzeit behilflich. Auch für Vorschläge von Ihrer Seite wären wir sehr dankbar.

30 Das Bibliothekssystem der Universität Bremen

Die Bremer Bibliothekskonzeption sieht eine Zentralbibliothek und eine Anzahl von Bereichsbibliotheken vor. Die Bestände werden in einem "integrierten System der elektronischen Datenverarbeitung" zentral bearbeitet und erschlossen.

Die Bereichsbibliotheken, die möglichst nahe beim Benutzer liegen, sind Präsenzbibliotheken mit einem begrenzten selektiven Bestand. Der Bestand setzt sich aus den vielfachen, häufig benutzten Nachschlagewerken, Kommentaren, Fachbibliographien, Fachzeitschriften und Standardwerken sowie aus für Projektarbeit und Forschungszwecke eingerichteten Sammlungen (Apparaten) zusammen. Ihre Bestände werden im Zusammenhang mit den Lehrveranstaltungen laufend ergänzt.

Es stehen zur Zeit 5 Bereichsbibliotheken zur Verfügung.

Die Zentralbibliothek enthält die allgemeinen und die vielseitig benutzten Nachschlagewerke, Bibliographien, Zeitschriften, das vielfach und häufig gebrauchte Ausleihmaterial – zum Teil in Mehrfachexemplaren –, Dissertationen, allgemeine einführende Literatur, ferner weniger häufig benutzte Literatur und die Abgaben der Bereichsbibliotheken.

Der Neubau der Zentralbibliothek wird voraussichtlich erst 1974 bezugsfertig sein. Bis dahin ist die zentrale Universitätsbibliothek im Gebäude der ehemaligen Staatsbibliothek in der Nähe des Hauptbahnhofs untergebracht. Die Zentralbibliothek verfügt zur Zeit über ca. 680 000 Bände ausleihbarer Literatur.

Eine Ausleihe erfolgt nur über die Zentralbibliothek. Zur Vereinfachung des Ausleihverfahrens werden in den Bereichsbibliotheken Außenstellen der zentralen Leihstelle eingerichtet. Dort können Leihscheine abgegeben und die bestellten Bücher in der Regel in ein bis zwei Tagen abgeholt werden.

Veröffentlichungen, die nicht im Bestand des Bibliothekssystems der Universität vorhanden sind, können über den auswärtigen Leihverkehr beschafft werden. Über diesen auswärtigen Leihverkehr ist das Bremer Bibliothekssystem mit allen wissenschaftlichen Bibliotheken der Bun-

desrepublik Deutschland verbunden.

Der Bestandsaufbau im gesamten System erfolgt anhand der laufenden Nationalbibliographien von 29 Ländern. Ergänzende Anschaffungswünsche können als Kaufvorschlag eingereicht werden. Einzelheiten der Benutzung werden durch eine vorläufige Benutzungsanleitung geregelt.

Gesamtkataloge aller Bibliotheksbestände der Universität werden als alphabetische und systematische Kataloge über die elektronische Datenverarbeitung jährlich hergestellt. Diese Kataloge werden vervielfältigt und stehen in jedem Bereich zur Verfügung. In der Zeit zwischen zwei Gesamtausdrucken werden kumulierende Supplemente geliefert, die den Berichtsstand auf dem laufenden halten.

Der Aufstellung und der Sachkatalogisierung liegen Systematiken zugrunde, die von wissenschaftlich ausgebildeten Fachreferenten betreut werden.

Die Referenten sind in vier Fachabteilungen zusammengefaßt. Sie werden bei ihrer Tätigkeit durch Sachbearbeiter unterstützt. — Eine fachliche Beratung der Benutzer durch die Fachreferenten ist vorgesehen.

Nähere Einzelheiten über Anschriften, Öffnungszeiten, Telefonnummern und Zuständigkeiten sind der nachfolgenden tabellarischen Aufstellung zu entnehmen.

Die Deutsche Presseforschung ist eine selbstständig arbeitende Abteilung der Universitätsbibliothek mit eigenen wissenschaftlichen Aufgaben. Diese Aufgaben sind Standortermittlung, Sammlung und Auswertung der deutschsprachigen Presse, Erteilung von pressehistorischen und pressebibliographischen Auskünften und selbstständige Forschungen.

Mit dem "Standortkatalog der deutschen Presse", dem wichtigsten deutschen Hilfsmittel seiner Art, werden die verstreut lagernden Bestände der gesamten deutschsprachigen Presse von den Anfängen bis zur Gegenwart ermittelt und nachgewiesen. Im Reproarchiv werden Mikrofilme und Ablichtungen deutscher Zeitungen gesammelt. Hauptsammel- und -arbeitsgebiete sind die gesamte deutschsprachige Presse des 17. Jahrhunderts, die bedeutendsten Blätter vom 18. bis zum

20. Jahrhundert, Parteienpresse und die Presse der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Deutsche Presseforschung wirkt bei wissenschaftlichen Untersuchungen mit und publiziert eigene Forschungsergebnisse. Von ihr herausgegeben, erscheint die "Bremer Reihe" der "Studien zur Publizistik" (bisher 17 Bände).

A. Bibliotheken des Bibliothekssystems

Zentrale Universitätsbibliothek
28 Bremen 1, Breitenweg 27
Tel. 3892-1

Leitung: Dr. Rolf Kluth
Direktor der Universitätsbibliothek
Tel. 3892 9079

Stellvertreter: Dr. Walter Barton
Bibliotheksdirektor
Tel. 3892 9078

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag
10 bis 19 Uhr
Samstag
10 bis 13 Uhr

Bereichsbibliotheken in den Gebäuden der Universität
(Telefon: Durchwahl 218 + Ruf)

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag
9 bis 19 Uhr

a) Raum B 111/112 Bereichsbibliothek 11 –
Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaften
Ruf 254

b) Raum C 111/112 Bereichsbibliothek 12 –
Linguistik u. Literaturwissenschaften
Ruf 256

- c) Raum B 211/212 Bereichsbibliothek 13 –
Politikwissenschaft, Geschichte
Ruf 348
- d) Raum C 211/212 Bereichsbibliothek 14 –
Pädagogik, Philosophie, Psychologie,
Kunstwissenschaften, Sport
Ruf 349
- e) Raum S 311/312 Bereichsbibliothek 15 –
Mathematik, Allg. Naturwissenschaften,
Physik, Elektrotechnik
Ruf 424

B. Zuständigkeiten in der Zentralbibliothek
(Telefon: Durchwahl 3892 + Ruf)

		Ruf
Geschäftszimmer der Universitätsbibliothek	Frau Thiele	9079
Erwerbsabteilung:	Frau Kampers	9088
Benutzungsabteilung:	Weingärtner	9093
Auskunft:	Sohn	9077
Leihstelle:	Brandenburger	9077
Zentralabteilung:	Barckow	9075
Deutsche Presseforschung:	Dr. Blühm	9076

Fachreferate – Referent/Sachbearbeiter

Mathematik (mat):	Barckow/Zimmermann	9075
Kybernetik (kyb):	Barckow/Zimmermann	9075
Allgem. Naturwissenschaften (nat):	Dr. Wagner/Hoffmann	9086
Physik (phy):	Bastuck/Ansorge	9028
Elektrotechnik (elt):	Bastuck/Ansorge	9028
Ingenieurwissenschaften (ing):	Dr. Lunau/Kopp	9028
Chemie (che):	Dr. Wahler/Ansorge	9096
Geowissenschaften (geo):	Dr. Wahler/Ansorge	9096
Ozeanographie (oze):	Dr. Wahler/Ansorge	9096
Biologie (bio, bot, zo):	Dr. Lunau/Kopp	9028
Medizin (hbi, med, kli):	Dr. Wagner/Reck	9086
Betriebswirtschaftslehre (bwl, swl):	Kaifi/Ahrlrichs	9222
Volkswirtschaftslehre (vwl):	Skudelny/Sheldon	9222
Verkehrswissenschaft (ver):	Skudelny/Sheldon	9222
Sozialwissenschaften		
(sow):	Gelis/Richter	9222
(sos):	Häusler/Richter	9222

Rechtswissenschaften (jur):	Havekost, Blackert/Werner	9072
Politikwissenschaften (pol):	Dr. Walsdorff/Schattauer	9222
Geschichte (hil, his, hit):	Crusius, Diekmann, Silz	9073
	Teßmer/Roggemann, Petersen	
Pädagogik (pae):		
Philosophie (phi):	Dr. Mayer/Lüthke,	
Psychologie (psy):	Morgenstern, Vietor	9030
Kunst (kun):	Dr. Mayer/Dietz	9030
Publizistik (puz):	Dr. Welke/Köser	9075
Geographie (ggr):	Dr. Lutze/Rottzahl	9096
Sport (spo):	Dr. Barton/Dabbert	9034
Allg. Sprach- u. Literaturwissenschaften		
(asl):	Dr. Kluth/Hecht	9074
Germanistik (ger):	Dr. Kluth/Herzog	9074
Anglistik (ang):	Missol/Hoffmann	9223
Romanistik (rom):	Dr. Budach/Völker	9074
Slawistik (sla):	Melchiorre/Dabbert	9034
Klassische Philologie (kla):	Dr. Barton/Dabbert	9034

31 Was ist wo in Bremen?

Bremische Bürgerschaft
Haus der Bürgerschaft (Markt)
Tel. 361-4991

Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft

- SPD – Bürgerschaftsfraktion
Oberstr. 78
Tel. 31 14 38
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Geeren 6/6
Tel. 31 12 00

- FDP – Freie Demokratische Partei
Graf-Moltke-Straße 64
Tel. 44 29 57

- CDU – Bürgerschaftsfraktion
Katharinenklostertor 1
Tel. 32 15 78
- Christlich-Demokratische Union
Deutschlands
Hutfilterstraße 2
Tel. 31 42 26

Der Senator für das Bildungswesen
Rembertiring 8-12
Tel. 3611

Landeszentrale für politische Bildung
Rathaus
Tel. 361-2760

Öffnungszeiten:

Mo – Fr 8.00 – 16.00 Uhr
außer Di

Statistisches Landesamt
An der Weide 14-16
Tel. 361-2501 (Geschäftsstelle-Auskunft)
Tel. 361-2269 (Bücherei u. Archiv)

Justizpressestelle
Herdentorsteinweg 7
Tel. 361-4373

Pädagogische Hochschule
Lange Reihe 81, Tel. 38921
Studentensekretariat 3892/8619

Hochschule für Technik
Langemarckstraße 116, Tel. 38921
Verwaltungsangelegenheiten der
Studenten Tel. 3892/8336
AStA Tel. 506280, 3892/8104

Hochschule für Gestaltung
Am Wandrahm 23, Tel. 38921
Verwaltung 3892/8130

Hochschule für Nautik
Werderstraße 73, Tel. 3611
Verwaltung Tel. 361/2136
Studentenselbstverwaltung Tel. 361/4506

Hochschule für Sozialpädagogik
und Sozialökonomie
Am Weidedamm 20, Tel. 38921
Studentensekretariat Tel. 3892/9203
AStA Tel. 3892/9208

Hochschule für Wirtschaft
Ellmerstraße 24, Tel. 38921
Verwaltung Tel. 3892/9156
AStA Tel. 3892/9189

Gesamtschülervertretung (GSV)
Rembertiring 8-12 (Haus Sen.f.d.Bild.)
Tel. 38 89 59
Sprechzeit:
15.00 – 16.30 Uhr tägl.

Der GSV vertritt die Schüler der allgemeinbildenden Schulen.
An den berufsbildenden Schulen bestehen selbstständige Schülerringe.

Zentralelternbeirat (Stadt Bremen)
August-Bebel-Allee 22
Tel. 361/2249

Angestelltenkammer
Balgebrückstraße 2
(Haus der Volksbank)
Tel. 32 11 83

Arbeiterkammer
Bahnhofplatz 22
(Gewerkschaftshaus)
Tel. 32 13 31

Handelskammer
Am Markt 13 (Haus Schütting)
Tel. 3637-1

Handwerkskammer
Ansgaritorstraße 24 (Gewerbehaus)
Tel. 31 07 91

Wirtschaftskammer
Balgebrückstraße 2
Tel. 32 19 71

Landesjugendring
Kalkstraße 6 (Haus der Jugend)

Arbeitsamt Bremen
Doventorsteinweg 48
Tel. 31 02 71

Radio Bremen
Heinrich-Hertz-Straße 13
Tel. 457-1

Pressestelle des Senats
Rathaus, Zi. 28
Tel. 361/2396

Landesbildstelle
– Zentrum für audio-visuelle Mittel –
Uhlandstraße 53
Verleih:

Tel. 4492/3468

Gerätetechn. Fragen:
Tel. 4492/3469

Öffnungszeiten:

Mo – Fr 9.00 – 15.30 Uhr

Leihbedingungen:

Allgemeine Leihberechtigung

Auslieferungsdienst einmal wöchentlich (Abgabe der Bestellung in der Schule)

Sofortentleihe in der Uhlandstraße möglich (Voranmeldung erwünscht)

Telefonische Einzelbestellung nur in besonderen Ausnahmefällen.

Angebote:

- a) Film-, Bild- und Tonträger
s. Gesamtkatalog (blau), Fachkatalog (grau)
- b) räumliche (90 Personen) und gerätetechnische Möglichkeit für die Projektion auch von 35 mm Filmen
- c) Ausbildung am Tonfilmprojektor
(Erwerb der Vorführberechtigung)
- d) Fachstelle "Schulfernsehen"
Beratung
Herausgabe des "Fernsehnhinweis" einer Auswahl aus den Vormittagssendungen des allgemeinen Fernsehens.
- e) Mitschnitt von Schulfernsehsendungen
- f) Umschnitt von Schulfunksendungen auf Wunsch (zur didaktischen Erprobung) Zusammenarbeit Radio Bremen/Landesbildstelle
Verfahren: Bestellung bei Radio Bremen

(Tel. 4 57 72 46) – Herausgabe des Tonbandes von Radio Bremen an die Landesbildstelle – Umspulen von 38 cm/sec auf 9,5 cm/sec (Leerband ist zu stellen)

Auskunft: Tel. 4492/3469

- g) Beschaffungsstelle für audio-visuelle Medien
Tel. 4492/3467
- h) Fotoaufnahmediendienst
einschließlich Reproduktion, Fotoarchiv sowie Lehrdunkelkammer z.B. Aufnahmen über Erprobungen in der Unterrichtspraxis Aufnahmen aus dem aktuellen pol. Geschehen Bremens Anfertigung von Reproduktionen.
- i) Gemeinsame Erstellung von audio-visuellen Mitteln (insb. Diar-leihen) auf Initiative aus der Lehrerschaft

Schulpraktisches Institut der Freien Hansestadt Bremen
Humboldtstraße 183

Studienseminar der Freien Hansestadt Bremen
Pieperstraße 1/3
Tel. 361/4995/4996

Bremer Volkshochschule
Schwachhauser Heerstraße 67
Tel. 361/2566 (Sekretariat)

Kolleg für politische Bildung
Tel. 361/2819

32 Die Hochschullehrer der Universität Bremen

(+ = vom Senat der Freien Hansestadt Bremen berufen – Ernennung steht noch aus)

Gastprofessoren

Becker , Hellmut, Dr. h.c., 1000 Berlin, Blissestr. 2, Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Bildungsverwaltung, Bildungsorganisation

Feldhoff , Jürgen, Dr., 1000 Berlin, Eitel-Fritz-Str. 38, Soziologie mit dem Schwerpunkt Soziologie der Erziehung und Politik

Goldschmidt , Dietrich, Dr., 1000 Berlin-Dahlem, Vogelsangstr. 4, Lehrerbildung, Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Demokratisierung der Schule

Huber , Ludwig, Dr., 2000 Hamburg, Bismarckstr. 108, Erziehungswissenschaften

Jens , Walter, Dr., 7400 Tübingen, Sonnenstr. 5, Kommunikation und Ästhetik

Kade , Gerhard, Dr., 1000 Berlin, Zaber-Krüger-Damm 171, Ökonomie mit den besonderen Schwerpunkten ökonomische Planungstheorie, Umweltplanung und Bildungsökonomie

Kolakowski⁺ , Leszek, Oxford, 32 Highfield Av., Headington, G.B., Philosophie

Schmidt⁺ , Alfred, Dr., 6000 Frankfurt, Rheinstr. 17, Sozialwissenschaften einschließlich Ökonomie mit den Schwerpunkten Sozialphilosophie, Wissenschaftsgeschichte, Methodenlehre der Geschichte und Geschichte der Soziologie

Sonnemann , Ulrich, Dr., 8000 München, Am Jagdweg 1, "Gesellschaftsanalyse" unter besonderer Berücksichtigung des Fragenkomplexes "Wissenschaftstheorie und Gesellschaftserkenntnis – die Geschichte ihrer Verhältnisse und die Analyse ihrer Widersprüche"

Thiersch⁺, Hans, Dr., 7400 Tübingen, Stauffenbergstr. 42, Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik

Zmarzik⁺, Hans-Günter, 7800 Freiburg-Littenweiler, Waldhofstr. 56
Neuere Geschichte mit dem Schwerpunkt Geschichte der sozialen Bewegung

Organisationsbereich Lehrerbildung

(Stand 2.3.1972)

Ammen, Alfred, Dr., Professor; Allgemeine Pädagogik, berufliche Sozialisation und allgemeine Didaktik der Arbeitslehre, 2800 Bremen, Vorkampsweg 109, Tel. 23 56 70, dienstl. 218-300

Bauer⁺, Rudolf, Dr., Assistenzprofessor, Sozialpädagogik mit dem Schwerpunkt Theorie der Sozialadministration und Devianztheorie, 6000 Frankfurt, Weberstr. 25, Tel. dienstl. 218-356

Bechert, Johannes, Dr., Professor, Kommunikation und Ästhetik mit dem Schwerpunkt Linguistik, 2800 Bremen, Metzger Str. 20, Tel. 44 27 27, dienstl. 218-303

Beck, Johannes, Dr., wissenschaftlicher Angestellter mit Lehraufgaben, Kommunikation und Ästhetik mit dem Schwerpunkt Kommunikationsforschung unter bes. Berücksichtigung der Kooperation mit der Pädagogik, 2800 Bremen, Humboldtstr. 169, Tel. dienstl. 218-330

Brenner, Hildegard, Dr., Professor, Deutsche Literaturwissenschaft insbesondere Literaturtheorie, Methodologie und Literatursoziologie einschließlich der Fachdidaktik unter Berücksichtigung der hochschuldidaktischen Implikationen, 2800 Bremen, Friesenstr. 33, Tel. 7 33 61, dienstl. 218-459

Bress, Ludwig, Dr., Professor, Politische Ökonomie unter bes. Berücksichtigung der in verschiedenen Systemen vertretenen Auffassungen, 280 Bremen, Ansbacher Str. 76, Tel. 35 27 63 dienstl. 218-312

Bürger, Peter, Dr., Professor, Kommunikation und Ästhetik mit dem Schwerpunkt Französisch unter bes. Berücksichtigung der Literaturtheorie und der Komparatistik, 2800 Bremen, Joseph-Haydn-Platz 11, Tel. 34 29 15, dienstl. 218-305

Dahle, Wendula, Dr., Professor, Sprach- und Literaturwissenschaft einschl. ihrer Didaktik mit dem Schwerpunkt Didaktik des Deutschen und Kooperation von Universität und Schule, 1000 Berlin 62, Wartburgstr. 31, Tel. dienstl. 218-477

Däubler, Wolfgang, Dr., Professor, Arbeits-, Handels- und Wirtschaftsrecht in den Bereichen Arbeitslehre, Politik und Juristenausbildung, 7400 Tübingen, Keplerstr. 6, dienstl. 218-331

Drechsel, Reiner, Wissenschaftlicher Angestellter mit Lehraufgaben, Berufspädagogik mit dem Schwerpunkt Theorie des beruflichen Ausbildungswesens, 2800 Bremen, Am Dobben 109, Tel. 32 50 94, dienstl. 218-309

Drechsel, Wiltrud, Dr., Professor, Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Sozialgeschichte der Erziehung, 2800 Bremen, Am Dobben 109, Tel. dienstl. 218-306

Dröge, Franz, Dr., Professor, Kommunikation und Ästhetik mit dem Schwerpunkt Kommunikationswissenschaften unter bes. Berücksichtigung publizistischer Medien, 2800 Bremen, Elsasser Str. 32, Tel. dienstl. 218-329

Emmerich, Wolfgang, Dr., Assistenzprofessor, Sprach- und Literaturwissenschaft. einschl. ihrer Didaktik mit dem Schwerpunkt Deutsch unter bes. Berücksichtigung der Kunst- und Literaturgeschichte, 2800 Bremen, Wachmannstr. 82, Tel. 34 13 18, dienstl. 218-387

Gottschalch, Wilfried, Dr., Professor, Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Sozialisationsforschung, 2800 Bremen, Langeooger Str. 30, Tel. 38 33 15, dienstl. 218-321

Grubitzsch, Helga, Dr., Assistenzprofessor, Kommunikation und Ästhetik mit dem Schwerpunkt Italienisch/Französisch unter bes. Berücksichtigung der Literaturgeschichte und Komparatistik, 2900 Oldenburg, Salbeistr. 46, Tel. dienstl. 218-318

Holl, Karl, Dr., Professor, Geschichte mit dem Schwerpunkt Zeitgeschichte und Parteiengeschichte, 2800 Bremen, Gabriel-Seidl-Str. 2, Tel. 34 12 52, dienstl. 218-386

Horn⁺, Klaus, Dipl.-Soziologie, Assistenzprofessor, Analytische Sozialpsychologie im Schwerpunkt Sozialpsychologie und Psychoanalyse; 6000 Frankfurt/M., Myliusstr. 20

Jaroslawski⁺, Jan, Dipl.-Soziologie, Professor; Theorie der politischen Herrschaftssysteme, 2801 Fischerhude, Quelkorn 274, Tel. 042013/441, dienstl. 218-381

Keil, Annelie, Dr., Professor, Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt allgem. Pädagogik unter bes. Berücksichtigung außerschulischer Sozialisation/Sozialpädagogik, 2800 Bremen, Friesenstr. 33, Tel. 7 33 61, dienstl. 218-356

Knilli⁺, Friedrich, Dr., Professor, Medientheorie und Medienkunde, 1000 Berlin 37, Argentinische Allee 2, Tel. dienstl. 218-346

Kurth, Ina, Dr., Professor, Sozialwissenschaftliche Datenanalyse, 2800 Bremen-Aumund, Hebbelstr. 6, Tel. 66 77 87, dienstl. 218-320

Lorenzer, Alfred, Dr., Professor, Psychologie mit dem Schwerpunkt Sozialpsychologie und Psychoanalyse, 6238 Hofheim, Kapellenstr. 48, Tel. dienstl. 218-347, priv. 06192/8117

Ludwig, Karl-Heinz, Dr., Professor, Sozial- und Technikgeschichte, Technik als gesellschaftlicher Produktions- und Anwendungsprozeß, 2800 Bremen, Parkallee 203 c, Tel. 21 14 80, 218-314

Martini, Jürgen, M.A., wissenschaftlicher Angestellter mit Lehraufgaben, Englische Literaturwissenschaft und Literaturtheorie, 2800 Bremen, Fesenfeld 130, Tel. dienstl. 218-451

Menk, Antje-Katrin, Dr., Assistenzprofessor, Sprach- und Literaturwissenschaft. mit dem Schwerpunkt Pragmalinguistik und Untersuchung der sprachwissenschaftlichen Aspekte des Deutschunterrichts, 2000 Hamburg 20, Eppendorfer Landstr. 101, Tel. 46 29 77, dienstl. 218-342

Metscher, Thomas, Dr., Professor, Englisch, Literatursoziologie, Ästhetik, 2807 Uesen, Alte Dorfstr. 17, Tel. 04202/4040, dienstl. 218-304

Müller-Isenburg, Renate, Dr., Assistenzprofessor, Politische Sozialisation, Sozial- und Herrschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, 2800 Bremen, Conterscarpe 54, Tel. 32 71 02, dienstl. 218-318

Paul, Lothar, Dr., Professor, Angewandte Sprachwissenschaft mit dem Schwerpunkt Didaktik der deutschen Sprache, 3400 Göttingen, Ludwig-Beck-Str. 19, Tel. dienstl. 218-382

Preuss, Otmar, Dr., Professor, Soziologie und Erziehung, 2804 Lilienthal, Rotdornweg 14, Tel. 29 17 84, dienstl. 218-322

Preuss[†], Ulrich, Dr., Professor, Öffentliches Recht (Verfassungs- und Verwaltungsrecht) und Verwaltungswissenschaften für Lehr- und Forschungsaufgaben in den Bereichen Arbeitslehre/Politik (einschließlich Geschichte) und Juristenausbildung (mit dem Schwerpunkt Bildungsrecht), (1000 Berlin 12, Roscherstr. 17

Salfner, Ruth, Professor, Bereich Erziehungswissenschaft.: Theorie des Lernens und Lehrens mit dem bes. Schwerpunkt der Didaktik der Primarstufe, 2800 Bremen, Bruchwettern 5, Tel. 27 07 52, dienstl. 218-450

Schafmeister, Peter, Dr., Professor, Sozialwissenschaftliche Theorie und Methodologie, Soziologie, 6100 Darmstadt, Am Steinernen Kreuz

Schenk, Irmbert, M.A., wissenschaftlicher Angestellter mit Lehraufgaben, Kommunikation und Ästhetik mit dem Schwerpunkt französische Literaturwissenschaft und deren Methodik, 2800 Bremen 1, Friedr.-Ebert-Str. 37, Tel. 50 23 44, dienstl. 218-452

Schulke, Hans-Jürgen, Assistenzprofessor, Sport, 2000 Hamburg-Oststeinbeck, Uferstr. 11, Tel. dienstl. 218-389

Seibt, Peter, Dr., Professor, Politische Wissenschaften unter bes. Berücksichtigung der internationalen Beziehungen, 2800 Bremen, Hartlaubstr. 25, Tel. dienstl. 218-371

Sommerkorn, Ingrid, Dr., Professor, Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Soziologie der Erziehung, Deprivation und kompensatorische Erziehung, 2800 Bremen 33, Robert-Bunsen-Str. 78, Tel. 25 95 31, dienstl. 218-323

Vring,⁺ Thomas, von der, Dr., Professor, Sozialwissensch. mit dem Schwerpunkt politische Ökonomie, 2800 Bremen, Meißner Str. 7, Tel. 35 15 57, dienstl. 218-200

Wagner, Karl-Heinz, Dr., Professor, Sprach- und Literaturwissensch. einschließlich ihrer Didaktik mit dem Schwerpunkt Englisch unter bes. Berücksichtigung der Didaktik und Linguistik, 2801 Moordeich, Elbinger Str. 1, Tel. 53 38 96, dienstl. 218-327

Waltz, Matthias, Dr., Professor, Französische Literaturwissenschaft, 75 Paris 4e, Quatre rue du Fignier, Tel. dienstl. 218-346

Watson⁺, Jan, B.A., wissenschaftlicher Angestellter mit Lehraufgaben, Kommunikation und Ästhetik mit dem Schwerpunkt englische Sprache, Englische Literatur und Kulturgeschichte, 41 Univ. Rd., Belfast BT 7, 1 ND, Nordirland, Tel. dienstl. 218-307

Wirth, Margaret, Dr., Assistenzprofessor, Politische Herrschaft, Industrie und Betrieb, 2800 Bremen, Goethestr. 36, Tel. 73 79 9, dienstl. 218-319

Organisationsbereich Sozialwissenschaften
(Stand: 2.3.1972)

Biesecker, Adelheid, Dr., Professor, Ökonomie Theorie unter bes. Berücksichtigung ihrer gesellschaftlichen und historischen Entstehungsbedingungen, insbes. auf den Gebieten der allgem. Kreislauftheorie, der Verteilungstheorie, der Konjunkturtheorie sowie die mit diesen Theoriebereichen verbundenen gesellschaftspolitischen Probleme, 1000 Berlin 37, Am Schlachtensee 4, Tel. Bln. 84 09 87, dienstl. 218-364

Billerbeck, Rudolf, Dr., Professor, Politische Soziologie, Organisationssoziologie und Verwaltungsforschung, schwerpunktmäßig im Bereich der Juristenausbildung, 2800 Bremen, Humboldtstr. 65, Tel. 74 40 4, dienstl. 218-357

Däubler, Wolfgang, Dr., Professor, Arbeits-, Handels- und Wirtschaftsrecht in den Bereichen Arbeitslehre, Politik und Juristenausbildung, 7400 Tübingen, Keplerstr. 6, Tel. dienstl. 218-331

Dubischar, Roland, Dr., Professor, Privatrecht, Rechtstheorie und neuere Privatrechtsgeschichte im Bereich der Juristenausbildung, 2800 Bremen, Vorkampsweg 224, Tel. 23 43 27, dienstl. 218-361

Grauhan, Rolf-Richard, Dr., Professor, Politische Wissenschaft, insbes. Kommunal- und Regionalverwaltung schwerpunktmäßig im Bereich der Juristenausbildung, 2800 Bremen, Modersohnweg 12, Tel. 25 12 39, dienstl. 218-333

Hahn, Manfred, Dr., Professor, Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft (Schwerpunkte 18.-20. Jahrhundert, Geschichte der politischen Theorie, insbes. der Theorie der sozialen Bewegung), 2800 Bremen, Holler Allee 43, Tel. 34 83 99, dienstl. 218-391

Hickel⁺, Rudolf, Dipl.-Volkswirt, Assistenzprofessor, Politische Ökonomie mit den besonderen Schwerpunkten Bildungsökonomie und Theorie des Monopolkapitalismus, 2800 Bremen, Marcusallee 2, Tel. dienstl. 218-389

Hinz, Manfred, Dr., Professor, Öffentliches Recht, polit. Soziologie und Rechtssoziologie schwerpunktmäßig im Bereich der Juristenausbildung, 2800 Bremen, Bauer-Mecke-Weg 34, Tel. 47 07 21, dienstl. 218-358

Hoffmann, Reinhard, Dr., Professor, Öffentliches Recht, Kollektives Arbeitsrecht, Politische Wissenschaft, 2 Hamburg 81, Von-Hersloweg 16, Tel. dienstl. 218-336

Jarosławska, Halina, Dr., Professor, Politische Ökonomie des Sozialismus, 2801 Fischerhude, Quelkorn 274, Tel. 042013/441, dienstl. 218-334

Krüger[†], Marlies, Dr., Professor, 375 Central Park West, Ap. 17 G, New York, N. Y. ,10025/USA; Gesellschaftsanalyse

Lautmann, Rüdiger, Dr. Dr., Professor, Allgemeine Soziologie und Rechtssoziologie schwerpunktmäßig im Bereich der Juristenausbildung, 4800 Bielefeld, Kurt-Schumacher-Str. 6, Tel. 21 44 27, dienstl. 218-594

Preuss[†], Ulrich, K. Dr., Professor, Öffentliches Recht (Verfassungs- und Verwaltungsrechts) und Verwaltungswissenschaften für Lehr- und Forschungsaufgaben in den Bereichen Arbeitslehre/Politik (einschließlich Geschichte) und Juristenausbildung (mit dem Schwerpunkt Bildungsrecht), (1000 Berlin 12, Roscherstr. 17)

Rinken, Alfred, Dr., Professor, Öffentliches Recht, Staats- und Verfassungstheorie und Rechtsphilosophie, 2800 Bremen, Verdunstr. 28, Tel. dienstl. 218-365

Saurien, Christine, M.A., wissenschaftliche Angestellte mit Lehraufgaben, Gesellschaftsanalyse im Bereich Sozialwissenschaften, 28 Bremen, Bleicherstr. 7, Tel. dienstl. 218-337

Steinberg, Hans-Josef, Dr., Professor, Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Theorien. Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts mit dem Schwerpunkt Geschichte der Parteien und Verbände, 2800 Bremen, Zermatter Str. 70, Tel. 42 25 51, dienstl. 218-359

Stuby, Gerhard, Dr., Professor, Öffentliches Recht und wissenschaftl. Politik, insbes. Staats- und Verwaltungsrecht und Geschichte und Soziologie der Staatstätigkeit, 2800 Bremen, Einbecker Str. 22/26, Tel. dienstl. 218-209

Thoss[†], Peter, Dr., Professor, Strafrecht und Kriminalpolitik, 6300 Gießen, Eichendorffring 154, Tel. dienstl. 218-316

Wohlmuth, Karl, Dr., Professor, "Vergleich Ökonomischer Systeme unter bes. Berücksichtigung der Fragenkomplexe "Lenkungsproblem in den sozialistischen Ländern" und "Wachstumsprobleme der Entwicklungsländer", 2800 Bremen, Bornstr. 68, Tel. dienstl. 218-390

Organisationsbereich Naturwissenschaften

Mathematik

(Stand: 2.2.1972)

Arnold, Ludwig, Dr., Professor, Mathematik unter bes. Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeitstheorie und Statistik, 2800 Bremen 33, Fritz-Haber-Str. 35, Tel. dienstl. 218-406

Bauer⁺, F.W., Dr., Professor, Mathematik, 6000 Frankfurt, Weberstr, 25, Tel. dienstl. 218-356

Dombrowski, Heinz-Dieter, Dr., Professor, Mathematik, 2800 Bremen, Heinstr. 78, Tel. 21 30 43, dienstl. 218-412

Herrlich, Horst, Dr., Professor, Mathematik, 2800 Bremen, Oberblockland 7 b

Horneffer, Klaus, Dr., Professor, Mathematik, 2800 Bremen, Heinstr. 78, Tel. 21 30 43

Lamprecht, Günter, Dr., Professor, Rechenzentrum, Tel. dienstl. 218-202

Michler⁺, Gerhard, Dr., Professor, Mathematik, Department of Mathematics, Mc. Gill-University, Montreal 110, Quebec, Canada

Münzner, Hans-Friedrich, Dr., Professor, Mathematik, 2800 Bremen, Schwachhauser Heerstr., Tel. 34 42 02, dienstl. 218-429

Osius, Gerhard, Dr., Assistenzprofessor, Mathematik, 2800 Bremen, Goebenstr. 20, Tel. dienstl. 218-405

Schmale, Wiland, Dr. Assistenzprofessor, Mathematik, 2800 Bremen, Richard-Strauß-Platz 10, Tel. dienstl. 218-428

Timm, Jürgen, Dr., Professor, Mathematik, 2800 Bremen, Humboldtstr. 138, Tel. dienstl. 218-401

Wihstutz⁺, Volker, wissenschaftlicher Angestellter mit Lehraufgaben, 2800 Bremen, Contrescarpe 120, Tel. 31 51 60, dienstl. 218-410

Physik

(Stand: 2.2.1972)

Von Aufschnaiter, Stefan, Dr., Professor, Physik, 2800 Bremen, Wachmannstr. 165, Tel. 34 52 84, dienstl. 218-426

Diehl, Horst, Dr., Professor, Physik, 2800 Bremen, Orleanstr. 48, Tel. 44 55 62, dienstl. 218-427

Fieblinger, Günter, Dr., Assistenzprofessor, Physik, 28 Bremen, Vorstr. 21, Tel. 23 08 30, dienstl. 218-420

Haefner[†], Klaus, Dr., Professor, Physik, 7800 Freiburg, Schänzlestr. 24, Tel. dienstlich 218-408

Heller, Ferdinand, Dr., Assistenzprofessor, Physik, 2800 Bremen, Heinrich-Heine-Str. 67, Tel. 23 40 73, dienstl. 218-426

Jaisli, Walter, Dipl.Physiker, wissenschaftlicher Angestellter mit Lehraufgaben, Physik, 2800 Bremen, Chemnitzer Str. 15, Tel. dienstl. 218-426

Noack, Cornelius, Dr., Professor, Physik, 6900 Heidelberg, Quinkestr. 48, Tel. dienstl. 218-427

Scheer, Jens, Dr., Professor, Physik, 2800 Bremen, Am Deichkamp 45, Tel. 23 02 23, dienstl. 218-408

Schmidt[†], Werner F., Dr., Professor, Physik, 1 Berlin 38, Roppoltsweilerstr. 3

Schmithals, Friedemann, Dr., Assistenzprofessor, Physik, 2800 Bremen, Prager Str. 33, Tel. dienstl. 218-408

Schwegler, H., Dr., Professor, Physik, 2800 Bremen, Georg-Gröning-Str. 24, Tel. dienstl. 218-417

Elektrotechnik

(Stand: 2.2.1972)

Arndt⁺, Fritz, Dr., Professor, 6100 Darmstadt, Merckstr. 25

Bislich⁺, Roland, Assistenzprofessor, 1000 Berlin 31, Tharandterstr. 2

Bodden⁺, Heinr., Dr., Professor, Karlsruhe, Reinhold-Schneider-Str. 39

Hönerloh⁺, Heinrich, Dr., Professor, 5308 Rheinbach, Von Stauffenberg-Str. 43

Ludyk, Günter, Dr., Professor, 1000 Berlin 19, Kranzallee 58

Marte⁺, Gert, Dr., Professor, 7901 Blaumstein 2, Schloßstr. 48

Nake⁺, Frieder., Dr., Professor, 1849 Stephens St., Vancouver 8, B.C., Canada

Schmidt⁺, Detlef, Dr., Professor, 7500 Karlsruhe 51, Enzstr. 39, Tel. 0721/38 52 39

33 Die Universitätsverwaltung

(Stand: 1.2.1972)

Universität Bremen, 28 Bremen 33, Achterstraße, Telefon: 0421/218-1

	Ruf	Raum
Gründungsrektor		
Dr. von der Vring	200	A 121
	privat 35 15 57	
Persönlicher Referent		
Müller	260	A 125
Sekretärinnen		
Frau Osttafel	200/201	A 123
Frau Voigt	260	A 123
Frau Wenzel	362	A 124
Gründungskanzler		
Dr. Maaß	205	A 119
Sekretärin		
Frau Jansen	205/206	A 118

ABTEILUNG FÜR ORGANISATION VON LEHRE UND FORSCHUNG

	Ruf	Raum
Abteilungsleiter		
Ditt	210	A 117
Sekretärin		
Frau Böckler	211	A 118
Arbeitsbereich Akademische Angelegenheiten		
Guderian	212	A 128
Angelegenheiten der Kollegialorgane (z.B. Gründungsrat)		
Fräulein Harjes	215	A 127
Frau Becker	214	A 127

Geschäftsstelle

Frau Behrens	218	A 029
Jeske	219	A 029
Kuhns	219	A 029

Poststelle

Schneider	217	A 031
-----------	-----	-------

Studentensekretariat

Frau Kleepe	295	A 023
Frau Schulz	295	A 023
Frau Klimasch	294	A 023
Fräulein Kruse	294	A 023

Fachbereichsverwaltung Lehrerbildung

Ruthke, Fachbereichssekretär	302	C 128
Dittbrenner	430	C 128

Studienplanung Lehrerbildung**Hauptamtliche Planer**

Bonin	239	C 125
Frau Brentzel	239	C 125
Frau Busch	456	B 129
Heilbronn	289	C 225
Lemke	286	B 121
Maier, Dr.	267	C 214
Marzahn	326	C 131
Müller	340	C 121
Frau Nevermann	275	C 214
Nievers	289	C 225
Seeber	309	C 115
Vollmer	287	C 127

Verwaltung

Mützelburg	279	C 129
Frau Lemke	286	B 121
Warncke	388	B 123
Bock	248	C 130
Herlinghaus	288	B 121a

Fachbereichsverwaltung Naturwissenschaften

	Ruf	Raum
Reinhold, Fachbereichssekretär	441	NW1 N 225
Fräulein Hagedorn	441	NW1 N 225
Rothamel, Dr., Fachbereichssekretär	418	NW1 S 424
Fräulein Schaub	418	NW1 S 424
Raakemeyer, Fachbereichssekretär	423	NW1 S 426

Studienplanung Naturwissenschaften

Hauptamtliche Planer

Busche	416	NW1 S 420
Frau Hansen	411	NW1 S 240
Körner	425	NW1 S 418
Metzger	489	NW1 S 416
Porst	446	NW1 S 238
Steenken	425	NW1 S 418

Verwaltung

Frau Buerschaper	489	NW1 S 416
Frau Börner	425	NW1 S 418
Frau Frank	416	NW1 S 420

Fachbereichsverwaltung Sozialwissenschaften

Bolt, Fachbereichssekretär	317	B 220
Frau Wagner	301	B 219a

Studienplanung Sozialwissenschaften

Hauptamtliche Planer

Bennhold, Dr.	237	B 229
Hartmann	285	B 215
Kröning	238	B 227
Kuby-Petry	237	B 229
Kutsupis	261	B 230
Wieczorek	285	B 215
Winter	261	B 230

Verwaltung

Frau Onken	315	B 222
Fräulein Schlüter	247	B 216
Prigge	315	B 222

Rechtsangelegenheiten

Kohlmüller	203	A 236
Ziegler	269	A 235
Lorenz	270	A 235

Zentrale Studienplanung

Koop	328	C 213
Libertin	328	C 213

PERSONALABTEILUNG

	Ruf	Raum
Abteilungsleiter		
Lemmermann	220	A 224
Sekretärin		
NN	220	A 222

**Beamten-, Besoldungs- und Laufbahnrecht (ausgenommen Hochschul-
lehrer), Personalhaushalt, Stellenbewirtschaftung**

Fräulein Lumm		A 228
---------------	--	-------

**Einstellungsverhandlungen Beamte, Vorbereitung von Auswahlverfahren,
Ernennungen, Beförderungen, Abordnungen, Versetzungen, Entlassungen**

Fräulein Anspach	222	A 227
Herr Deichsel	223	A 227
Fräulein Gierschner	222	A 227

**Kinderzuschläge, Vorschüsse, Beihilfen, Unterstützungen, Umzugskosten,
Trennungsgeld, Zulagen**

Laging	259	A 223
NN		

Stellenkartei, Personalstatistik, Stellenausschreibungen

Gronau	231	A 223a
--------	-----	--------

Hochschullehrerrecht, Berufungsverfahren

Adler	228	A 228
Fräulein Rohner	227	A 226
Fräulein Büsing	454	A 226

Dienst- und Arbeitsunfälle, Nebentätigkeit, Wohnungsfürsorge, Kuren und Krankheit, Urlaub, Arbeitszeit, Dienstbefreiung

Döbelin	226	A 223
NN		

Tarifrecht für Angestellte und Lohnempfänger, personelle Mitbestimmung

Lück	224	A 229a
------	-----	--------

Einstellungsverhandlungen Angestellte und Lohnempfänger, Vorbereitung von Auswahlverfahren, Einstellungen, Höhergruppierungen, Versetzungen, Entlassungen

Fräulein Hartwig	268	A 231
Frau Herrlich	225	A 230
Frau Mathews	225	A 230

Beschäftigungs- und Dienstzeitberechnungen, Vermögensbildung, Zulagen und Zuschläge, Angelegenheiten der Lohn- und Gehaltsabzüge

Schriever	257	A 231
NN		

Entwicklung von Richtwertverfahren für Personalbedarf

NN

HAUSHALTS- UND FINANZABTEILUNG

	Ruf	Raum
Abteilungsleiter		
Berger	230	A 219
Sekretärin		
Frau Teggenthien	232	A 220

Allgemeine Angelegenheiten des Haushalts und der Finanzplanung

Halm 233 A 217

Verwaltungshaushalt

Schneider 366 A 215

Fräulein Reinert 345 A 215

Haushalt für Forschung und Lehre

Steinforth 343 A 214

Beschaffungswesen, Vermögen der Universität, Reisekostenrecht, Haftpflichtangelegenheiten

Güse 234 A 218

Günther 384 A 218

Beschaffungsstelle, Zentrallager

Strehmel 235 A 218

Hoheisel 460 A 218

Reisekostenangelegenheiten, Zahlstelle

Frau Flämig 236 A 216

BETRIEBSABTEILUNG

Ruf Raum

Abteilungsleiter

Bergmann 240 A 133

Sekretärin

Frau Schlüter 241 A 132

Gebäudebetriebstechnik

Imiela 243 A 135a

Anlagenbedienung und Wartung

Dobrunz 250 A 135a

Hausmeister GW 1

Dachwitz 368 B 113a

Nolte 368 B 113a

Hausmeister NW 1

Matthies	444	S 127	(NW 1)
Buse	444	S 127	(NW 1)

Hausmeister Marcusallee

Geile 4492-3779

Zentralwerkstätten, Reparaturdienst, Fernsprechtätigkeitstechnik, Fuhrpark

Fröse	242	A 135a
-------	-----	--------

Werkstätten NW 1

Brockmann	445	S 421	(NW 1)
Sydow	422	S 423	(NW 1)

Telefonzentrale

Frau Bellmer	298	B 021
Frau Maaß	298	B 021
Fräulein Wegner	298	B 021

Zentrale technische Beschaffungsstelle

Bleich	367	A 134
Lindemann	370	A 134

Gesamtplanung Bau, Zusammenhänge Didaktik/Bauplanung

Bissinger	280	A 114
-----------	-----	-------

Raumbedarfsplanung

Koch	281	A 113a
Isbrecht	283	A 113a
Taube	281	A 113a

Sekretärin

Frau Lindemann	478	A 113
----------------	-----	-------

Angelegenheiten der Zeitplanung, Generalnetzplanung

Foerster	8-5595 oder	245	A 134
Frau Heere		245	A 134

INFORMATIONSSABTEILUNG

	Ruf	Raum
Abteilungsleiter		
Müller	260	A 125
Sekretärin		
Frau Voigt	260	A 123
Pressereferat		
Brügmann	263	A 126
Feuß	262	A 126
Haueisen	262	A 126
Interne Informationsdienste		
Zacharias	264	A 130
Sekretärin		
Frau Pochciol	264/241	A 132
Protokolle des Gründungssenats Beschlüßauskünfte		
Frau Dr. Kutsupis	265	A 111
Interner Informationsdienst, Termininformationen, Verteiler, Anschriftenverzeichnisse		
Schelter	265	A 111
NN	464	
Planungskoordination/Entwicklungsplanung, Planung der Informationsdienste		
Heinken	258	A 128a
Sekretärin		
Fräulein Seiler	362	A 124
Koordination der zentralen Planung, Hochschulentwicklungsplan		
Heinken	258	A 128a
Garrelmann	350	A 122a
NN		

Aufbau eines integrierten Informationssystems

Odendahl	207	A 122
NN		

Anwendung und Entwicklung von Planungsmodellen, Optimierung, Simulation

NN

Dokumentation, Verwaltungsbibliothek, Ausgabe von Informationsmaterial

Frau Karnatzki	479	A 111a
NN		
NN		

Druck und Reproduktion

Markus	369	A 014
--------	-----	-------

Textverarbeitung

Fräulein Beck	373	A 014
---------------	-----	-------

Druckerei

Geske	337	B 224
Bartels	271	A 030
Lindhoff	271	A 030

AUSBILDUNGSFÖRDERUNG

	Ruf	Raum
--	-----	------

Rohlfing	213	A 026
Schaumlöffel	276	A 017

Sachgebiete:**Universität****Pädagogische Hochschule**

Frau Hertzner	352	A 021
Frau Menzel	351	A 021
Herr Janku	351	A 021

Sachgebiet:**Hochschule für Technik**

Herr Bleich	380	A 019
Frau Schlberg	379	A 019
Frau Platz	379	A 019

Sachgebiete:**Hochschule für Wirtschaft****Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie****Hochschule für Gestaltung****Hochschule für Nautik**

Herr Degner	354	A 020
Frau Kissolewski	355	A 020
Frau Stünkel	355	A 020

Sprechzeiten:

montags nur von	13.30 – 15.00 Uhr
dienstags und	
donnerstags von	9.00 – 12.00 Uhr

SOZIALWERK

	Ruf	Raum
Fuchs, Geschäftsführer		A 026a
Rohlfing, stellvertr. Geschäftsführer	213	A 026a
Sekretärin		
Frau Radeke	204	A 026
Buchhaltung, Einkauf		
Dietrichs	472	A 025
Hurrelmeyer	440	A 025
Wohnungsvermittlung*		
Krankenversorgung*		
Essenmarken*		
Schlüter	277	A 027
Frau Brähler	273	A 027
*Sprechzeiten:		
montags-freitag	9.00 – 12.00 Uhr	
Cafeteria GW 1		
Frau Dreesmann	278	

RECHENZENTRUM

	Ruf	Raum
Leiter Prof. Dr. Lamprecht	218	A 224
Sekretärin		
Frau Riedel	218/253	A 243
Wissenschaftliche Mitarbeiter:		
Dr. Biesecker		
Kirschke	471	
Dr. Weibezahn		
Programmierer:		
Döring	480	
Kleinschmidt	487	
Rundshagen	481	
Sauerland	468	
Wagner	470	
Tietze	469	

34 Organisationsbereich Lehrerbildung

Studienberatung

Eine generelle Studienberatung findet zu Beginn des SS 1972 im Rahmen der "Projektplanungstage" statt, auf denen die Ergebnisse aller Projektplanungen vorgestellt und diskutiert werden sollen. Zu diesem Zeitpunkt werden die Studiengangsbezüge sowie die interne Organisation der einzelnen Projekte (Arbeitsvorhaben, Kurse, Wechsel der Arbeitsformen, Praxisbestandteile, zeitliche Belastung etc.) endgültig geklärt sein. Gleichzeitig wird ein Überblick über sämtliche Veranstaltungen im SS 1972 an der Universität Bremen vermittelt werden.

Alle Studenten der Universität Bremen, insbesondere auch die Lehrer im Kontaktstudium sowie diejenigen, die sich als Nebenhörer um einen Studienplatz bewerben wollen, werden dringend aufgefordert, sich an diesen "Projektplanungstagen" zu beteiligen. Sie finden voraussichtlich in der Woche vom 17. – 21. April 1972 statt.

Genauere Termine werden durch Aushang bekanntgegeben.

Die Arbeitspapiere der einzelnen Projektplanungsgruppen sind ab sofort bei Frau Helga Bock, C 131, Tel. 248 zu erhalten. Dort hängen auch sämtliche Sitzungstermine der Projektplanungsgruppen während der Semesterferien aus.

Weitere Studienberatungsveranstaltungen werden im Laufe der Semesterferien von den Studiengangsplanungskommissionen beschlossen und in der ersten Aprilhälfte rechtzeitig bekanntgemacht. Die Sprechstundenzeiten der einzelnen Hochschullehrer und Planer werden zu Beginn des SS 1972 neu festgesetzt und ebenfalls rechtzeitig bekanntgegeben.

Kontaktstudium

Das berufsbegleitende wissenschaftliche Studium soll einen breiten Kreis praktizierender Lehrer mit den Prinzipien des Projektstudiums vertraut machen, den legitimen Fortbildungsbedürfnissen der Lehrer entsprechen und die Integration von praktischen und theoretischen Momenten in der Ausbildung von Studenten durch die Hereinnahme von Lehrern in die Universität verstärken. Dabei soll der Lehrer nicht nur die neuesten Entwicklungen in seinem Fachgebiet verfolgen. Schwerpunkt des Kontaktstudiums ist die Erschließung neuer Fächerinhalte und neuer Fächerkombinationen, die kritische Reflektion der gesellschaftlichen Relevanz der Unterrichtsfächer, die Erarbeitung der Planung, Realisierung und Kontrolle von Unterrichtsprozessen und die Qualifizierung für den curricularen Forschungsprozeß. Ausbildung und Weiterbildung sind deshalb curricular eng verzahnt und setzen eine kontinuierliche und infolge dessen längere Teilnahme und Mitarbeit der Lehrer im Kontaktstudium an interdisziplinären und berufsorientierten Studienangeboten voraus. Es wird erwartet das der Lehrer im Kontaktstudium wenigstens ein Projekt (3 Semester) durchläuft.

Das Kontaktstudium ermöglicht gegenwärtig nicht den Abschluß formaler Zusatzqualifikationen. Es wird angestrebt auf dem Kontaktstudium aufbauende Studiengänge für die im Bremer Lehrerbildungsmodell skizzierten Bereiche mit der Möglichkeit des Erwerbs von Zusatzqualifikationen einzurichten.

Eine volle Integration der Kontaktstudenten in die Projektarbeit der kommenden Semester ist allerdings wegen der fehlenden Unterrichtsbefreiung nur bruchstückhaft zu realisieren. Die Universität setzt sich nachhaltig für eine stundenweise Befreiung der Kontaktstudenten vom Unterricht ein. Die fehlende Unterrichtsbefreiung und die begrenzten Hochschullehrerkapazitäten beim gegenwärtigen Stand des Aufbaus der Universität ermöglichen nur Übergangslösungen für das Kontaktstudium die inhaltlich folgende Schwerpunkte setzen sollten:

- die kritische Reflektion der gesellschaftlichen Relevanz des jeweiligen Unterrichtsfaches
- die theoretische und methodische Vertiefung der im Unterricht zu behandelnden Gegenstände
- die Aneignung einer kritischen Struktur- und Begriffslehre

Die Aneignung von Kenntnissen in diesen Gebieten wird mit der Arbeit in den Projekten gekoppelt. Die Einführung der Kontaktstudenten in die Projektarbeit erfolgt nach einer Studienberatung unter Berücksichtigung der speziellen Fortbildungsbedürfnisse der Lehrer. Es wird allen Kontaktstudenten empfohlen an dieser vom Organisationsbereich Lehrerbildung organisierten Studienberatung teilzunehmen (Zeit und Ort werden Anfang April bekanntgegeben).

Die Kontaktstudenten, die korporationsrechtlich den Studenten gleichgestellt sind, haben die Möglichkeit in den Selbstverwaltungsgremien der Universität mitzuarbeiten.

Arbeitslehre/Politik (AL/P)

Bei der Bestimmung des Gegenstandsbereiches des Studiengangs Arbeitslehre/Politik wird von der nichtstrittigen Aufgabe der Schule ausgegangen, die Schüler auf ihre spätere Stellung im politischen Entscheidungsprozeß vorzubereiten. Die bisherige Vorbereitung geschah nach der Gliederung der Schulfächer in der Arbeitslehre und in der Sozialkunde. Dieser Trennung liegt die Trennung von Produktionsprozeß (Produzent) und Staat (Staatsbürger) zugrunde.

Ziel einer die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen und Emanzipationschancen aufzeigenden Vorbereitung der Schüler auf ihre gesellschaftliche Rolle muß es aber sein, die Vermittlung und Abhängigkeiten beider Bereiche aufzuzeigen.

Deshalb wird die bisherige Trennung der Fächer Arbeitslehre und Politik in diesem Studiengang aufgehoben; der Gegenstandsbereich integriert die Bereiche Politik, Technik, Ökonomie und Geschichte mit dem Ziel, Lehrer mit der Lehrbefähigung für die Schulfächer Arbeitslehre und Politik auszubilden, die die Schüler sowohl auf ihre spätere Berufstätigkeit als auch auf deren Zusammenhang mit den gesellschaftlich-politischen Entscheidungsprozessen vorbereiten können.

(Beschuß des Gründungssenats für die Universität Bremen vom 4./5. Juli 1971)

Ausgangsbedingungen

Entsprechend dem Beschluß des Gründungssenats aus der 49. Sitzung werden im Studiengang Arbeitslehre/Politik Lehrer für den berufsvorbereitenden (gesellschaftswissenschaftlichen und polytechnischen Unterricht) ausgebildet, deren Aufgabe es ist, Schüler auf ihre spätere Stellung im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß vorzubereiten. Politische Herrschaft, technischer Fortschritt und ökonomische Entwicklung müssen dazu in ihrem jeweiligen historischen Zusammenhang und unter den konkreten Bedingungen, unter denen sie sich vollziehen, gesehen werden. Dazu wird die curriculare Integration der bisher getrennten Wissenschaftsgebiete Technik, Ökonomie, Geschichte, Politik, Soziologie und Geografie notwendig, und zwar schwerpunktmäßig unter den Fragestellungen, die durch den berufsvorbereitenden Unterricht gesetzt werden.

Aufgrund wissenschaftlicher Arbeitsteilung, bestehender Schulorgani-

sation und personellen und zeitlichen Möglichkeiten eines Hochschulstudiums muß aber zugleich die Herausbildung von Schwerpunkten, die zu Abschlüssen für noch vorhandene Schulfächer führen, gefordert werden. Die Integration, auch bei einem Studium in Schwerpunkten, wird dadurch gewährleistet, daß

- a) die zentralen Fragestellungen der Lehrveranstaltungen in den einzelnen Fachgebieten sich am Ziel der Lehrerbildung im Bereich Arbeitslehre/Politik orientieren und die Probleme von Produktion und ihrer historischen Entwicklung zum Mittelpunkt ihrer Arbeit machen.
- b) für jeden Studenten und jeden Hochschullehrer die Arbeit in schwerpunktübergreifenden Projekten verbindlich ist
- c) Integration und Differenzierung, interdisziplinäre Arbeit und Spezialisierung auf jeder Stufe des Studienganges (1.-8. Semester) strukturimmanente Prinzipien sind und dementsprechend ihre Anteile am Gesamtstudium von der Studiengangsplanungskommission festgelegt worden.
- d) Theorie und Praxis des Unterrichts, der Ausbildungsziele, Forschungsansätze, -verfahren und -instrumente vorwiegend Gegenstand projektförmiger Arbeit ist.
- e) Kurse oder Lehreinheiten im Zusammenhang mit Projekten stehen.

Schwerpunkte und Studienabschlüsse

Die aufgeführten Grundsätze führen zu einer Organisationsstruktur, die hier nur formal beschreibbar ist. Sie gibt den organisatorischen und zeitlichen Verlauf der Studienmöglichkeiten im Studiengang an. Die Differenzierung der einzelnen Schwerpunkte in Form notwendiger und möglicher Curriculumelemente leistet die Studiengangsplanungskommission bis zum Sommersemester; die inhaltliche Auffüllung kann jedoch nur den Projekten und Arbeitsvorhaben überlassen bleiben: sie wird Gegenstand ständiger Diskussion zwischen Hochschullehrern und Studenten, sowie Studiengangsplanungskommission und den Lehrveranstaltungen sein:

1. Der integrierte Studiengang AL/P faßt vier inhaltliche Schwerpunkte zusammen. Jeder Student dieses Studienganges muß erwerben: a) Kenntnisse der Geschichte und des gesellschaftlichen Systems des eigenen Landes; b) Kenntnisse über die ökonomischen, technisch-technologischen, politischen und historischen Probleme der (Lohn-) Arbeit, die vorwiegend in der Projektarbeit zu erwerben sind.

2. Jeder Student im Studiengang AL/P studiert in mindestens einem der vier Schwerpunkte – Technik/Technologie, Ökonomie, Politik, Geschichte –; das Studium eines Schwerpunktes muß verbunden sein mit dem Studium von Elementen der anderen Schwerpunkte. Die jeweiligen Anteile bestimmt die Studiengangsplanungskommission.
3. Der Abschluß in jedem Schwerpunkt berechtigt zur Lehrbefähigung in Schulfächern der Sekundarstufe I:
 1. Technik: AL/P-Lehrer mit Schwerpunkt Technik
 2. Ökonomie: AL/P-Lehrer mit Schwerpunkt Arbeitslehre
Geografie-Lehrer
 3. Politik: AL/P-Lehrer mit Schwerpunkt Politik
Geografie-Lehrer
 4. Geschichte: Geschichtslehrer
 Ein gesonderter Abschluß für Gemeinschaftskunde/Sozialkunde wird nicht vorgesehen.
4. Die Schwerpunktbildung in einzelnen Schwerpunkten ist möglich und qualifiziert für Schulfächer, soweit in diesem Schwerpunkt entsprechende Inhalte studiert worden sind, (z.B. Abschluß in Ökonomie qualifiziert für Hauswirtschaftslehre, wenn entsprechende Veranstaltungen absolviert worden sind).
5. Das Studium zweier Schwerpunkte mit entsprechenden Abschlüssen ist ebenso möglich wie das Studium eines Schwerpunktes und eines Faches außerhalb des Studienganges AL/P; soweit nicht staatliche Vorschriften dem entgegenstehen. (Kombination: Politik/Geschichte)
6. In Studienorganisation und Veranstaltungsangebot ist zu sichern, daß ein Schwerpunktwechsel im Studiengang bis zur Hälfte der Mindeststudiendauer möglich ist.

Ablauf des Studiums

Das Studium ist auf acht Semester angelegt. In wieweit die Ausbildung auch auf sechssemestrige Dauer angelegt werden kann (evtl. durch Ein-Fach-Fakultas), muß die Studiengangskommission noch entscheiden. Der Ablauf des Studiums ist durch das "Bremer Modell" beschrieben,

1. Semester: Orientierungsphase
 1. Einführung in das Studium

- 2. Schulerkundungen und ihre sozial- und erziehungswissenschaftlichen Vorbereitungen
 - 3. Projektvorbereitungsgruppen
2. – 4. Semester
- 1. Projekt I mit Schwerpunkt für einen oder beide Abschlüsse
 - 2. Projektbegleitende Kurse und Arbeitsvorhaben fach- und erziehungswissenschaftlicher Art
 - 3. ergänzende Grundlagenveranstaltungen im Schwerpunkt des 2. Abschlusses (soweit im 1. nicht enthalten)
4. Semester
- Durchführung und Auswertung einer Unterrichtseinheit
- 2./6. Semester:
- Betriebspraktikum (möglicherweise)
5. – 7. Semester
- 1. Projekt II mit fachwissenschaftlichen Schwerpunkten für beide Abschlüsse oder für den im Projekt I nicht enthaltenen Abschluß
 - 2. fachvertiefende Arbeitsvorhaben in den Schwerpunkten
 - 3. Vorbereitung und Durchführung einer Unterrichtseinheit
8. Semester
- 1. Auswertung der Unterrichtseinheit
 - 2. Probleme der curricularen Entwicklung im Gebiet Arbeitslehre/Politik

Die Studiengangplanungskommission Arbeitslehre/Politik bearbeitet und erledigt:

zum Ende des WS 71/72 die Anforderungen an fortgeschrittene Studenten

die Vorlage vorläufiger Studienpläne zum SS 72

die Konzipierung einer vorläufigen Prüfungsordnung im SS 72

Die Vorlage von Studiengängen und Studieninhaltsordnungen im WS 1972/73

Die Auswertung der im SS 72 laufenden Projekte und Arbeitsvorhaben in Bezug auf ihre Relevanz für den Studiengang und die Abschlüsse AL/P.

Kommunikation/Ästhetik

Die Zusammenfassung der sprach-, literatur-, kunst-, musik- und kommunikationswissenschaftlichen Disziplinen zum Bereich "Kommunikation/Ästhetik" findet ihre vorläufige Begründung in der gemeinsamen Aufgabe, die Ideologienbildung in Sprache, Literatur und Kunst sowie die Informations- und Kommunikationsprozesse in ihrem jeweiligen Verhältnis zu den Produktions- und Reproduktionsverhältnissen der Gesellschaft zu untersuchen. Die Erforschung der historischen Veränderung von Kommunikationsbeziehungen sowie der Wandel ästhetischer Wahrnehmung, Normen und Realisierungsmöglichkeiten wird zu leisten sein im Zusammenhang der Erkenntnis historischer gesellschaftlicher Umwälzungen.

Da die im Bereich "Kommunikation/Ästhetik" angebotenen Studiengänge in erster Linie auf den Lehrerberuf vorbereiten, ist eine zentrale Aufgabe nicht allein die wissenschaftliche Erforschung von Kommunikationsverhältnissen, sondern die Behandlung relevanter gesellschaftlicher Bereiche unter dem Aspekt ihrer curricularen Legitimation und Verwertung. Angesichts der traditionellen Isolierung der hier zusammengefaßten Fachdisziplinen bedeutet die geplante Verbindung mit Sozial- und Erziehungswissenschaften einen in der Ausarbeitung des Projektstudiums erst noch einzulösenden Anspruch.

Mit Inkrafttreten der Vorläufigen Universitätsverfassung wird der Bereich "Kommunikation/Ästhetik" in den Zusammenhang eines praxis- und problemfeldbezogenen Studienbereiches gestellt werden, dessen nähere inhaltliche Bestimmung und organisatorische Struktur unter dem Arbeitstitel "Kultur/Medien/Information", in Angriff genommen worden ist.

Gegenwärtig umfassen die Studiengänge im Bereich "Kommunikation/Ästhetik" die traditionellen Disziplinen, die zur Ausbildung von Deutsch-, Englisch-, und Französischlehrern führen. In den Bereichen ästhetische Erziehung visuelle und auditive Kommunikation (Kunstpädagogik/Musikpädagogik) kann ein Studium erst ab Wintersemester 1973/74 aufgenommen werden. Die Studiengangsplanung für diese Bereiche wird von der Unterkommission Kunst vorbereitet.

Die Studiendauer für Lehrer aller Stufen in den angebotenen Studiengängen ist auf mindestens 8 Semester geplant. Daneben müssen möglicherweise auch Studiengänge von 6 Semestern angeboten werden. Mit den Veranstaltungen des SS 1972 wird nach der Orientierungsphase des ersten Semesters das Projektstudium aufgenommen.

Entwurf: Examensregelungen für Fortgeschrittene Studenten im Bereich Kommunikation/Ästhetik und Arbeitslehre/Politik

(Stand: 15.2.1972)

1. Für Fortgeschrittene Studenten in den Lehrerstudiengängen bestehen zwei Möglichkeiten zum Studienabschluß:
 - a) Beginn des Staatsexamens nach Abschluß der Lehrveranstaltungen des Wintersemesters 1972/73
 - b) Beginn des Staatsexamens nach Abschluß des 4. Semesters der Studienanfänger (nach dem Sommersemester 1972/73) oder später
2. Für a) soll gelten:
 1. Das Staatsexamen qualifiziert nur für das Lehramt an Realschulen und Gymnasien (S I und S II), soweit die Bewerber nicht in ihrem Studium eine Ausbildung für den Primarbereich nachweisen können (PH, PI, AfE u.ä.).
 2. Mindestens ein Projekt jeder "Fachgruppe" im Sommersemester 1972 wird so angelegt sein, daß in ihm isolierbare projektförmige Einheiten enthalten sind, die die Vorbereitung einer Unterrichtseinheit erlauben.
 3. Die sozialwissenschaftliche Vorbereitung der Unterrichtseinheit wird durch die Erkundungen im Wintersemester 1972/73 geleistet werden.
 4. Die Unterrichtseinheit wird im Anschluß an die Erkundungen durchgeführt. Dauer: maximal 4 Wochen (Qualifizierung nach Unterrichtsstunden).

5. Die schriftliche Hausarbeit kann die Unterrichtseinheit, ein Thema aus dem bearbeiteten Projekt im Zusammenhang mit der Unterrichtseinheit, die curricularen Folgerungen aus dem Projekt oder die selbständige Weiterentwicklung von Themen, die zum Zeitpunkt der Arbeit im Projekt nicht abgeschlossen waren, umfassen.
 6. In den Projekten nicht zu sichernde examensnotwendige Qualifikationen werden im Sommersemester 1972 bzw. Wintersemester 1972/73 nach Absprache mit den betroffenen Studenten angeboten.
3. Für b) soll gelten:
1. Die für einen Studienabschluß notwendigen Qualifikationen werden in den Projekten der kommenden drei Semester vermittelt – ggf. auch in gesonderten Kursen.
 2. Die Planung und Durchführung einer Unterrichtseinheit findet im Zusammenhang mit den laufenden Projekten und der Unterrichtseinheit für Studienanfänger statt.
 3. Im übrigen gilt eine "Rahmenprüfungsordnung" (der Entwurf vom 24.1.1972 ist im Studentensekretariat, Zi. A 022/023, Öffnungszeiten: montags - freitags 8.00 bis 12.00 Uhr, erhältlich).
4. Für alle Fortgeschrittenen Studenten gilt:
1. Der Nachweis einer Unterrichtseinheit ist verbindlich.
 2. Neben der Unterrichtseinheit soll zum Examen nachgewiesen werden:
 - die Teilnahme an einer schulpraktischen Veranstaltung (Hospitation, Praktikum) von 4 Wochen Dauer. Dieses "Praktikum" soll auch im Rahmen intensivierter Erkundungen im Wintersemester 1972/73 ableistbar sein. Examenskandidaten, die sich nach dem Sommersemester 1973 zur Prüfung melden, sollten dieses "Praktikum" im Zusammenhang mit den Erkundungen im Wintersemester 1972/73 absolvieren. Erkundungen im Rahmen des Wintersemesters 1971/72 gelten nicht als "Praktika" im Sinn dieser Regelung.
 3. Die Studiengangplanungskommissionen beschließen vorläufig, daß entsprechend den KMK-Rahmenprüfungsregelungen:
 - a) Studenten der sprachlichen Fächer Veranstaltungen aus der "Alten Abteilung" absolviert haben müssen.

- b) Lateinkenntnisse bei der Examensmeldung erforderlich sind.
- c) Studenten im Bereich Arbeitslehre/Politik im Fach Geschichte den Nachweis einer Veranstaltung der mittleren Geschichte, in den Sozialwissenschaftlichen Fächern den Nachweis von Kenntnissen in empirischer Sozialforschung oder Statistik erbringen müssen.
- d) daß spezielle Erziehungswissenschaftliche Qualifikationen für Sekundarstufe I und II vorliegen müssen: wahlweise in Curriculumtheorie, Schulorganisations- und Schulrecht, Testtheorie- und Verfahren, Sozialisationsforschung, Unterrichtsmedien, Entwicklungspsychologie, Bildungsplanung und -ökonomie.

(Alle Regelungen vorbehaltlich der Zustimmung des Senators für das Bildungswesen)

Sozialpädagogik

Sozialpädagogik, Sozialarbeit und Sozialplanung intendieren die praktische Umsetzung von Problemlösungsstrategien und sind spezifische Bestandteile des gesellschaftlichen und politischen Gesamtinventars zur Lösung und/oder Vermeidung von Konflikten, Krisen und Widersprüchen. Ihre Geschichte ist die Geschichte der Institutionalisierung von Interventionen, die auf die aus der Struktur der bürgerlichen Gesellschaft resultierenden Widersprüche und Probleme reagieren.

Die Praxisfelder von Sozialpädagogik, Sozialplanung und Sozialarbeit konstituieren sich daher aus dem Bezug zu wesentlichen Problembereichen der Gesellschaft:

- das Problem der historisch adäquaten Erziehung und Ausbildung zum Zweck einer Qualifizierung (außerhalb der Familie und der Schule vorgelagert) beantwortet die Gesellschaft durch besondere Einrichtungen zur frühkindlichen Erziehung ("Vorschul-erziehung"),
- das Problem der Herstellung, Erhaltung und Restitution von Arbeitskraft beantwortet sie mit Maßnahmen zur infrastruktu- rellen Wohn- und Umwelt-, Lebens- und Gesundheitsversorgung und -vorsorge ("Gemeinwesensarbeit/Sozialplanung"),
- das Problem der sozialen und politischen Loyalität mit besonde- ren Strategien der sozialen Befriedung und der politischen Sozialisation ("Sozialpolitik/außerschulische Bildung"),
- auf das Problem der individuellen und kollektiven Nichtaner- kennung sozialer und gesetzlich sanktionierter Normen reagiert sie mit einem Maßnahmeninventar, das von sublimier Ab- schreckungsdrohung über therapeutisch-beratende Maßnahmen bis zur disziplinierenden Gewalt reicht ("Dissozialität/Therapie/ Beratung").

Orientiert an diesen Problembereichen soll der sozialpädagogische Studiengang innerhalb der damit umrissenen (vorläufigen) Schwer- punkte zum Erwerb von Qualifikationen befähigen, die den künftigen Sozialpädagogen durch die Vermittlung der wissenschaftlichen Kennt- nisse und Verfahrensweisen gesellschaftliche Bedingtheit, Aufgaben und Relevanz seiner Tätigkeit erkennen und richtig einschätzen lassen. Die Vermittlung konkret-praktischer, berufsrelevanter Fähigkeiten soll dazu befähigen, daß die Probleme des Handelns innerhalb der künftigen

Arbeitsgebiete solidarisch und progressiv aufgegriffen und gelöst werden.

Der Studiengang Sozialpädagogik soll die bisher getrennten Ausbildungsgänge von Diplom-Sozialpädagogen und Sozialarbeitern unter Einbeziehung des sozialplanerischen Tätigkeitsbereichs integrieren. Das hochschuldidaktische Planungsprojekt "Jugendhilfestruktur in Bremen – Zur Berufssituation des Sozialarbeiters/Sozialpädagogen" (WS 1971/72 und SS 1972) soll zur curricularen Entwicklung eines entsprechenden Studiengangs beitragen.

Das Studium, das Praxis, Lernen und Forschen durch seine Organisation in Projektform integriert, soll sich – nach dem vorläufigen Stand der Planung – gliedern in:

- das Orientierungssemester (= 1. Studiensemester);
- das Projekt I (= 2. bis 4. Studiensemester) mit dem Schwerpunkt auf der Erarbeitung des Verhältnisses von Gesellschaftsstruktur und Sozialpädagogik;
- das Projekt II (= 5. bis 8. Semester) mit der Bearbeitung methodisch-strategischer Probleme innerhalb eines als Schwerpunkt gewählten Problembereichs/Praxisfelds;
- das (Diplom-) Examssemester (= 9. Studiensemester).

Die Praxisbestandteile des Studiums erstrecken sich vorwiegend auf die vorlesungsfreie Zeit und umfassen insgesamt ca. 6 Monate.

Eine Studien- und Prüfungsordnung soll im Herbst 1972 von der Studiengangplanungskommission, in der Vertreter der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie mitarbeiten, vorgelegt werden.

Ergänzungsstudium "Elektrotechnik" für Berufsschullehrer

Nach dem bisherigen Stand der Studiengangsplanungskommission "berufsbildendes" Schulwesen wird ein Ergänzungsstudium "Elektrotechnik" für Lehrer an gewerblichen Berufsschulen im WS 72/73 an der Universität Bremen eröffnet werden. Studenten mit abgeschlossener Diplom-Vorprüfung und Ingenieure (grad.) der betreffenden Fachrichtung können sich zum Einschreibetermin für das WS 72/73 bewerben.

Das Ergänzungsstudium wird 6 Semester betragen und sich nach seiner bisher diskutierten formalen Struktur in folgende Teile gliedern: Eingangsphase mit Praxiserkundung in der Schule (1. Semester und Anfang 2. Semester); Aufarbeitung der Erkundungsphase, Entwicklung von Problemfeldern für die Vorhaben (2. Sem.); erstes 3-4 Wochen dauerndes, gelenktes Unterrichtspraktikum (Anfang 3. Sem.); Erziehungs- und Sozialwissenschaftliche Vorhaben/Fachbezogene Vorhaben, Teilnahme in Projekten, "Arbeitslehre/Politik," "Automatisierung der industriellen Produktion" u.a. (3.-4. Sem.); Planung einer Unterrichtseinheit (Anfg. 5. Sem.); zweites Unterrichtspraktikum (5. Sem.); Aufarbeiten des Praktikums und Studienabschluß mit Prüfung (6. Sem.).

Ein Studiengang für den kauf. Bereich des berufsbildenden Schulwesens wird 1973 als Grund- und Ergänzungsstudium an der Universität Bremen entwickelt sein.

Mitarbeiter im Bereich schulpraktischer Projektstudien

Zum SS 1972 werden neben Hochschullehrern und Tutoren auch Lehrer der allgemein- und berufsbildenden Schulen als Mitarbeiter im Bereich schulpraktischer Projektstudien an der Ausbildung von Lehrern teilnehmen. Hochschullehrer, Tutoren, Lehrer und Studenten arbeiten gemeinsam in Projekten, die sich vom 2. – 4. Semester erstrecken. Sie nehmen bei der Organisation von Lernprozessen entsprechend ihren Qualifikationen, unterschiedliche Aufgaben wahr. So werden die Lehrer die Fragestellungen und Probleme der Projekte auf ihre unterrichtspraktische Relevanz überprüfen.

Die Hauptaufgabe der Mitarbeiter im Bereich der schulpraktischen Projektstudien wird es sein, daß die am Ende des 4. Semesters zu planende Unterrichtseinheit gemäß den geplanten Intentionen in den Schulen realisiert werden kann. Dazu ist erforderlich, daß die reale Situation in der Schule und in der Klasse in die Planung mit einbezogen wird und daß andererseits Schule, Schüler und Eltern auf veränderte Unterrichtsziele, -inhalte und -formen vorbereitet werden. Dieses könnte geleistet werden durch experimentelle Vorwegdurchführung einzelner Elemente der zu planenden Unterrichtseinheit. Die schulischen Mitarbeiter müßten die Planung der experimentellen Unterrichtselemente einleiten. Bei deren Realisierung müßten von ihnen nachdrücklich die oben genannten Probleme eingebracht werden. Zum anderen durch die Realisierung von Elementen einer Unterrichtseinheit den Studenten die Gelegenheit gegeben werden, Verhaltenssicherheit durch unterrichtspraktische Tätigkeit zu erwerben – eine Voraussetzung für die Durchführung der Unterrichtseinheit am Ende des Projektes.

Die Mitarbeiter im Bereich der schulpraktischen Projektstudien sollen für die Tätigkeit an der Universität von einem Teil ihrer Lehrverpflichtungen an der Schule befreit werden.

43 Organisationsbereich Naturwissenschaften

Studiengänge Mathematik

Das Studium an der Universität Bremen ist geplant als ein Studium, das den Studenten für seine spätere Berufspraxis qualifizieren soll. Hierzu gehört, daß er zusätzlich zum notwendigen Fachwissen die Fähigkeit erwirbt, dieses selbstständig anzuwenden und zugleich die gesellschaftlichen Bedingungen der Anwendung kritisch zu reflektieren.

Zur Begründung dieser Ziele ist es notwendig, von der tatsächlichen Berufssituation der Mehrzahl der Hochschulabsolventen auszugehen.

An den Mathematiker in Schule und Wirtschaft werden immer komplexere und differenziertere Anforderungen gestellt. Begriffe wie Kooperation, kollektive Arbeit, Arbeitsteilung, Aufgeschlossenheit, Mobilität, Kommunikationsfähigkeit umschreiben neben Verständnis für die spezifische Funktion der Mathematik und Beherrschung ihrer wesentlichen Methoden Eigenschafts- und Tätigkeitsmerkmale des Mathematikers. Diese extrafunktionalen Fähigkeiten müssen im Studium mit dem instrumentellen Wissen erworben werden.

Die Universität kann den Anforderungen seitens der Wirtschaft an die Fähigkeiten qualifizierter Arbeitskräfte jedoch nicht unbefragt Rechnung tragen. Es kann nicht ihre Aufgabe sein, sich an partiellen Interessen zu orientieren; wissenschaftliche Ausbildung sollte vielmehr der Befriedigung gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse dienen.

Eine so verstandene gesellschaftskritische Dimension bezieht sich im Mathematikstudium auf die Analyse der Entwicklung und Anwendung der Mathematik und deren gegenseitiger Beziehungen. Diese während des ganzen Studiums zu vollziehende Analyse darf nicht als eine additive Komponente aufgefaßt werden, sondern muß in allen Phasen des Studiums eingegliedert sein. So kann gewährleistet werden, daß der Mathematiker nicht weiterhin lediglich ein ausführendes Organ ist, dem die gesellschaftlichen Bedingungen, die seine Arbeit bestimmen, nicht in den Blick geraten.

Das weitgehende Unvermögen der bisherigen Universitäten, dem Mathematiker diese Aspekte zu vermitteln, beruht einmal auf der im traditionellen Hochschulunterricht fehlenden Behandlung des Mathematisierungsprozesses sowie der Interpretation mathematischer Anwen-

dungen im außermathematischen Bereich, zum anderen darauf, daß die Verwertungsbedingungen mathematischer Ergebnisse nicht untersucht werden.

Diesen Mängeln des Mathematikstudiums soll in Bremen dadurch begegnet werden, daß sowohl naturwissenschaftliche als auch sozialwissenschaftliche Anwendungen zum integralen und nicht separiert begleitenden Bestandteil des Studiums werden sollen. Insbesondere die Wechselwirkungen zwischen Sozialwissenschaften und Mathematik werden gemäß ihrer zunehmenden Bedeutung einen breiteren Raum einnehmen, wobei allerdings die Möglichkeit der Mathematisierung gesellschaftlicher Komplexe problematisiert werden muß.

Weiterhin soll in einem Berufspraxisprojekt das Berufsfeld des Mathematikers in Wirtschaft, Verwaltung und Schule analysiert werden, wobei auch das generelle Problem der Anwendbarkeit von Mathematik und die dafür notwendigen Voraussetzungen und Grundlagen erforscht werden sollen.

Da die geschilderte Problematik den künftigen Diplommathematiker ebenso wie auch den künftigen Lehrer betrifft, baut das Studium für beide auf den gleichen Grundsätzen auf. Hieraus resultiert, daß eine möglichst große Durchlässigkeit zwischen den beiden Mathematikstudiengängen angestrebt wird.

Die Verwirklichung dieses Konzepts ist nicht als Ergebnis abgeschlossener Planung zu begreifen, sondern bedarf laufender Überprüfung und Modifikation durch die Erfahrung. Dies erfordert ständige Initiative und Kooperation aller am Lernprozeß Beteiligten.

Physikstudium

Das Studium der Physik in Bremen ist Teil der allgemeinen Reformkonzeption der Universität, deren kennzeichnendes Strukturmerkmal die Organisation von Lehre und Forschung in Projekten ist. Dabei wird unter Projekt die Lehre und Forschung verbindendes Vorhaben verstanden, welches folgende Kriterien erfüllt:

- die Fragestellung eines Projektes geht von einem gesellschaftlich wichtigen Problem aus,
- der Gegenstand eines Projektes wird interdisziplinär behandelt,
- das Studium in Projekten bezieht die Berufspraxis mit ein^{*}).

Die Notwendigkeit der Organisation von Lehre und Forschung in Projekten ergibt sich dabei für die Naturwissenschaften aus ihrer gesellschaftlichen Funktion. Diese ist durch zwei Momente gekennzeichnet: einerseits liefert die Naturwissenschaft die theoretischen Grundlagen für die industrielle Produktion und bestimmt diese in immer höherem Maße durch die Anwendung ihrer Ergebnisse, andererseits bestimmen dadurch außerhalb der Naturwissenschaft stehende gesellschaftliche Faktoren und Kräfte die Entwicklung der Naturwissenschaft durch Festlegung der Zielsetzung, der Richtung und des Umfangs wissenschaftlicher Forschung und Ausbildung. Das läßt sich auch daran ablesen, daß der weitaus größte Teil der Diplom-Physiker ingenieurartige Tätigkeiten in der Industrie ausübt.

Diese durch die Verwissenschaftlichung der Produktion bedingte Entwicklungstendenz wird von der traditionellen Forschung und Ausbildung kaum berücksichtigt: Forschung versteht sich als praxisferne Vertiefung an einem fachimmanent bestimmten Objekt, Ausbildung als die beziehungslose Vermittlung positiven, "wertfreien" Wissens.

Sollen diese Mängel überwunden werden, so ergeben sich als Anforderungen an die Organisation naturwissenschaftlicher Ausbildung an der Universität:

^{*}) Entsprechend der allgemeinen Planung an der Universität Bremen sollen etwa zu gleichen Teilen Physiklehrer und Diplomphysiker ausgebildet werden. Daher schließt der Terminus "Berufspraxis" im folgenden stets beide Gruppen ein.

- der Inhalt von Lehre und Forschung muß durch die Anwendung in der beruflichen Praxis bestimmt sein,
- diese Konzeption erfordert die Interdisziplinarität, da sich in der Anwendung die einzelnen naturwissenschaftlichen Tätigkeitsfelder nicht isolieren lassen,
- unter gesellschaftlichen Bedingungen, die durch die private Aneignung gesellschaftlich produzierter Güter gekennzeichnet sind, muß die ökonomische Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse der wissenschaftlichen Reflexion unterliegen, will sich der emanzipatorische Anspruch und Inhalt von Wissenschaft realisieren,
- die praxisorientierte Ausbildung muß der als Folge der Verwissenschaftlichung der Produktion sich ständig verändernden Berufspraxis Rechnung tragen, will sie nicht einer Dequalifikation der Arbeitskraft Vorschub leisten. Das erfordert einen weitgehenden Verzicht auf die Vermittlung eines als vollständig verstandenen Fachkanons. Ziel der Ausbildung muß vielmehr die Aneignung der grundlegenden Methodik, die eine Fachdisziplin auszeichnet, sowie der Erwerb solcher Fähigkeiten wie Kreativität, praxisbezogenes Denken und rationales Problemlösungsverhalten sein. Das läßt sich durch direkte Teilnahme am wissenschaftlichen Prozeß erreichen,
- das Produkt der Ausbildung, der Wissenschaftler, wird als ein gesellschaftlich handelndes Subjekt begriffen, d.h., es muß durch die Ausbildung erreicht werden, daß er nicht als Objekt fremden Interessen in einem nicht von ihm bestimmten System dient. Diese Forderung macht es unumgänglich, daß auch der Naturwissenschaftler grundlegende sozialwissenschaftliche Kenntnisse erwirbt, um seine Stellung und Funktion in der Gesellschaft bestimmen und gegebenenfalls Handlungsalternativen entwickeln zu können.

Als Organisationsform, die die beschriebenen Momente umfaßt, ist die gemeinsame Arbeit von Lehrenden und Lernenden in Projekten anzusehen.

Die Bestimmung eines Projektes durch ein gesellschaftliches Problem erfordert den Beitrag und die Zusammenarbeit verschiedener Fachdisziplinen auf der Ebene von Arbeitsvorhaben. Für die Naturwissenschaften bedeutet die verlangte Interdisziplinarität nicht nur Kooperation der bisher geplanten Fächer (Mathematik, Physik, Elektrotechnik, später Chemie und Biologie), sondern meint auch und gerade die Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Disziplinen in die naturwissenschaftliche Reflexion.

Diese grundsätzliche Interdisziplinarität über die Grenzen der Naturwissenschaften hinaus ist allerdings beim derzeitigen Stand der Projektplanung noch keineswegs abgesichert. Die Physiker waren unter den im abgelaufenen Wintersemester vorgefundenen Bedingungen (Aufnahme der Tätigkeit der bisher berufenen Hochschullehrer erst im Verlauf des Semesters, während in anderen Bereichen der Universität der Studienbetrieb bereits begonnen hatte, Umzug in ein getrenntes Gebäude für Naturwissenschaften, noch keine Studenten) vielmehr gezwungen, Vorschläge für Projekte auszuarbeiten, die zunächst nur Aspekte der Physikausbildung ausreichend berücksichtigen. Es wird eine zentrale Aufgabe der weiteren Arbeit sein, die Vermittlung dieser "Physik-Projekte" mit den übrigen natur- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen voranzutreiben.

Die Planung konnte bisher auch deshalb nicht zu verbindlichen Ergebnissen führen, weil an ihr nur die kleine Zahl der schon berufenen Hochschullehrer beteiligt war. Wenn diese sich auch bemüht haben, ihre Vorschläge an den Reformkriterien auszuweisen, so bleibt es doch ein zur Zeit nicht behebbarer Mangel, daß zwangsläufig partielle Interessen und Fähigkeiten zum Tragen gekommen sind und insbesondere die Studenten (da noch nicht anwesend) von der Planung ausgeschlossen waren. Insofern bedürfen die vorgestellten Projekte der Ergänzung und Veränderung durch alle, die an ihnen in Zukunft mitarbeiten werden.

Die Vermittlung des grundlegenden Fachwissens und der fachspezifischen Methoden stellt in den sogenannten "exakten" Naturwissenschaften ein besonderes Problem dar. Auch dieses "Fachstudium" soll grundsätzlich im Rahmen von Projekten erfolgen. Da projektorientiertes Lernen in der Physik bisher andernorts nur sehr fragmentarisch möglich war, wird die Methode der Wissensvermittlung selbst kritischer Beobachtung durch alle Beteiligten bedürfen. Es ist eine Aufgabe der nächsten Zeit, hierfür Modelle zu entwickeln, die nicht zurückgreifen auf die nachgewiesen untauglichen Unterrichtsformen der traditionellen Hochschule.

Insbesondere wegen der gemeinsam zu leistenden Unterrichtsaufgaben dürfen die Projekte nicht isoliert nebeneinander herlaufen. Die Bezogenheit auf die übrigen Projekte gilt dabei in besonderem Maße einerseits für das Projekt "Berufspraxis", andererseits für das Projekt "Schulcurricula", denn

- die Berufspraxis des Hochschulabsolventen ist der Bereich an dem sich die Lehrinhalte des Studiums auszuweisen haben (für den künftigen Physiklehrer kann es dabei nicht nur um seine eigene Berufspraxis als Lehrer gehen, sondern es gilt, die Funktion des Physikunterrichts für die spätere Berufspraxis der Schulabsolventen selbst zu klären und von daher die Studieninhalte zu bestimmen). Deshalb müssen die übrigen Projekte offen bleiben für die Einbeziehung der Ergebnisse des Berufspraxisprojekts,
- die Ausbildung von Physiklehrern und Diplomphysikern soll weitgehend gemeinsam stattfinden, mit der Perspektive, daß die Lehrerstudenten das in Projekten gelernte Fachwissen und die Ergebnisse der Projektarbeit für den Schulunterricht didaktisch umsetzen; es wird also eine weitgehende Durchlässigkeit der Studiengänge "Diplomphysiker" und "Physiklehrer" angestrebt. Deshalb müssen alle anderen Projekte in das Curriculum-Projekt ihren besonderen Beitrag einbringen.

Der Studienbetrieb in Physik wird im Sommersemester 1972 außer mit Nebenfachstudenten zunächst mit fortgeschrittenen Physikstudenten aufgenommen; die Zulassung von Erstsemestern ist erst für das Wintersemester 72/73 vorgesehen. Es wird die Hauptaufgabe des Sommersemesters sein, die zunächst nur von Physikern vorbereiteten Projekte in den intendierten interdisziplinären Rahmen zu stellen. Es ist abzusehen, daß dabei durch die Mitarbeit der anderen Fachwissenschaften (vor allem der Sozialwissenschaften) die vorgesehenen Projekte noch erhebliche Modifikationen erfahren werden.

Auch wird im Laufe des Sommersemesters zu klären sein, in welcher Weise im kommenden Winter für die Erstsemester eine gemeinsame Orientierungsphase durchgeführt werden kann, die die Anfängerstudenten befähigt, über die künftige Projektplanung sinnvoll mitzubestimmen.

Ergänzungsstudium Elektrotechnik

Die Universität Bremen eröffnet zum Sommersemester 1972 ein Ergänzungsstudium in der Elektrotechnik, zu dem Ingenieure (grad) sowie Studenten mit abgeschlossener Diplom-Vorprüfung der betreffenden Fachrichtung zugelassen wurden. Es soll mit den Schwerpunkten Nachrichtentechnik und angewandte elektronische Datenverarbeitung zu einem Diplom-Abschluß führen. Die Schwerpunkte Energietechnik bzw. Hochspannungstechnik sowie elektrische Maschinen werden vorläufig nicht vertreten sein.

Entsprechend den an der Bremer Universität beschlossenen Grundsätzen erfolgt das Studium überwiegend in Forschung und Lehre verbindenden Projekten. Diese Projekte sind nicht als begrenzte technische Aufgaben zu verstehen, sondern als gesellschaftlich relevante, interdisziplinär anzugehende Probleme. Sie sollen in ihrem Bezug zu bestimmten Bereichen gesellschaftlicher Praxis ausgewiesen sein und die kritische Analyse der jeweils angestrebten Berufstätigkeit einschließen. Beispiel für einen solchen Problembereich ist das für die Ausbildung von Ingenieuren ebenso wie für Lehrer und Sozialwissenschaftler vorgesehene Projekt "Automatisierung der industriellen Produktion". Daneben stehen für die Ausbildung von Ingenieuren die Projekte "Unterrichtstechnologie" und "Nachrichtenübertragungssysteme" zur Diskussion.

Der emanzipatorische Anspruch des Bremer Modells läßt sich nur einlösen, wenn gleichzeitig mit dem Erwerb der Fähigkeit zweckrationalen Handelns für bestimmte Lebensbereiche untersucht wird, wie und in wessen Interesse wissenschaftliche Erkenntnisse verwertet wird und welche soziale Rolle das Subjekt der Erkenntnis in diesem gesellschaftlichen Produktions- und Verwertungsprozess einnimmt. In diesem Sinne soll sich das Ergänzungsstudium Elektrotechnik nicht wie sonst üblich auf die im engen Sinne fachliche Qualifikation beschränken, sondern es soll den Ingenieur befähigen, seine wissenschaftliche Tätigkeit in einem gesellschaftlichen bzw. politischen Zusammenhang zu begreifen, die ökonomischen Bedingungen dieses Zusammenhangs und deren Veränderbarkeit zu erkennen und auf der Basis solcher Erkenntnisse zu handeln.

Die hier angeführten Ziele des Ergänzungsstudiums Elektrotechnik

sollen nicht in verschiedenen, voneinander getrennten Lehrveranstaltungen angestrebt werden, sondern nach Möglichkeit durch die intensive Behandlung entsprechender Fragestellungen im Rahmen der einzelnen Projekte verwirklicht werden. Es wird davon ausgegangen, daß dazu die Mitarbeit in 2 bis 3 verschiedenen, im Studium zeitlich aufeinanderfolgenden Projekten notwendig ist. Diese Tätigkeit wird sich in kleinen, von Tutoren betreuten Gruppen vollziehen, welche jeweils bestimmte, vorher in Verbindung mit anderen Projektgruppen diskutierte Arbeitsvorhaben im Rahmen eines Projekts und über einen Zeitraum von 1 bis 2 Semestern bearbeiten. Die Studiendauer wird mindestens 4 Semester betragen.

Im Sommersemester 1972 sollen nach einer mehrwöchigen Eingangsphase, in der in interdisziplinärer Zusammenarbeit die vorgeschlagenen Projekte in ihren verschiedenen Aspekten problematisiert und auf ihren Zusammenhang mit der Berufspraxis von Ingenieuren und Lehrern untersucht werden sollen, einzelne Arbeitsvorhaben in gemeinsamer Planung von Hochschullehrern und Studenten festgelegt und begonnen werden. Dabei soll versucht werden, die Vermittlung des notwendigen Fachwissens und spezifischer Methodenkenntnisse innerhalb der jeweiligen Projekte bzw. Arbeitsvorhaben sicherzustellen.

Eine Prüfungsordnung für das Ergänzungsstudium liegt noch nicht vor. Sie wird von den betroffenen Studenten und Hochschullehrern mit dem Ziel einer Absicherung der Reformansätze des in Bremen konzipierten Projektstudiums im Sommersemester 1972 erarbeitet werden müssen.

47 Organisationsbereich Sozialwissenschaften

Das integrierte sozialwissenschaftliche Eingangsstudium

Der Organisationsbereich Sozialwissenschaften bietet Veranstaltungen innerhalb eines einheitlichen, alle sozialwissenschaftlichen Studiengänge integrierenden Eingangsstudiums an. Das Eingangsstudium ist ein Versuch, die bereits an verschiedenen Hochschulen durchgeführte oder geplante sozialwissenschaftliche Grundlegung einzelner Studiengänge auf neuartige Weise zu verwirklichen.

Es stellt die gemeinsame erste Phase der Ausbildung für Juristen, Ökonomen und Sozialwissenschaftler im engeren Sinne dar. Im Unterschied zu dem bisherigen Modell wird es nicht lediglich eine "Anreicherung" der Einzeldisziplinen durch sozialwissenschaftliche Methoden oder Ergebnisse sein, sondern für die verschiedenen Studiengänge als gemeinsame Bezugsgrundlage folgende Lernziele anstreben:

- die Entstehung, Struktur und Funktion der Wissenschaften
- die Struktur- und Funktionsveränderungen von Berufs- und Tätigkeitsfeldern
- die Fähigkeit zu interdisziplinärer und kooperativer wissenschaftlicher Arbeit.

Die Eingangsphase ist weder ausschließlich auf die Aneignung bloßen Faktenwissens (methodische und historische Grundlagen der Wissenschaften etc.), noch einseitig auf die Vermittlung formaler Fähigkeiten (Problemlösung, Kooperation, selbstständiges Denken etc.) ausgerichtet. Vielmehr soll die isolierende Gegenüberstellung von Wissen und Denken in einem Prozeß des forschenden, an Problemen orientierten Lernens überwunden werden. Entsprechend der erreichten Stufe der Ausbildung wird der Student von dem problemorientierten Nachvollzug bereits gelöster Fragestellungen zur Lösung noch ungeklärter Fragen übergehen und dabei in gleichberechtigter Kooperation mit den Hochschullehrern das wissenschaftliche Problem für die gemeinsame Forschung festlegen und Lösungswege suchen.

Das gemeinsame Eingangsstudium verschiedener Studiengänge zielt nicht auf eine Aufhebung wissenschaftlicher Arbeitsteilung, sondern will versuchen, diese Differenzierungen ebenso wie die Arbeitszusammenhänge aus der Entwicklung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses zu erklären und historisch überholte Isolierungen einzelner

Wissensbereiche zu überwinden. Dabei wird davon ausgegangen, daß ohne eine Einsicht in

- die Entstehungsbedingungen und Entwicklungstendenzen der Wissenschaften, insbesondere der Differenzierungs- und Integrationsprozesse
- die innere Struktur und das systematisch-methodische Vorgehen der Wissenschaften
- die soziale Funktion der Wissenschaften in den gegenwärtigen Gesellschaftsformationen

ausreichende Qualifikationen für die sich ständig verändernden Berufsfelder wissenschaftlich Arbeitender nicht mehr sichergestellt werden können.

Die tiefgreifenden Veränderungen im Bereich der wissenschaftlichen Tätigkeiten sind nur ein Ausdruck der Wandlungen im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. In der Analyse der Ursachen und Tendenzen solcher Veränderungen soll der Student erkennen, daß sich im Unterschied zu seinen Vorstellungen überlieferte Berufsrollen nicht mehr eindeutig fixieren lassen. Im Eingangsstudium wird er sich eine erste annähernde Vorstellung von

- der Entstehung der Berufsrollen
- den gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen seiner intendierten Berufstätigkeit und
- ihrer gesellschaftlichen Funktion

verschaffen können. Dies soll u.a. eine rechtzeitige Umorientierung der Studien- und Berufswahl ermöglichen und eine hinreichende Motivation für das Erlernen nicht unmittelbar fachspezifischer, jedoch in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext wichtige Kenntnisse und Fähigkeiten herstellen.

Die Fähigkeiten zu interdisziplinärer und kooperativer wissenschaftlicher Arbeit werden im weiteren Studium und im späteren Beruf von ausschlaggebender Bedeutung sein. Dem Erlernen dieser Qualifikationen wird im Eingangsstudium auch in formaler Hinsicht Rechnung getragen durch eine Neuorganisation herkömmlicher Lehrveranstaltungen. Die Lehrveranstaltungen finden im Rahmen eines dreigliedrigen Kursprogramms in Form von Plenen und Arbeitsgruppen der Hochschullehrer sowie von Tutoren-Arbeitsgemeinschaften statt:

- In den Plenen tragen die Hochschullehrer systematische Übersichten über das zu behandelnde Thema vor und fassen Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammen.

- In Kleingruppen wird das Kursthema anhand von Quellentexten, Sekundärliteratur und Referaten zusammen mit den Hochschullehrern erarbeitet.
- Die Tutoren-Arbeitsgemeinschaften vertiefen besondere Aspekte der Kurse unter Anleitung von fortgeschrittenen Studenten und Graduierten durch Lektüre und Diskussion.
- In besonderen Gremien (Studiengangskommissionen, Vorbereitungsgruppen etc.) werden die Lehrveranstaltungen von Hochschullehrern, Tutoren und Studenten gemeinsam geplant und ausgewertet.

Im Teil "Das Lehrprogramm der Universität Bremen im SS 1972" werden die drei Kurse im einzelnen beschrieben. Sie sind systematisch aufeinander abgestimmt und verfolgen die oben genannten Lernziele unter verschiedenen Fragestellungen:

Sozialwissenschaftliche Berufsfelder II (Kurs A)

Struktur der bürgerlichen Gesellschaft II (Kurs B)

Arbeitskampf in der Bundesrepublik Deutschland II (Kurs C)

**37. Die Lehrveranstaltungen der Universität Bremen
im Sommersemester 1972**

Die Lehrveranstaltungen der Universität Bremen im Sommersemester 1972

	Veranstaltungs- kennziffer (VAK)	Seite
Organisationsbereich Sozialwissenschaften		124
Kurs: Sozialwissenschaftliche Berufsfelder II	78	124
Kurs: Struktur der bürgerlichen Gesellschaft II	79	125
Gastvorlesung: Aufstieg und Verfall der bürgerlichen Nationalökonomie: die Entpolitisierung der Ökonomie	81	127
Gastvorlesung: Möglichkeiten einer speziellen Kritischen Theorie der bundesdeutschen Gesellschaft	82	128
Kurs: Arbeitskampf in der Bundesrepublik Deutschland II	80	126
Sprachunterricht: Russisch	83	130
Organisationsbereich Naturwissenschaften		131
Berufspraxis der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz	63	131
Organisation der Arbeit von Naturwissenschaftlern, Ingenieuren und Mathematikern im Betrieb	64	134
Soziale Lage und Politisches Verhalten der technischen Intelligenz	65	135
Wissenschaftspolitik und Forschungsplanung	66	136
Sozialgeschichte der Naturwissenschaften	67	136
Theoretischer Fortschritt und theoretischer Zusammenhang in naturwissenschaftlichen Disziplinen	61	137
Veranstaltungen mit Schwerpunkt im Fach Physik		138
Projektvorschlag: Ursachen und Wirkungen stofflicher Umwelteinflüsse		138
Schadstoffnachweis und örtliche Umweltprobleme	53	140
Luftverunreinigung und Krebsproblem	54	141

	Veranstaltungs- kennziffer (VAK)	Seite
Reaktionskinetik: Mathematische und physikalische Modellbildung am Beispiel eines biologischen Elektronentransportes	55	141
Probleme der Meßbarkeit intrazellulärer Stoffwechselvorgänge im Hinblick auf exogene Störungen	56	142
Projektvorschlag: Sicherheit und Zuverlässigkeit technischer Systeme		143
Zerstörungsfreie Materialprüfung/Produktionskontrolle	57	143
Projektvorschlag: Teilcurricula Physikalische Naturwissenschaften		144
Kritische Prüfung des Zusammenhangs zwischen allgemeinen Bildungszielen und Inhalten sowie Lehrmittel des Physikunterrichts	59	145
Kurs: Erhaltungssätze und Energieumwandlungen	60	145
Plenumveranstaltung: Projekt-Planung und -Evaluierung	62	146
Veranstaltungen mit Schwerpunkt im Fach Mathematik		146
Luftverunreinigung und Krebsproblem	54	146
Reaktionskinetik: Mathematische und physikalische Modellbildung am Beispiel eines biologischen Elektronentransportes	55	146
Projektplanung: Dynamische Systeme	72	146
Kurs: Wahrscheinlichkeitstheorie	71	147
Aspekte des Messens	73	148
Mathematische Grundlagen des Messens	74	148
Aufbau des Zahlensystems	75	149
Raum und Zeit	68	149
Automaten und ihre Anwendungen	69	149
Modelltheorie	70	150

	Veranstaltungs- kennziffer (VAK)	Seite
Veranstaltungen mit dem Schwerpunkt im Fach Elektrotechnik		150
Projektvorschlag: Nachrichtenübertragungssysteme	76	150
Automatisierung der industriellen Produktion	77	151
Organisationsbereich Lehrerbildung		153
Projekt: Kompensatorische Erziehung	84	153
Curriculumplanung an der Gesamtschule	85	154
Linguistische Analyse von Unterschichtssprache und Ableitung von Unterrichtsstrategien	86	155
Schulische Spracherziehung	87	156
Erziehung durch Massenmedien	88	156
Sozialisations- und Lebensbedingungen von Schülern und Lehrern	89	157
Eignungs- und Leistungsdifferenzierung	90	158
Legitimationsstrategien bürgerlicher Bildungspolitik ..	91	159
Kurs: Soziolinguistik	92	159
Kurs: Angewandte Linguistik	93	159
Kurs: Kanonbildung im Deutschunterricht und Lite- raturwissenschaft	94	159
Kurs: Medienanalyse	95	159
Kurs: Mathematische Grundlagen des Messens für Mathematiker	74	159
Kurs: Mathematische Grundlagen der Testtheorie für Nichtmathematiker	96	159
Kurs: Aufbau des Zahlensystems	75	159
Kurs: Primäre Sozialisation	97	159

	Veranstaltungs- kennziffer (VAK)	Seite
Institutionelle Bedingungen des Lernens; Lerntheorien und didaktische Strukturen	98	160
Kurs: Bildungs- und Schulpolitik in der Weimarer Republik	99	160
Kurs: Bildungsökonomie und Bildungsplanung	100	160
Kurs: Schulrecht	101	160
Kurs: Vorschulerziehung	102	160
Projekt: Darstellung der Arbeitswelt in der Schule.....	103	160
Kultur der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des Imperialismus	104	164
Deutsches Arbeitertheater 1890 und 1914	105	166
Analyse von Arbeiter-Autobiographien im Zeitraum 1890 – 1918	106	167
Pariser Commune 1871	107	167
Jean-Paul Sartre	108	168
Ideologiekritik des Schlagers in der BRD	109	168
Darstellung des Arbeiters und des Arbeitsprozesses in bestimmten Sendereihen von ARD und ZDF	110	168
Kurs: Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung 1890 – 1918	111	169
Zur Geschichte und Kultur der britischen Arbeiterbewegung	112	170
Projekt: Konflikte, Konfliktregelung, Friedenssicherung unter den Bedingungen gegensätzlicher gesellschaftlicher Systeme		170
Zwischenstaatliche Konflikte und Friedenssicherung im Sekundarstufenunterricht: Materialanalyse, Hospitationen, Curriculum, Unterrichtsmodelle, Friedenspädagogik	113	172

	Veranstaltungs- kennziffer (VAK)	Seite
Gesellschaft und Frieden: bürgerliche Friedensbewe- gung und II. Internationale	114	173
Imperialismus und die ökonomische, technologische, politische und soziologische Dynamik von Konflikten (generell und global)	115	175
Der Imperialismus und die ökonomische, technologi- sche, politische und soziokulturelle Dynamik von Konflikten Nord-Süd	116	177
Der Imperialismus und die ökonomische, technische, politische und soziokulturelle Dynamik von Konflik- ten Ost-West	117	178
Projekt: Fremdsprachenunterricht	118	179
Historische, politische, ökonomische und ideologische Hintergründe des Fremdsprachenunterrichts	119	181
Konstruktive Lehrwerkkritik	120	181
Kurs: Linguistische Grundlagen des Fremdsprachen- unterrichts	121	181
Sprachkurs: Elementare, artikulatorische Phonetik	122	182
Sprachkurs: Pronunciation exercises	123	182
Sprachkurs: Exercises de prononciation	124	182
Sprachkurs: Basic Grammar	125	183
Sprachkurs: Grammaire fondamentale	126	183
Sprachkurs: Vergleichende Grammatik und Stilistik Deutsch-Englisch	127	183
Sprachkurs: Vergleichende Grammatik und Stilistik Deutsch-Französisch	128	183
Übersetzungsübungen Deutsch-Englisch	129	183
Übersetzungsübungen Deutsch-Französisch	130	183

	Veranstaltungs- kennziffer (VAK)	Seite
Projekt: Aufklärung	131	183
Wirtschafts-, Sozial- und politische Geschichte der Epoche der Aufklärung	132	184
Ökonomische Theorie der Aufklärung	133	185
Legitimationsstrategien bürgerlicher Bildungspolitik ..	134	186
Grundpositionen der französischen Aufklärung	135	187
Das Irrationalismusproblem in der französischen und deutschen Aufklärung	136	187
Die Entstehung der materialistischen Geschichtsauffassung	137	188
Projekt: Probleme historisch-materialistischer Dialektik: Analysis und Synthesis durch körperliche und geistige Arbeit; gesellschaftliche und individuelle Konstitutionsprozesse	138	188
Theoretischer Fortschritt und theoretischer Zusammenhang in naturwissenschaftlichen Disziplinen	61	193
Kurs: Marx, Ethik und Sozialismus	139	194
Kurs: Zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors – Teil II	140	194
Kurs: Die Trennung von Bildung und Ausbildung: Arbeitserziehung und Herstellung von Staatsloyalität in der öffentlichen Schule im 19. Jhdt.	141	195
Kurs: Didaktische Modelle und Unterrichtsmethoden	142	196
Kurs: Sozialwissenschaftliche Methoden in der projektorientierten Lehrerbildung	143	197
Projekt: Zur Vorbereitung der Erkundungsphase	144	197
Projekt: Jugendhilfestruktur in Bremen zur Berufssituationsanalyse des Sozialpädagogen/Sozialarbeiters	145	198
Kleinkindererziehung/Vorschule	146	198

	Veranstaltungs- kennziffer (VAK)	Seite
Systeme sozialer Sicherung und Planung	147	198
Politische Sozialisation und Sozialpolitik	148	199
Dissozialität und Sozialadministration	149	200
Kurs: Zur Geschichte der Sozialarbeit/Sozialpädagogik	150	201
Blockseminar	151	201
Studiengangspannung	152	201
Kurs: Politische Ökonomie/Kapital	153	202
Kurs: Kulturtheorie in Großbritannien und den USA I: Christopher Candwell	154	202
Projekt: Materialistische Literatur- und Kulturtheorie I: Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein	155	202
Projekt: Sicherheit und Zuverlässigkeit technischer Systeme. Zerstörungsfreie Materialprüfung/Produktionskontrolle	57	202

Organisationsbereich Sozialwissenschaften

Kurs: Sozialwissenschaftliche Berufsfelder II

**Veranstalter: Billerbeck, Grauhan, Hickel, Lautmann, U.K. Preuß, Thoss
(VAK 78)**

Aufgabe dieses Kurses ist es, die spezifische gesellschaftliche Form der Berufsarbeit von Sozialwissenschaftlern zu analysieren und anhand empirischen Materials vorzustellen.

Aus diesem Grunde sollen bestimmte gesellschaftliche Problembereiche, in denen typischerweise Sozialwissenschaftler tätig sein werden, zum Untersuchungsgegenstand des Kurses gemacht werden. Die Studenten sollen die spezifischen Widersprüche dieser Problembereiche sowie ihre gesamtgesellschaftliche Vermittlung möglichst konkret erfahren lernen.

Von den folgenden Problembereichen innerhalb sozialwissenschaftlicher Berufspraxis soll ausgegangen werden:

- a) Soziale Sanktion und Kontrolle
- b) Stadtentwicklung und Industrieansiedlung
- c) Vergesellschaftung betrieblicher Leitungsfunktionen (einschließlich des Rationalisierungskomplexes)

Die Problembereiche a) und b) sollen unter der gemeinsamen Fragestellung des Wandels der Formen politischer Herrschaft behandelt werden. Inwieweit sich dieser Formwandel darstellt als Übergang von reaktiv ordnenden zu kompensierenden Funktionen staatlicher Tätigkeit wird innerhalb des Kurses zu problematisieren sein – im Bereich a) als der Übergang von Repressions- zu Resozialisationsfunktionen, am Beispiel der Einführung von sozialtherapeutischen Anstalten neben – und tendenziell anstelle von – Gefängnissen.

Die Problembereiche b) und c) sollen unter der gemeinsamen Fragestellung der gesellschaftlichen Form des Produktionsprozesses und seiner institutionell-politischen Bedingungen behandelt werden, – in b) als kompensatorische planende und gestaltende Funktion öffentlicher Gewalt für betriebliche Standort- und Investitionsentscheidungen, in c) als historischer Wandel der Betriebsformen im Hinblick auf die Bestimmung des Arbeits- und Verwertungsprozesses.

Die Bereiche b) und c) ließen sich exemplarisch entwickeln am Beispiel der Ansiedlung und Abwanderung Bremer Wirtschaftsunternehmen.

Es sollen die für diese Bereiche bestimmenden gesellschaftlichen Widersprüche, Praxismöglichkeiten und Vermittlungen zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und die gesellschaftliche Form dieser Widersprüche analysiert werden. Insofern sich die gesellschaftliche Form der Widersprüche als bürokratische Organisation darstellt, werden die grundlegenden wissenschaftlichen Methoden und Theorien der Analyse bürokratischer Organisationen erarbeitet. Zu den dabei untersuchten Problemen gehören insbesondere

- der Zusammenhang zwischen Rekrutierungsfeldern, berufsspezifischer Sozialisation und den besonderen Funktionsweisen der Organisationsangehörigen,
- das Wirksamwerden objektiver Funktionen in konkreten Entscheidungsfeldern, Zielwidersprüchen, Durchsetzungs- und Widerstandsstrategien.

Das Programm wird vier Wochenstunden umfassen.

Kurs: Struktur der bürgerlichen Gesellschaft II

Veranstalter: Biesecker, Dubischar, Hahn, Hickel, Hinz, Jaroslawska, U.K. Preuß, Rinken, Saurien, Steinberg, Stuby, Wohlmuth (VAK 79)

Im Rahmen des integrierten sozialwissenschaftlichen Eingangsstudiums wird die zentrale Veranstaltung über Entstehungsbedingungen und Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft fortgeführt.

Behandelt sind bisher die Themen „Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft, wie sie sich in deren Theorie darstellt“ und „Konstituierung der Lohnarbeit“. Es folgt die Analyse des beschleunigten ökonomischen Aufstiegs der (europäischen) Bourgeoisie: Umwälzung der Manufaktur, des Handwerks und der häuslichen Wirtschaft / Industrielle Revolution (Maschinerie und große Industrie). Anschließend wird die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft im 19. Jahrhundert exemplarisch aufgearbeitet unter zwei leitenden Aspekten:

- Verteidigung des bürgerlich Erreichten gegen dessen reaktionäre Gefährdung (Bourgeoisie contra regime feudal)
- Verteidigung des bürgerlich Erreichten gegen dessen revolutionäre Bedrohung (Bourgeoisie contra Proletariat).

Begonnen wird mit der Interpretation von Texten, die die Freisetzung der bürgerlichen Gesellschaft vom regime feudal als „herrlichen Sonnenaufgang“

(Hegel) begreifen. Es folgen Texte des Frühsozialismus und Texte zur Lage der Unterschichten in der Periode der Industriellen Revolution (Pauperismus-Literatur des Vormärz).

Bei den Frühsozialisten als den Theoretikern des Proletariats unter den Bedingungen des einsetzenden Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat kündigt sich an, daß die bürgerliche Gesellschaft ihrer revolutionären Bedrohung entgegengeht: die Arbeiter beginnen, „to think and act as a body“; es bereitet sich vor „a more extensive change in the frame of society than hat ever yet been made“ (Thomas Hodgskin, 1825).

Die bürgerliche Pauperismus-Literatur des Vormärz – realistischer und kritischer als die entsprechende Literatur in England und Frankreich – registriert besorgt und genau die Emanzipation des Proletariats vom leidenden Objekt zum zielklar handelnden, antikapitalistisch engagierten Subjekt der geschichtlichen Entwicklung.

Danach sind zu analysieren die Anfänge der Arbeiterbewegung (Schwerpunkt: Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland) und die Reaktionen auf die Arbeiterbewegung (Staat der sozialen Reform, Sozialgesetzgebung). Die Ergebnisse der Veranstaltung gehen ein in die nach den Ursachen fragende Analyse des Prozesses der Enthistorisierung und der einzelwissenschaftlichen Differenzierung innerhalb der Sozialwissenschaften.

Kurs: Arbeitskampf in der Bundesrepublik Deutschland II

**Veranstalter: Biesecker, Billerbeck, Hoffmann, Lautmann, Saurien, Steinberg, Stuby, Wagner, Wohlmuth
(VAK 80)**

Der erste Teil des Kurses: „Arbeitskampf in der Bundesrepublik“ im Wintersemester 1971/72 beschäftigte sich vornehmlich mit der sozialökonomischen Vorgeschichte der Bundesrepublik, weil sich herausgestellt hatte, daß das Thema ohne diese Vorkenntnisse nicht verständlich gemacht werden konnte. Hieran schließt der Kurs im SS 1972 an, er ist jedoch von vornherein auf bestimmte Schwerpunkte beschränkt. Die allgemeine Bezeichnung des Kurses wird konkretisiert auf das Thema:

„Stellung und Aktionsmöglichkeiten der organisierten Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland“.

In einer ersten Phase des Kurses soll der Zusammenhang und die Wahl der Schwerpunkte aus der geschichtlichen Abfolge der inneren Entwicklung der BRD bis 1966/67 dargestellt werden. Zu diesem Zweck wird ein Überblick über die Entwicklung der BRD bis 1966/67 mit folgenden Schwerpunkten gegeben:

1. Arbeitskämpfe, Arbeitskampfrechtsprechung
2. Staatliches Lenkungsinstrumentarium auf dem Hintergrund der Konzentration des Kapitals und seiner Verwertungsschwierigkeiten.

Nach diesem Überblick, der nicht über zwei Doppelstunden im Plenum ausgedehnt werden soll, werden die Schwerpunkte in erster Linie in Kleingruppen erarbeitet, die von Zeit zu Zeit in zusammenfassenden Plenen ergänzt werden:

1. Arbeitskampfrechtsprechung und ihre Kritik (Grundgesetz, Sozialadäquanz, Waffengleichheit, arbeitsrechtlicher und „politischer“ Streik, die Kriterien der Zulässigkeit eines Streiks nach dem Bundesarbeitsgericht, Richterrecht).
2. Methoden, Instrumente und Theorien staatlicher Programmierungstätigkeit im ökonomischen Bereich (konzertierte Aktion, mittelfristige Finanzplanung, Stabilitätsgesetz, formierte Gesellschaft, Wohlstandsideologie, große Koalition etc.).
3. Gewerkschaftsorganisation und Gewerkschaftspolitik auf dem Hintergrund staatlicher Regulierung (Arbeitnehmerbewußtsein, innergewerkschaftliche Willensbildung, Gewerkschaften und Parteien, Arbeitskampfanalyse am konkreten Beispiel).

Gastvorlesung: „Aufstieg und Verfall der bürgerlichen Nationalökonomie: die Entpolitisierung der Ökonomie“.

(eingegliedert in Kurs: Struktur der bürgerlichen Gesellschaft)

Veranstalter: Kade

(VAK 81)

Inhalt/Begründung:

Die Inhalte dieser Veranstaltung leiten sich her aus der Kritik des gegenwärtigen Standes der bürgerlichen Wirtschaftstheorie.

Die Dogmengeschichte der bürgerlichen Wirtschaftstheorie ist dadurch charakterisiert, daß sie das Gesamtsystem der politischen Ökonomie nicht nach seinen wissenschaftsgeschichtlichen, erkenntnistheoretischen und sozialen Eigenarten darstellt, sondern entweder wissenschafts- oder ideologiestrukturale Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt.

Der idealistische Ausgangspunkt einer solchen Dogmengeschichtsschreibung ermöglicht eine beliebige Interpretation der Entwicklung der ökonomischen Theorie; durch reine Darstellung der Dogmen wird auf eine Kritik der Entwicklung verzichtet und das Fehlen eines wissenschaftlich haltbaren Gesamtsystems wurde nicht aufgezeigt.

Lernziele der Veranstaltung:

Ausgehend von dieser Bestandsaufnahme soll dargestellt werden, daß die bürgerliche Nationalökonomie einmal eine „politische Ökonomie“ gewesen ist, so daß ein Verfallsprozeß aufzeigbar wird, wobei nach den Gründen hierfür gefragt werden soll.

Als Konsequenz daraus soll – durch Rückgriff auf die sozialen Bedingungen der ökonomischen Wissenschaft – die Notwendigkeit der Repolitisierung der Nationalökonomie oder, anders ausgedrückt, einer überfälligen Transformation ökonomischer Theorie in politische Ökonomie aufgezeigt werden.

Gastvorlesung: Möglichkeiten einer speziellen Kritischen Theorie der bundesdeutschen Gesellschaft

(eingegliedert in Kurs: Struktur der bürgerlichen Gesellschaft)

Veranstalter: Sonnemann

(VAK 82)

Die an der bürgerlichen Gesellschaft demonstrierbaren Parameter der Politökonomie setzen sich nicht unabhängig vom überlieferten Verhalten der Menschen durch. Sie behaupten sich unter der Voraussetzung bestimmter durchschnittlicher Handlungs-, Erwartungs- und Reaktionsweisen der Bevölkerung, die intersozietär sehr verschieden sind und deren fortwährende Selbsterneuerung auf Orientierungen des Bewußtseins an Inhalten traditionalistischer Art nicht beschränkt ist.

Diese verhaltenstypischen Besonderheiten der institutionellen und politischen Wirklichkeit in verschiedenen Ländern bilden gesellschaftliche Interaktions-

muster, die nach aus der Psychoanalyse vertrauten Strukturregeln ihrer Bewußtmachung größte Widerstände entgegensetzen, da sie als mechanisierte oder verinnerlichte Ablagerungen vergangener Herrschaftsstrukturen – mit denen sich ökonomische durchdrungen, überformt und verfestigt hatten – selbst geschichtlich bestimmte sind, ihre Erkenntnis daher einen gewissen Abstand benötigt.

Umso dringlicher, wenn auch umso schwieriger, ist die Aufgabe ihrer angemessenen Theoretisierung: da Träger und Objekte eines solchen Bewußtwerdungsprozesses zusammenfallen, kann er nach Maßgabe seines Projekts auch erst dann – wenigstens annähernd – für vollzogen gelten, wenn die erzielbaren theoretischen Einsichten in Verhaltensänderung – gesellschaftliche Praxis – sich umsetzen, also in ihren konkreten kritischen Anforderungen an Einzelne und Gruppen wirklich begriffen sind. Dieses Ziel ist nicht erreichbar, außer die fragliche Theorie entfaltet vorerst sich ohne Präjudizierung durch Praxisvorstellungen, die sie nicht selbst schon geprüft hat: erst Erkenntnis jenes phasenverschobenen, tendenziell hinter den Produktionsbedingungen zurückbleibenden Überlieferten in einer Gesellschaft macht ein präziseres theoretisches Verständnis der Probleme möglich, die ihre jeweils **speziellen** sind.

Ein Erkenntnisprozeß solcher Art wird für die Gesellschaft der Bundesrepublik angestrebt. Ihrer geschichtlichen Dimension nach fassen die zu Tage gelangenden Schwierigkeiten, wie sie mit Versuchen etwa der Bildung einer artikulierten Öffentlichkeit in Deutschland verknüpft sind, sich im Gescheitertsein bürgerlicher Revolutionen und seinen belegbaren Folgen im fortwährenden Importcharakter von Demokratie zusammen. Dieses Material wirft vorerst Fragen nach dem in der Bundesrepublik vorherrschenden Demokratieverständnis und Geschichtsbewußtsein auf und den in ihr verwirklichten Möglichkeiten gesellschaftlicher Bewältigung von Konflikten.

Diesen Fragen wird nachgegangen werden. Die Befunde machen einen Rückgriff auf die Theorie nicht allein der Gesellschaft nötig. Nach den Erfordernissen der Untersuchung, die nach dem Gesagten eine sozialanthropologische, durch psychische Umsetzungen und Vermittlungen entscheidend bezeichnete Dimension hat, werden etwa Bestimmungen ideologischer Fehlentwicklungen, in denen die Reflexion kritischer Gesellschaftstheorie und einer selbstkritisch gewordenen Psychoanalyse zusammentreffen, in die Veranstaltung eingebracht werden. (Zu nennen ist für solche Fehlentwicklungen etwa

der spezifisch deutsche Historismus und sein latent gewordener moderner Fortsatz im mit Zukunftsmodellen operierenden Manipulismus von Selbstausbeutung.)

Diese Überschreitung von Fachgrenzen vollzieht sich in beiderlei Richtung. Schon im Begriffsstatus des Interaktionsmuster – dessen Bestimmung bei Habermas noch etwas Formales und Provisorisches hat – ist sie postuliert und vorweggenommen. Mit ihr knüpft die Lehrveranstaltung auch an Einsichten ins Verhältnis von Erkenntnistheorie und Sozialwissenschaft an, die der einschlägigen Veranstaltung des Wintersemesters thematisch waren.

Sprachunterricht: Russisch
Veranstalter: Schlott
(VAK 83)

Organisationsbereich Naturwissenschaften

Der Gemeinsame Ausschuß Naturwissenschaften hat noch keine Festlegungen hinsichtlich der Studiengangsbezogenheit einzelner Veranstaltungen beschlossen. Diesbezügliche Hinweise in den Veranstalterkommentaren sind als Empfehlungen aufzufassen.

Den Studenten wird nahegelegt, neben den fachbezogenen Veranstaltungen auch an Berufspraxisprojekten teilzunehmen.

Berufspraxis der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz

Veranstalter: Dombrowski, Gottschalch, Hansen, Jaisli, Mahr, Metzger, Petersen, Rompf, Schmale, Stapelfeldt, Steenken, Wihstutz, Arndt, Marte, Heitmann, Busche, Hönerloh, Ludyk, Bißlich

(VAK 63)

Das wesentliche Merkmal des Projektstudiums ist, die Aneignung fachlicher Qualifikationen mit der Untersuchung der Berufspraxis des Naturwissenschaftlers zu verbinden.

Die Notwendigkeit dieser Verbindung leitet sich aus dem Ziel ab, dem Studenten Qualifikationen zu vermitteln, die es ihm ermöglichen, einerseits seine produktiven Fähigkeiten entsprechend dem Stand der Produktivkräfte zu entfalten, andererseits die realen Entwertungsprozesse zu erkennen, um ihnen entgegenwirken zu können. Dies ist aber nur möglich, wenn über die Analyse des Verwertungszusammenhangs eine objektive Einsicht in die gesellschaftliche Funktion der Wissenschaft und des Wissenschaftlers erzielt wird, um zu erreichen, daß der Wissenschaftler gemeinsam mit anderen Berufstätigen auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft hinarbeitet.

Die Realisation dieser Verbindung stößt auf prinzipielle Schwierigkeiten, die sich aus der in unserer Gesellschaft angelegten Trennung von Theorie und Praxis ergeben und deren Resultat u.a. ist, daß bisher keine konkrete Analyse der Berufspraxis von Naturwissenschaftlern erstellt werden konnte.

Der erste Schritt eines Berufspraxisvorhabens kann daher nur darin bestehen, eine langfristige Untersuchungstätigkeit in Form eines eigenen Projektes abzusichern. Wesentliche Aufgabe dieses Projektes wird es sein, den Zusammenhang zwischen einzelnen Arbeitsvorhaben zu gewährleisten und den gesamten Fragenkomplex abzustecken.

In einer zweiten Stufe der Berufspraxisarbeit ist es notwendig, die Inhalte anderer Projekte auf ihre Bedeutsamkeit für die berufliche Tätigkeit zu untersuchen und ggf. neu zu bestimmen. Das wird z.T. durch die Studiengangspaltungskommissionen geschehen können. Diese Kommissionen haben auch im Zusammenhang mit dem Berufspraxisprojekt sicherzustellen, daß die Teilnahme an Arbeitsvorhaben der Berufspraxis für jeden Studenten zum notwendigen Bestandteil des Studiums wird.

Besondere Arbeitsbedingungen für das Berufspraxisvorhaben

Die Berufspraxis wurde erst im Laufe der Studentenbewegung problematisiert. Sie wurde hauptsächlich von politischen Gruppen untersucht, denen keine nennenswerte materielle Unterstützung gewährt wurde. Noch heute müssen an vielen Hochschulen der BRD einzelne Tutorenstellen für Berufspraxis erkämpft werden. Nur an wenigen Universitäten (z.B. Bielefeld – Berufspraxis des Mathematikers) sind Seminare zu diesem Thema institutionell abgesichert.

Daraus resultiert, daß sich das Berufspraxisprojekt in Bremen nicht an bereits laufenden Projekten anderer Universitäten orientieren kann. Das bereits existierende Material ist z.T. schwer zugänglich, und es werden kaum durchgängige Untersuchungsmethoden angewandt.

Scheinen demgegenüber die institutionellen Bedingungen in Bremen relativ günstig, so kommt dennoch erschwerend hinzu, daß es keine Hochschullehrer und Tutoren gibt, die ausreichend qualifiziert wären, bei der Einrichtung des Projekts anleitende Funktionen zu übernehmen.

Als Lösungsversuch für diese Schwierigkeit wurde der Vorschlag aufgenommen, eine „Kerngruppe“ einzurichten, die das Berufspraxisprojekt tragen soll. Ihre Aufgabe ist es zum einen, sich selbst weiter zu qualifizieren, um dadurch einen Vorlauf an Informationen zu gewinnen, der sie befähigt, in den nächsten Semestern die Organisation des Berufspraxisprojekts zu übernehmen; zum anderen ist kurzfristig die Weiterarbeit studentischer Gruppen im Sommersemester zu organisieren.

Das hier vorgeschlagene Modell der Institutionalisierung der Berufspraxis sieht eine Doppelstruktur vor: danach wird angestrebt, einige Vorhaben des Berufspraxisprojekts im Zusammenhang mit sonstigen, mehr fachlich orientierten

Projekten durchzuführen. An diesen Vorhaben sollten daher Studenten teilnehmen, die Mitglieder der jeweiligen Projekte sind.

Weitere Vorhaben werden außerhalb dieser Projekte angeboten. Die Teilnahme ist daher offen für alle Studenten. Die Koordination aller Arbeitsvorhaben wird dabei von der Kerngruppe wahrgenommen.

Arbeitsperspektiven

Die Untersuchung der Berufspraxis wird sich zweier wesentlicher Fragestellungen annehmen müssen:

- Welche fachlichen Fähigkeiten müssen während des Studiums erworben werden, um den „beruflichen Anforderungen“ zu entsprechen?
- Welche gesellschaftliche Stellung nimmt die wissenschaftlich-technische Intelligenz ein?

Das bedingt z.B. Untersuchungen über Verwertung technischer Intelligenz im Arbeitsprozeß, die Veränderung der Arbeitsbedingungen technischer Intelligenz mit der Entwicklung der Produktionsweise, etc.

Ausgehend von den gesellschaftlichen Bereichen, in denen Hochschulabsolventen eingesetzt werden, läßt sich die Berufspraxis in folgenden Gruppen unterteilen:

- A. Berufspraxis des Lehrers
Funktionen herkömmlicher Lehrinhalte, Schulstrukturen, Sozialisationsbedingungen usw. Darüber hinaus ist es für den späteren Lehrer notwendig, über seine eigene Berufspraxis die spätere Berufspraxis seiner Schüler zu reflektieren.
- B. Wissenschaftler an staatlichen und halbstaatlichen Forschungsinstituten.
- C. Hochschulabsolventen in der Verwaltung.
- D. Technische Intelligenz in der industriellen Forschung und Produktion.

Da die meisten Naturwissenschaftler mit Diplomabschluß im Beschäftigungsverhältnis nach D. arbeiten, scheint es vordringlich, im Berufspraxisprojekt diesen Themenkreis anzugehen.

Dieser Fragestellung lassen sich etwa folgende Themen zuordnen:

1. Organisation wissenschaftlicher Arbeit im Betrieb.
2. Soziale Lage und politisches Verhalten der technischen Intelligenz.
3. Wissenschaftspolitik und Forschungsplanung,

und da die Verwertung naturwissenschaftlicher Ergebnisse nicht zu trennen ist von ihren Entstehungsbedingungen, da über dies naturwissenschaftliches Denken gewisse Ideologiefunktion hat, ist es notwendig, sich mit der

4. Geschichte und Methodologie der Naturwissenschaften zu beschäftigen; besonders im Hinblick auf den Zusammenhang naturwissenschaftlicher Begriffsbildung mit dem Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeit.

Untersuchungen zur Berufspraxis dürfen nicht aufgefaßt werden als eine Sammlung von einigen Fakten, die dann ohne Beziehung zueinander auf irgendeine Art und Weise interpretiert werden. Sie müssen vielmehr ausgehen von einer Untersuchung der objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung.

Ausbildungsperspektiven

Über das notwendige Arbeiten von reinen Fragestellungen der Berufspraxis hinaus bietet dieses Projekt Ausbildungsmöglichkeiten auf naturwissenschaftlich interdisziplinärem Gebiet.

Die Reflexion der Bedeutung anderer Projekte für die Berufspraxis führt notwendigerweise zur Auseinandersetzung mit deren fachlichen Inhalten.

Untersuchungen der Methodologie der Naturwissenschaften oder der ideologischen Wirksamkeit naturwissenschaftlicher Erkenntnis erfordern eine ausführliche Aneignung und Auseinandersetzung mit den diskutierten naturwissenschaftlichen Lehrinhalten. Außerdem sind z.B. bei empirischen Untersuchungen Studien über empirische Methodik, Aussagewert von empirischen Ergebnissen und Statistik zu betreiben.

Organisation der Arbeit von Naturwissenschaftlern, Ingenieuren und Mathematikern im Betrieb (VAK 64)

Hier sollen im nächsten Semester anhand konkreter Fragestellungen Teilbereiche der Arbeitssituation im Betrieb untersucht werden. Dazu wird die mit den Interviewgruppen begonnene Arbeit weitergeführt. Es soll etwa eine Auswertung der Interviews nach folgenden Gesichtspunkten versucht werden:

- a) Quantitative und qualitative Betriebsbeschreibung (u.a. Gliederung des Produktionsprozesses, Bedingungen und Bewegungsgesetze)

- b) Sind die in der Fachhochschule und Universität erworbenen Qualifikationen notwendig, bzw. brauchbar?
- c) Arbeitsweisen der technischen Intelligenz im Betrieb
- d) Hierarchie und Aufstiegschancen
- e) Kommunikation und Arbeitsbedingungen
- f) Leistung und Konkurrenz
- g) Sozialleistung und sozialer Status.

Durch Vergleich mit Interview- und Auswertmethoden anderer Berufspraxis-Gruppen können Mängel aufgedeckt und die Arbeitsweise verbessert werden. Die eigenen Ergebnisse sollen denen anderer Gruppen gegenübergestellt und ihre Gültigkeit besonders diskutiert werden. Zur Vertiefung der inhaltlichen sowie der methodischen Arbeit ist daran gedacht, Sozialwissenschaftler heranzuziehen und Betriebsbesichtigungen durchzuführen. Die Gruppe der E-Technik-Studenten, von denen viele bereits über eine längere Berufspraxis verfügen, kann in diesem Rahmen ihre Berufserfahrung einbringen und damit Untersuchungsmaterial liefern.

Soziale Lage und Politisches Verhalten der technischen Intelligenz (VAK 65)

Dieses Arbeitsvorhaben ist ebenfalls als Weiterführung des im letzten Semester begonnenen gedacht. Im Gegensatz zum ursprünglichen Ansatz, die soziale Lage der Intelligenz durch die Erarbeitung allgemeiner Kategorien zu bestimmen, wird vorgeschlagen, das Vorhaben durch die Untersuchung des politischen Verhaltens der Intelligenz in verschiedenen historischen Epochen zu ergänzen.

Da hierüber ebenfalls keine umfassende Analyse vorliegt, ist es notwendig, relativ spezielle Situationen – wie etwa das Verhalten der Intelligenz in Streiks, im Faschismus usw. – zu untersuchen.

Weiter sollten die Formen der Organisation der Intelligenz in Gewerkschaften bzw. ständigen Verbänden betrachtet werden.

Aus der Erarbeitung des konkreten Verhaltens wären die allgemeinen polit-ökonomischen Kategorien auf ihre Relevanz für die Bestimmung der sozialen Lage der Intelligenz zu überprüfen.

Wissenschaftspolitik und Forschungsplanung (VAK 66)

Innerhalb dieses Arbeitsvorhabens sollen die Schwerpunkte der Forschungsförderung in der BRD untersucht werden unter dem Gesichtspunkt sowohl der Fortentwicklung der jeweiligen Wissenschaften als auch der Voraussetzungen, Ziele und Interessen der staatlichen Forschungsplanung.

Insbesondere soll geprüft werden, wie sich diese auf die Studiengänge, die zu erwerbenden Qualifikationen, die Berufsaussichten und die spätere Berufspraxis auswirken.

Von den in Bremen im Bereich der Naturwissenschaften geplanten Projekten und den damit verbundenen Intentionen ausgehend, soll ihr Bezug zu schwerpunktmäßig geförderten Forschungsvorhaben in der BRD aufgezeigt werden.

Sozialgeschichte der Naturwissenschaften (VAK 67)

Der Untersuchung der Funktion der Naturwissenschaften in der Gesellschaft stehen Schwierigkeiten entgegen, die sich einmal aus der Trennung von Natur- und Sozialwissenschaften ergeben, dann aber vor allem aus der Tatsache, daß gesellschaftswissenschaftliche Reflexion Konsequenzen nach sich zieht, die entweder gesellschaftliches Engagement oder den Rückzug in die engen Grenzen der jeweiligen Fachwissenschaften nahelegen. Hier hat eine materialistische Erkenntnistheorie einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Stellung der Mathematik und der Naturwissenschaften in der Gesellschaft zu leisten. Dazu erscheint es zuerst als notwendig, die Geschichte der Naturwissenschaften im Zusammenhang der Entwicklung der Produktivkräfte, der wirtschaftlichen und politischen Geschichte zu sehen. Das soll für die Studenten des zweiten Semesters an Hand ausgewählter Kapitel aus dem Buch „Die Wissenschaft in der Geschichte“ von J.D. Bernal geschehen. Später soll dieses Vorhaben unter dem Titel: „Erkenntnis und gesellschaftliches Interesse in den Naturwissenschaften“ fortgeführt werden.

Zur Vorbereitung dieser Veranstaltung wird im Sommersemester eine Gruppe die Planungsarbeit aufnehmen.

Theoretischer Fortschritt und theoretischer Zusammenhang in naturwissenschaftlichen Disziplinen

**Veranstalter: Noack, Schafmeister, Schwegler
(VAK 61)**

Laufzeit:

1 Semester, 2-stündig

Studiengangsbestandteile:

Mathematik (Diplom/Lehrer), Physik (Diplom/Lehrer), Arbeitslehre/Politik, Sozialwissenschaften im engeren Sinne

In der traditionellen Betrachtungsweise der „analytischen Philosophie“ erscheinen die Naturwissenschaften als ein statistisches System von auseinander ableitbaren und aufeinander bezogenen Gesetzmäßigkeiten (erkenntnislogische Perspektive). Die Entwicklung der Naturwissenschaften zu größerer theoretischer Einheit bei gleichzeitig zunehmender Differenzierung als ein historischer Prozeß wird erst von einer „rational-kritizistischen Wissenschaftstheorie“ ins Blickfeld gerückt. Diese versteht wissenschaftliche Erkenntnis wesentlich als Wettstreit von Hypothesen, die kritischer Prüfung ausgesetzt werden müssen (epistemogene Perspektive).

In der angekündigten Veranstaltung soll vor allem diese letztere Perspektive behandelt werden, am Beispiel der Rolle der Theorie in Physik, Chemie und evtl. auch Biologie. Dabei wird u.a. auch zu untersuchen sein, wie die in diesem Jahrhundert eingetretene arbeitsteilige Trennung zwischen Theoretischer und Experimenteller Physik den Fortschritt in der Physik beeinflusst.

Die Veranstaltung erscheint in erster Linie für fortgeschrittene Studenten (aller Organisationsbereiche) geeignet; es käme darauf an, das Spezifische der naturwissenschaftlichen Rationalität deutlich zu machen, die ihr Erkenntnisobjekt als reproduzierbaren Vorgang, d.h. unhistorisch definiert. Während Studenten der Mathematik und Physik im Zusammenhang mit diesen methodologischen Klärungen exemplarische Exkurse in die Theoretische Physik anstellen könnten, käme es für Studenten der Lehrerbildung und der Sozialwissenschaften in erster Linie darauf an, die Differenz zu der sozialwissenschaftlichen Rationalität herauszuarbeiten, deren Erkenntnisobjekte in wesentlichen Problembereichen historisch und durch Arbeit, Geist und Interessen vermittelt sind. Hier wäre z.B. die Marxismus-Kritik des kritischen Rationalismus ihrerseits kritisch zu untersuchen. In dieser Hinsicht kann die Veranstaltung

als Arbeitsvorhaben im Rahmen des Projekts „Probleme historisch-materialistischer Dialektik: Analysis und Synthesis durch materielle und geistige Arbeit; gesellschaftliche und individuelle Konstitutionsprozesse“ angesehen werden.

Veranstaltungen mit Schwerpunkt im Fach Physik

Der reguläre Studienbetrieb für Studenten mit dem Hauptfach Physik beginnt für Fortgeschrittene mit dem Sommersemester 1972 und für Anfänger mit dem Wintersemester 1972/73. Im Sommersemester 1972 werden jedoch Studenten unterer Semester mit anderem Schwerpunktfach (z.B. Mathematik, Arbeitslehre) an den Veranstaltungen teilnehmen. Das Angebot an Veranstaltungen trägt dem Rechnung; es soll zugleich eine weitere Planung der Studiengänge und Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen ermöglichen.

In diesem Sinne wird nur von Projektvorschlägen gesprochen.

Projektvorschlag: Ursachen und Wirkungen stofflicher Umwelteinflüsse

In diesem Projekt sollen Fragen der Wechselwirkung von materiellen Lebensbedingungen und industrieller Produktionsweise untersucht werden. Die Arbeiten hierzu müssen zwangsläufig in Bezug auf den allgemeinen gesellschaftspolitischen Hintergrund, vor dem sie stattfinden, behandelt werden, sodaß auch die relevanten, ökonomischen, ideologiekritischen und berufspraktischen Aspekte Projektbestandteile sind. Der gesteckte Rahmen wird durch die für das Sommersemester 1972 angekündigten Veranstaltungen noch keineswegs ausgefüllt. Einerseits befinden sich die naturwissenschaftlich-technischen Arbeitsvorhaben noch in einem Anfangsstadium, sind also in starkem Maße entwicklungs- und modifikationsfähig, andererseits werden im politisch-ökonomischen Teil noch keine eigenständigen Arbeitsvorhaben stattfinden.

Allerdings soll in den vorgeschlagenen Arbeitsvorhaben eine Auseinandersetzung mit nicht naturwissenschaftlich-fachspezifischen Fragen der Umweltproblematik bereits begonnen werden. Die Diskussion um die längerfristige Ausgestaltung des Projektes muß im Sommersemester 1972 weitergeführt werden, wobei eine spätere Aufteilung in mehrere Projekte nicht ausgeschlossen wird.

Die spezifischen Beiträge der Naturwissenschaftler zur Bearbeitung der vielfältigen Problematik resultieren daraus, daß Problemlösungen nicht unmittelbar auf politischer Ebene möglich sind. Die Ursachen stofflicher Umweltbelastungen sind in der Regel nur phänomonologisch und die Wirkungen häufig nur statistisch erfaßt. Schlüsse aus solchen Untersuchungen sind aber wegen der großen Zahl der Einflußparameter und begrenzten Untersuchungsmassen nur in wenigen Fällen zwingend. Es gilt deshalb, Kausalzusammenhänge mit naturwissenschaftlichen Methoden aufzudecken.

Das führte in der bisherigen Diskussion einerseits zu dem Plan einer systematischen Behandlung meßtechnischer Fragestellungen im Hinblick auf die experimentelle Behandlung von umweltbezogenen Kontroll- und Schutzmaßnahmen und andererseits zur Untersuchung intrazellulärer Stoffwechselvorgänge und der Entwicklung geeigneter Untersuchungsmethoden.

Wesentlichen Anteil am Projekt sollten haben Physiker, Chemiker, Biologen, Mediziner, E-Techniker, Mathematiker, Ökonomen, Juristen, Erziehungswissenschaftler und andere. Die Ausbildungsqualitäten liegen zum einen auf naturwissenschaftlich-interdisziplinärem Gebiet, zum anderen bietet das Projekt die Möglichkeit, geisteswissenschaftliche Kategorien in das Studium einzuführen und die Relevanz der naturwissenschaftlichen Arbeit an gesellschaftlichen Zuständen und Notwendigkeiten zu reflektieren.

Zu folgenden Studiengängen (jeweils Diplom und Staatsexamen) kann das Projekt Beiträge liefern: Physik, Chemie, Biologie. Außerdem erscheinen Beiträge zu folgenden Studiengängen sinnvoll: Sozialwissenschaften, Medizin, Stadt- und Regionalplanung, Ökonomie, Mathematik, Biomedizinische Technik, Umwelttechnologie und E-Technik.

Folgende Arbeitsvorhaben (AV) sind vorgesehen:

- a) Schadstoffnachweis und örtliche Umweltprobleme
(Heller, Noack, Scheer, Schmithals)
- b) Luftverunreinigung und Krebsproblem
(Timm)
- c) Reaktionskinetik: Mathematische und physikalische Modellbildung am Beispiel eines biologischen Elektronentransports
(Diehl, Horneffer, Jaisli, Noack, Schmithals)
- d) Probleme der Meßbarkeit intrazellulärer Stoffwechselvorgänge im Hinblick auf exogene Störungen
(Diehl, NN)

Schadstoffnachweis und örtliche Umweltprobleme
Veranstalter: Heller, Noack, Scheer, Schmithals, Wihstutz
(VAK 53)

Studiengangsbestandteil:

Für Studenten der unteren und mittleren Semester mit Physik als erstem oder zweitem Fach (Diplom oder Staatsexamen).

Laufzeit:

Mehrere Semester, 6 – 8-stündig für Zweit- und Nebenfachstudenten, sonst nach Vereinbarung.

Es wird mit dem Aufbau und evtl. der Weiterentwicklung von Apparaturen für den Nachweis und die Kontrolle von Schadstoffen in der menschlichen Umwelt begonnen. Ziel ist die Anwendung auf stoffliche Probleme der Regionalentwicklung Bremens und auf Arbeitsschutzprojekte (etwa in Erfüllung des Arbeiterkammervertrages). Längerfristig können gutachtliche Stellungnahmen ein Ergebnis sein. Es sind Meßvorhaben zur Mikro- und Spurenanalyse, zur Radioaktivität und zur Aerosolphysik geplant. Zur Ermittlung regionaler Probleme sind Erkundungen vorgesehen; ein Schwerpunkt soll die Erörterung von Kernkraftwerken im Küstengebiet sein.

Leitgedanke bei der Erarbeitung von Stellungnahmen zu regionalen Problemen soll es sein, in Vermeidung der häufig anzutreffenden Mystifizierung und Simplifizierung eine Darstellung zu finden, die den Adressaten hilft, diese Probleme auf wissenschaftlich gesicherter Basis richtig einzuschätzen. Soweit dem Physikunterricht in der Schule ein ähnliches Motiv zugrunde liegt, ist dieses Vorhaben auch besonders für Lehrerstudenten gedacht.

Anhand der meßtechnischen Vorhaben werden fachspezifische Informationseinheiten erarbeitet und vermittelt, speziell zur Kernphysik, Physik der Schwingungen und Wellen, Hochfrequenzphysik, Differential- und Integralrechnung, konforme Abbildungen. Art und Umfang des entsprechenden Angebots richtet sich nach den Kenntnissen und Interessen der beteiligten Studenten. Eine Systematisierung der erworbenen Kenntnisse ist für eine spätere Phase vorgesehen.

Die politisch-ökonomischen Ursachen der Umweltschädigung werden zusammen mit den anderen AV des Projekts behandelt. Innerhalb dieser Arbeit wird

auch die Einbeziehung von Ergebnissen der Berufspraxisanalyse in das Projekt stattfinden. Die weitere Entwicklung des AV wird von den Ergebnissen beider Untersuchungen wesentlich bestimmt werden.

Luftverunreinigung und Krebsproblem

Veranstalter: Timm

(VAK 54)

Die Veranstaltung dient der Vorbereitung eines Projekts, das sich vom Wintersemester 1972/73 an mit diesem oder einem etwas modifizierten Themenkreis beschäftigen könnte. Schwerpunkte der Vorbereitungsarbeit sind Literaturstudien (Einarbeitung in die Problematik, Diskussion der mathematischen Modelle und Methoden, Planung einer Datei), Kontaktaufnahmen, Überregionale Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, Erarbeitung eines didaktischen Konzepts für das Wintersemester 1972/73 sowie Behandlung berufspraktischer Perspektiven. Einzelheiten werden von der Planungsgruppe gemeinsam festgelegt.

Reaktionskinetik: Mathematische und physikalische Modellbildung am Beispiel eines biologischen Elektronentransportes

Veranstalter: Diehl, Horneffer, Jaisli, Noack, Schmithals

(VAK 55)

Studiengangsbestandteil:

Für Studenten eines Diplom- oder Lehrerstudienganges in Mathematik oder Physik in den Anfangssemestern

Dauer:

Sommersemester 1972 mit 8 – 10 Studenten pro Woche

Beschreibung:

Vom Projektvorschlag her ist es wünschenswert und notwendig die politischen und ökonomischen Bedingungen stofflicher Umwelteinflüsse AV-begleitend zu behandeln. Dies soll gemeinsam mit den anderen AV dieses Projektes geleistet werden. Sodann soll ein spezielles biologisches Elektronentransportproblem bei der Einwirkung von Fremdstoffen auf Organismen behandelt und

schrittweise eingengt werden auf ein reaktionskinetisches Problem. Hierbei sollen die Funktion und Tragweite physikalischer und mathematischer Modellbildung diskutiert werden, wobei experimentelle Befunde heranzuziehen sind. Die Handhabung des notwendigen mathematischen Apparates erfordert grundlegende Kenntnisse über Differential- und Integralrechnung sowie über gewöhnliche Differentialgleichungen, deren Erlernung ein wesentlicher Bestandteil des AV sein wird. Dadurch dient das AV zugleich als Vorbereitung für das geplante Projekt „Dynamische Systeme“.

Neben der formalen Behandlung empirischer Befunde soll in einem weiteren Schwerpunkt die Physik der zugrunde liegenden Vorgänge betrachtet werden. Dazu gehören die Einführung und Klärung physikalischer Grundbegriffe sowie Gesetzmäßigkeiten ihrer Verknüpfung, die auch experimentell erarbeitet werden sollen.

Probleme der Meßbarkeit intrazellulärer Stoffwechselvorgänge im Hinblick auf exogene Störungen

Veranstalter: Diehl, NN.

(VAK 56)

Studiengangsbestandteil:

Geeignet für fortgeschrittene Studenten der Physik und E-Technik

Dauer:

Sommersemester 1972 und Wintersemester 1972/73, 2 Stunden pro Woche;

Beginn 8. Mai

Dieses Arbeitsvorhaben soll sich mit physikalischen Methoden befassen, die geeignet sind, an Zellen und Zellsuspensionen Untersuchungen vorzunehmen, die Aussagen über Stoffwechselstörungen erlauben. Im Vordergrund stehen Verfahren der Lichtabsorption und der Fluoreszenz mit dem Ziel, eine entsprechende experimentelle Ausstattung für künftige Arbeitsvorhaben aufzubauen.

Die Beteiligung eines Hochschullehrers der E-Technik ist vorgesehen, um die elektronische Meß- und Registriertechnik als wesentlichen Bestandteil des AV zu behandeln.

Den Teilnehmern des AV wird empfohlen, an dem gemeinsamen Teil der übrigen AV dieses Projektes teilzunehmen. (Hierzu ist nicht das Belegen eines anderen AV notwendig.)

Projektvorschlag:
„Sicherheit und Zuverlässigkeit technischer Systeme“

Die Wechselwirkung der technischen Bedingungen der Produktion mit den Produktionsverhältnissen soll in einem Projekt an dem Problem der Sicherheit und Zuverlässigkeit technischer Systeme untersucht werden. Als Voraussetzung einer gesellschaftskritischen Analyse dieses Problems müssen technische-naturwissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Disziplinen an dem Projekt beteiligt werden.

Mögliche Themen, die in Arbeitsvorhaben behandelt werden könnten, sind beispielsweise: Materialprüfung, Werkstoffentwicklung, (beabsichtigte) Veralterung, Sicherheitsrichtlinien, Produktionskontrolle, Berufsunfälle, Straf- und Haftungsbestimmungen. Die vorläufige Projektplanung ist jedoch keineswegs abgeschlossen, so daß auch andere Schwerpunkte gesetzt werden können.

Zerstörungsfreie Materialprüfung/Produktionskontrolle
Veranstalter: v.Aufschnaiter, Fieblinger, Schwegler
(VAK 57)

Studiengangbestandteile:

Anfänger Lehramt: Mathematik, Arbeitslehre/Politik; Fortgeschrittene Physik

Laufzeit:

ein Semester mit evtl. Fortsetzung im Wintersemester 1972/73 bei 3 – 6 Stunden pro Woche (vgl. Text).

Im Sommersemester 1972 wird mit einem Arbeitsvorhaben „zerstörungsfreie Materialprüfung / Produktionskontrolle“ begonnen, während die weitere Vorbereitung des Projektes teilweise parallel hierzu erfolgen soll.

Ziel des Arbeitsvorhabens ist, am Beispiel der zerstörungsfreien Materialprüfung experimentell in physikalische Grundlagen einzuführen und zugleich die Anwendung in der routinemäßigen Produktionskontrolle kennenzulernen. Dabei soll ein Beitrag zum Verständnis der Technik und Naturwissenschaft als Produktivkraft geleistet werden, und die Untersuchung der Verwertung naturwissenschaftlicher Ergebnisse in der Produktion aufgegriffen werden.

Das Ausmaß der Beteiligung der einzelnen Studenten an dem fachwissenschaftlichen physikalischen Teil des Arbeitsvorhabens kann sich entsprechend der Studienrichtung unterschiedlich intensiv gestalten, da beispielsweise für Arbeitslehre/Politik-Studenten die Produktionskontrolle und für spätere Physiklehrer die Fachdidaktik den Schwerpunkt in dem Arbeitsvorhaben bilden könnten.

**Projektvorschlag:
'Teilcurricula Physikalische Naturwissenschaften'**

Unter diesem Obertitel läßt sich eine Reihe von Arbeitsvorhaben zusammenfassen, die anhand spezieller Untersuchungen zur Kritik, Modifikation und Neubestimmung naturwissenschaftlichen Schulunterrichts zugleich Beiträge zur Ausbildung von Lehrerstudenten und zur didaktischen Forschung leisten sollen. Unter der curricularen Fragestellung verstehen wir dabei, in Übereinstimmung mit der gegenwärtigen bildungspolitischen Diskussion, die Frage nach den Inhalten und Methoden des Unterrichts im Verhältnis zu seinen Zielen – und deren Hinterfragung. Dabei soll in der Zielfrage besonders mit Erziehungs- und Sozialwissenschaftlern, in der Frage spezieller Inhalte mit anderen auf Probleme der Umwelt und Arbeitswelt gerichteten Projekten, auf methodischem Gebiet schließlich auch eng mit wenigstens einer Bremer Schule zusammengearbeitet werden.

Eine zeitliche Terminierung ist für diesen Projektrahmen kaum anzugeben. Die einzelnen Arbeitsvorhaben, wie die unten beschriebene Veranstaltung für das Sommersemester 1972, werden auf ein Semester ausgelegt und in der Regel durch Anschlußvorhaben weitergeführt.

Kritische Prüfung des Zusammenhangs zwischen allgemeinen Bildungszielen und Inhalten sowie Lehrmittel des Physikunterrichts
Veranstalter: v.Aufschnaiter, Fieblinger, Heller, Jaisli, Körner
(VAK 59)

Laufzeit:

ein Semester, vierstündig, (evtl. zusätzliche Experimentierzeit); dazu zweistündiger Instruktionkurs

Studiengangsbestandteil:

vor allem für Lehrstudenten, die später Physik unterrichten wollen

In einer ersten Phase sollen mögliche „Lernziele“ des Physikunterrichts zusammengestellt und grob klassifiziert werden. Dabei kann einerseits vom naturwissenschaftlichen und politischen Vorverständnis der Teilnehmer und andererseits von Begründungsversuchen für staatliche Lehrpläne, Lehrbücher, Curricula und von kritischer Literatur ausgegangen werden. Anspruch und Wirklichkeit sind in der zweiten Phase in der Beschäftigung mit ausgewählten Stoffgebieten und Experimenten der Schulphysik (Vorschlag: Energieerhaltung und Wärmelehre) zu konfrontieren.

In einer dritten Phase soll schließlich versucht werden, einen vorher formulierten Anspruch zu verwirklichen: durch Modifikation oder auch Neukonzeption eines vorgegebenen Curriculumelementes, evtl. auch deren Erprobung mit einer eingeladenen Schülergruppe. Die hinzugewonnenen Erfahrungen über Realisierbarkeit und Prüfbarkeit von Lernprozessen sollen dann abschließend zu formulierbaren Folgerungen für die über das ganze Semester fortgeführte Lernziel Diskussion führen. Die Arbeit wird weitgehend in Kleingruppen und offenen Übungen mit Schulgeräten unter Anleitung eines Hochschullehrers oder Tutors stattfinden; dazu kommen vorbereitete Plenardiskussionen.

Kurs: Erhaltungssätze und Energieumwandlungen

Veranstalter: Heller, Jaisli

VAK 60)

Laufzeit:

ein Semester, zweistündig; evtl. zusätzliche Experimentierzeit

Dieser Kurs nimmt in erster Linie Bezug auf das curriculare AV und gibt in integrierter (theoretischer und experimenteller) Darstellung eine Einführung in wichtige Teilgebiete der Physik (vor allem aus Mechanik und Thermodynamik).

Plenumveranstaltung: Projekt-Planung und -Evaluierung

**Veranstalter: Alle Hochschullehrer, Planer, Studenten der Physik
(VAK 62)**

Zeitplan: nach Vereinbarung

Veranstaltungen mit Schwerpunkt im Fach Mathematik

Luftverunreinigung und Krebsproblem

**Veranstalter: Timm
(VAK 54)**

Beschreibung siehe Seite 141

Reaktionskinetik: Mathematische und physikalische Modellbildung am Beispiel eines biologischen Elektronentransportes

**Veranstalter: Diehl, Horneffer, Jaisli, Noack, Schmithals
(VAK 55)**

Beschreibung siehe Seite 141

Projektplanung: Dynamische Systeme

**Veranstalter: Arnold, Biesecker, Saurien, Wohlmuth NN
(VAK 72)**

In diesem Arbeitsvorhaben soll die im Wintersemester 1971/72 angelaufene Planungsarbeit für das Projekt „Dynamische Systeme“ fortgesetzt werden. In

dem Projekt sollen Mathematiker, Sozialwissenschaftler und Elektrotechniker/Naturwissenschaftler gleichrangig zusammenarbeiten. Als Beginn der eigentlichen Projektarbeit ist das Wintersemester 1972/73 vorgesehen.

Der Umgang mit dynamischen Systemen verschiedenster Art (technische, soziotechnische, soziale, ökonomische, politische Systeme) ist heute eine wichtige Komponente der Berufspraxis der technischen und sozialwissenschaftlichen Intelligenz. Das Projekt muß jedoch so angelegt werden, daß es nicht nur verwertbares Wissen und formale Techniken vermittelt, sondern diese in ihrer antagonistischen Einheit mit den Verwertungsbedingungen behandelt. Weitere Arbeitsschwerpunkte sollten sein

- gesellschaftliche Bedingtheit und Ideologiegehalt von systemtheoretischen Ansätzen und Steuerungszielen,
- die Systemtechnik und die mit ihr verbundene Umgestaltung des Arbeitsprozesses, die mehr und mehr auch die technische Intelligenz betrifft,
- die historische Entwicklung der Systemtheorie von einem materialistischen Standpunkt.

Die Projektplanungsgruppe wird u.a. folgende Aufgaben bearbeiten müssen:

- Stärkere Orientierung des Projektes auf konkrete Probleme (Kontakt zur Industrie, Beteiligung am Projekt „Automatisierung der industriellen Produktion“ der Elektrotechniker, Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Universität Göttingen betr. Sollin-Projekt),
- Erwerb von Vorlaufqualifikationen fachlicher und außerfachlicher Art,
- Planung von Arbeitsvorhaben für das Wintersemester 1972/73.

Zeitaufwand: 2 – 4 Stunden Gruppenarbeit pro Woche.

Kurs: Wahrscheinlichkeitstheorie

**Veranstalter: Arnold, Kühner, Schmale
(VAK 71)**

Dieser Kurs ist für alle Studenten der Mathematik geeignet, ebenso für Studenten der Physik und Elektrotechnik. Besonders empfohlen wird er solchen Studenten, die später im Projekt „Dynamische Systeme“ arbeiten oder den Studienschwerpunkt „Sozialwissenschaften“ wählen wollen.

Ziel des Kurses ist es, Studenten die mathematischen Methoden zur Behandlung zufälliger zeitlicher Vorgänge (stochastische Prozesse, stochastische

Dynamik) zu vermitteln. Dabei soll von konkreten Problemen ausgegangen und an diesen die wichtigen und typischen mathematischen Fragestellungen entwickelt werden. Zu deren Behandlung wird sich eine mathematische Theorie zufälliger Ereignisse, Grössen und Funktionen notwendig erweisen. Breiten Raum wird dabei die Bildung des Erwartungswertes (d.h. die Integrations-theorie) einnehmen. Am Ende soll eine erste Klassifikation zufälliger zeitlicher Vorgänge stehen.

Stundenzahl: 4 – 6 Wochenstunden

Aspekte des Messens

**Veranstalter: Herrlich, Kurth, Münzner
(VAK 73)**

Messen ist eine Grundlage jeder empirisch arbeitenden Wissenschaft. Viele Begriffe werden durch Angabe eines Meßverfahrens erst definitiv. Informationssammlung und -analyse beruhen auf Messungen und ihren Interpretationen. Verifikation und Falsifikation von Gesetzmäßigkeiten und Theorien erfolgen über Messungen.

Da sich jede Anwendung der Mathematik auf inhaltliche Vorentscheidungen stützt, die gerade auch in die Meßprozesse eingehen, erweist sich Relevanz und Problematik des Messens nur in konkreten Problemfeldern. Daher realisiert sich das Projekt „Aspekte des Messens“ wesentlich durch inhaltliche Mitarbeit in konkreten Projekten.

Im Sommersemester 1972 geschieht dies im wesentlichen im Rahmen des Arbeitsvorhabens „Eignungs- und Leistungsdifferenz“ des Projektes „Kompensatorische Erziehung“ Zusammenarbeit mit dem Projekt „Curriculum physikalische Naturwissenschaften“ wird angestrebt.

Mathematische Grundlagen des Messens

**Veranstalter: Herrlich, Kurth, Münzner
(VAK 74)**

Fachinhalte:

Von Skalierungsfragen und Statistik ausgehend werden Grundbegriffe der Analysis, linearen Algebra, Numerik und Datenverarbeitung erörtert.

Studiengangsanteile:

Lehrer aller Schulstufen und Diplom-Mathematiker

Dieses Arbeitsvorhaben ist auch als Kurs im Projekt: Kompensatorische Erziehung (Organisationsbereich Lehrerbildung) angekündigt; dort ist der inhaltliche Ausgangspunkt beschrieben. Es ist für mindestens zwei Semester geplant.

Aufbau des Zahlensystems

Veranstalter: Münzner

(VAK 75)

Studiengangsanteil:

Mathematiklehre der Primarstufe und Sekundarstufe 1

Dieser Kurs ist Bestandteil des Arbeitsvorhabens „Curriculumplanung an der Gesamtschule“ des Projekts „Kompensatorische Erziehung“. In ihr werden mathematisch-fachliche Aspekte der beobachteten Planung vertieft, wobei der Akzent auf dem genannten Thema liegt.

Raum und Zeit

Veranstalter: Horneffer

(VAK 68)

Es handelt sich um eine Arbeitsgemeinschaft, die das gleichnamige Arbeitsvorhaben des Wintersemesters 1971/72 fortsetzt. Ziel ist die Erarbeitung linearer Modelle für das physikalische Raum-Zeit-Kontinuum: euklidische und unitäre Räume, galileische und Minkowskische Geometrie. Vorausgesetzt werden nur die Elemente der linearen Algebra. Die Arbeitsgemeinschaft ist für alle Studenten geeignet, die sich für Grundlagenfragen der mathematischen Physik interessieren.

Automaten und ihre Anwendungen

Veranstalter: Osius

(VAK 69)

In dem Arbeitsvorhaben soll exemplarisch die Tragweite der Automatentheorie bei ihren relevanten außermathematischen Anwendungen (in der Kyber-

netik, Elektrotechnik, Lerntheorie etc.) kritisch analysiert werden. Die hierzu erforderlichen grundlegenden Begriffe und Methoden sowohl der Automaten-
theorie als auch der Anwendungsbereiche sollen vermittelt werden.

Modelltheorie

**Veranstalter: Timm, Osius
(VAK 70)**

Die Veranstaltung ist für Fortgeschrittene Mathematik-Studenten gedacht. Es sollen die Grundbegriffe der Modelltheorie (einschließlich einiger Begriffe der mathematischen Logik) erarbeitet werden. Dabei wird nach einem noch festzulegendem Text aus einem Lehrbuch vorgegangen. Anschließend soll die Relevanz der Modelltheorie bei der Grundlegung anderer Disziplinen und ihre wissenschaftstheoretische Bedeutung diskutiert werden.

Veranstaltungen mit dem Schwerpunkt im Fach Elektrotechnik

Projektvorschlag: Nachrichtenübertragungssysteme

**Veranstalter: Arndt, Bislich, Schmid, NN.
(VAK 76)**

Dieser Projektvorschlag ist thematisch zunächst relativ weit gefaßt, um der Gefahr seiner Beschränkung auf rein technische Fragestellungen bereits in der Eingangs- und Problemfindungsphase entgegenzuwirken. Das Projekt soll in möglichst weitem Umfang die interdisziplinäre Zusammenarbeit ermöglichen und von den Problemen der Gesellschaft sowie der Berufspraxis in der Gesellschaft getragen sein.

Im Rahmen des Projektvorschlags sollen zu Anfang die widersprüchlichen Aspekte von Nachrichtenübertragung erarbeitet werden: Bedürfnisse von Individuum und Gesellschaft (Kommunikation, Information, Aufklärung, Unterhaltung, Hilfe) und ihre derzeitige reale Befriedigung. Konkretisiert im Hinblick auf technische Arbeitsvorhaben bedeutet die Problemfindungsphase, daß in einigen Bereichen (z.B. Verkehrswesen, Gesundheitswesen, Industrie, Massenmedien, Nachrichtenübertragung einer Stadt) Anforderungen an Nachrichtenübertragungssysteme formuliert werden und daß überprüft wird, inwie-

weit ihnen bereits vorhandene Einrichtungen genügen. Dies sollte durch Dokumentation von Daten (z.B. über Investitionen, Gesetze, Nachrichteninhalt, technische Realisierung von Übertragungssystemen) einzelner Objekte belegt werden. Ziel der Problemfindungsphase, die im Sommersemester 1972 abgeschlossen sein sollte, ist die Formulierung konkreter Arbeitsvorhaben, die aus der Diskussion aller am Projekt Beteiligten hervorgehen muß. Die Dauer der einzelnen Arbeitsvorhaben innerhalb des Projektes beträgt 1 – 2 Semester.

Automatisierung der industriellen Produktion

Veranstalter: Bodden, Hönerloh, Ludyk, Tutoren.

(VAK 77)

Bei der Automatisierung in der industriellen Produktion wird die Aufgabe von Technik und angewandter Naturwissenschaft, den Menschen von körperlicher Arbeit freizusetzen, in besonderer Weise deutlich und problematisiert, da hier die technische Entwicklung von der einfachen Mechanisierung zum automatischen Produktionsprozeß die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen und Widersprüche in Wechselwirkung mit der Technik klar hervortreten läßt.

Das Projekt soll die wirtschaftlichen, sozialen und technischen Bedingungen der Automatisierung in der industriellen (im Gegensatz zur agrarischen) Produktion sowie deren gesellschaftliche Folgen möglichst an praxisbezogenen Beispielen (Betriebe oder Abteilungen von Betrieben) behandeln. Dabei werden technische Problemkreise wie Messen, Zählen und Registrieren, Übertragen und Verarbeiten von Information, Steuern und Regeln exemplarisch erarbeitet.

Die Arbeit im Projektplenum zu Beginn des Sommersemesters wird wesentlich darin bestehen, konkrete Arbeitsvorhaben zu definieren. Folgende Arbeitsvorhaben wären denkbar und könnten gegebenenfalls schon während des Sommersemesters in Angriff genommen werden:

Meßdatenerfassung,
Numerische Maschinensteuerung,
Regelkreise mit Prozeßrechnern,
Zuverlässigkeit der Übertragung und Verarbeitung von Information.

Die allgemeine und gesellschaftliche Bedeutung der Automatisierung macht interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb des Projekts besonders notwendig. Folgende Arbeitsvorhaben wären Beispiele für die Zusammenarbeit von Technikern, Naturwissenschaftlern, Sozialwissenschaftlern und Pädagogen:

Mathematische und physikalische Modelle von Produktionsprozessen,
Steigerung von Produktivität und Produktion im Betrieb durch die Automatisierung,
Veränderung der Einkommensstruktur und der Arbeitsplätze durch die Automatisierung.

Organisationsbereich Lehrerbildung

Kompensatorische Erziehung (Plenum)

**Veranstalter: Ammen, Bechert, Beck, Brenner, Dahle, W. Drechsel, Dröge, Grubitzsch, Herrlich, Holl, Kurth, Lorenzer, Menk, Münzner, Paul, O. Preuß, Salfner, Sommerkorn
(VAK 84)**

Zur Fragestellung des Projekts

Im Zuge der sozio-ökonomischen Strukturveränderungen in der BRD und der dadurch bedingten Anforderungen an den Ausbildungssektor der Gesellschaft erscheint Kompensatorische Erziehung als eine Strategie zur Stabilisierung und Verschleierung der Reproduktion der gesellschaftlichen Klassenstruktur. Diese Anforderungen richten sich vor allem auf:

- die Qualifizierung von Arbeitskraft
- die ideologische Legitimation der dafür erforderlichen Maßnahmen
- die ideologische Bewußtseinsbestimmung durch diese Legitimation.

Kompensatorische Erziehung faßt alle drei Momente als Erziehungskonzept zusammen und soll ihre Einheit z.B. in der Gesamtschule oder Vorschule vermitteln. Deshalb gilt es im Projekt, mit der qualifikatorischen auch die ideologische Funktion von Schule und Erziehung zu bestimmen.

Kompensatorische Erziehung ist also eine der Reformstrategien, um die Qualifizierung von Arbeitskraft, Selektion und Ideologievermittlung den bestehenden Bedingungen anzupassen, ohne diese Bedingungen zu verändern, aber auch, damit sich diese Bedingungen nicht ändern.

Für die Arbeitsvorhaben des Projekts (AV's) bedeutet das, daß sie die genannten Zusammenhänge im Unterrichtsstoff, in den institutionellen Selektionsmechanismen und Bedingungen des Lernens, aber auch im außerschulischen Determinationsbereich in den Lebens- und Arbeitsverhältnissen sowie in der Ideologievermittlung feststellen müssen. Dabei muß das Konzept Kompensatorischer Erziehung auf seinen demokratischen Anspruch, auf seine sozio-ökonomische Bedingtheit und auf seine sozial-strategische Funktion hin befragt werden, nämlich: soziale Chancengleichheit unabhängig von ihren ökonomischen Grundlagen verwirklichen zu wollen.

Wenn sich der hypothetisch angedeutete Zusammenhang im analytischen Teil des Projekts als stichhaltig erweisen sollte, muß das Ziel des Projekts – entgegen dem Konzept der Kompensatorischen Erziehung – darin bestehen,

Unterrichtsstrategien im Interesse der großen Mehrheit der Schüler zu entwickeln. Diese sind dann in Unterrichtseinheiten für verschiedene Schulfächer und -stufen im Rahmen der Arbeitsvorhaben zu erarbeiten und in begrenztem Umfang durchzuführen, auszuwerten und zu dokumentieren.

Organisation für das Sommersemester 1972

1. Das Projekt ist über drei Semester geplant (vgl. Eingangsphasenpapier der PKL).
2. Arbeitsformen des Projekts sind:
 - a) die einzelnen Arbeitsvorhaben (in der Regel 4-stündig). Sie sind die Zentren der Arbeit;
 - b) die Kurse (in der Regel 2-stündig), die den einzelnen Arbeitsvorhaben zugeordnet sind;
 - c) die allgemeinen Kurse (Arbeitsvorhaben übergreifend, in der Regel 2-stündig);
 - d) das Projektplenum, in dem die zentrale Fragestellung des Projekts entwickelt wird und das von den Arbeitsvorhaben und Kursen getragen werden muß. Es soll alle drei Wochen 3-stündig stattfinden (Do. 15 – 18 Uhr).
3. Zum ersten Projektplenum sollen Papiere zur Plenumsarbeit und zu den Arbeitsvorhaben vorgelegt werden.
4. Die zeitliche Belastung durch Arbeitsvorhaben (4 Std.), Kurse (2 Std.) und Plenum (1 Std.) soll es den Studenten ermöglichen, an zwei Arbeitsvorhaben des Projekts oder auch an Bestandteilen anderer Projekte teilzunehmen.
5. Arbeitsvorhaben und Kurse sind für Teilnehmer anderer Projekte offen.
6. Das Projekt enthält Studienbestandteile für Lehrerstudenten aller Schulstufen; Einzelheiten sind bei den jeweiligen Arbeitsvorhaben ausgewiesen.
7. Das Projekt wird im Rahmen eines oder mehrerer Arbeitsvorhaben Studienbestandteile für fortgeschrittene Studenten enthalten; Darstellung der Möglichkeiten und genaue Festlegung erfolgt im ersten Projektplenum.

Curriculumplanung an der Gesamtschule

Veranstalter: Beck, Dahle, Münzner
(VAK 85)

Zur Strategie Kompensatorischer Erziehung gehört die Gründung von Gesamtschulen. Hier hat die theoretische Diskussion etwa über "Sprachbarrieren" bereits Umsetzung in unterrichtspraktische Modelle für verschiedene Fächer

gefunden.

Es soll überprüft werden, wie sowohl die Postulate Kompensatorischer Erziehung (etwa Chancengleichheit und soziale Integration) als auch darüber hinausgehende Forderungen (Emanzipation, Berücksichtigung objektiver Interessen des Arbeiterkindes) didaktisch realisiert werden.

Ein Ansatz dazu bietet die Zusammenarbeit mit der Gesamtschule, deren Planungen und Erfahrungen in der Sekundarstufe I in verschiedenen Fächern (bes. Mathematik, Deutsch, Arbeitslehre/Politik, Fremdsprachen) beobachtet und mitdiskutiert werden können. Die notwendige Qualifikation des Lehrers, innerhalb kurzer Zeit Lernziele in Unterrichtsinhalte umzusetzen, soll überprüft werden, um u.a. daraus Rückschlüsse auf wünschenswerte Strukturen der Lehrerbildung zu ermöglichen.

Es soll regelmäßig an den schulischen Planungsgruppen in den genannten Fächern teilgenommen werden (1 x wöchentlich). Die Auswertung der gesamten Erfahrungen und Aufarbeitung nötiger Literatur erfolgt im Arbeitsvorhaben-Plenum.

Studiengangbestandteile:

Deutsch (Sekundarstufe I)

Mathematik (Primarstufe und Sekundarstufe I)

Fremdsprachen (Sekundarstufe I)

Arbeitslehre/Politik

Erziehungswissenschaft (Curriculum, Schulorganisation).

Linguistische Analyse von Unterschichtssprache und Ableitung von Unterrichtsstrategien

Veranstalter: Bechert, Menk

(VAK 86)

Ziel des Arbeitsvorhabens ist es, auf der Basis eigener empirischer Untersuchungen zur kritischen Einschätzung der gängigen Vorstellungen über Unterrichtsstrategien zu kommen, wie sie sich einmal in der Soziolinguistik, zum anderen in sprachlichem Unterrichtsmaterial zeigen, um von dieser Grundlage aus Kriterien für eine emanzipatorische Sprachschulung zu entwickeln.

Im Sommersemester 1972 soll Material für zwei Soziolekte gesammelt und analysiert werden unter begleitender theoretischer Beschäftigung mit den Problemkreisen "Sprache-Denken", "Sprechen-Handeln" und mit der soziolinguistischen Literatur.

Studiengangbestandteile:

Deutsch, Fremdsprachen: Schwerpunkt Sprachlehrerunterricht für Lehrstudenten aller Schulstufen;

Erziehungswissenschaft: Sprachpsychologie

Schulische Spracherziehung

**Veranstalter: Beck, Brenner, Paul, Salfner
(VAK 87)**

Schulische Spracherziehung findet nicht nur im Sprachlehre und Literaturunterricht (Leseerziehung) statt, sie erstreckt sich auf Umwelt- und Sachkundeunterricht (latente politische Sozialisation).

Arbeitsschwerpunkte:

Was könnte Sprachunterricht zur sozialen Emanzipation leisten?

Was geschieht tatsächlich?

Gründe für Widersprüche?

Wünschbare und reale Möglichkeiten positiver Veränderung.

Im Arbeitsvorhaben sind zu untersuchen (Unterrichtshospitationen und Lehrbuchanalysen):

- Formen und Inhalte des Sprachunterrichts (angewandte Linguistik),
- die Kanonbildung im Literaturunterricht, von der "Fibel" bis zur "Literatur" (Literaturwissenschaft)
- Sprachliches und soziales Lernen; Mensch und Umwelt in Fibern, Lese- und Sachkundebüchern (Erziehungs- und Sozialwissenschaft)
- institutionelle Bedingungen des Lernens/ entsprechende Kommunikationsformen (Erziehungs- und Sozialwissenschaft).

Ziel der (3-semestrigen) Arbeit ist die Entwicklung und Durchführung von Unterrichtseinheiten im Sprach- und Sachkundeunterricht, der von den objektiven Interessen der Mehrheit der Schüler ausgeht.

Studiengangsbestandteile:

Fachwissenschaftliche und erziehungswissenschaftliche Komponenten:

Literaturwissenschaft (alle Schulstufen)

Linguistik (Schwerpunkt Sekundarstufe I)

Politische Bildung (Schwerpunkt Primarstufe; Sozialkunde)

Erziehungs- und Sozialwissenschaft (alle Schulstufen; Funktion der Schule, Lerntheorien und didaktische Strukturen; Curriculumreform).

Erziehung durch Massenmedien

**Veranstalter: Dröge
(VAK 88)**

Ausgehend von Analyse und Funktionsbestimmung kompensatorischer TV-Programme soll unter dem Gesichtspunkt der Bildungsreform die ideologische Funktion der Schule als Moment in der Gesamtvermittlung von Be-

wußtsein untersucht und konkretisiert werden. Die Medienanalyse soll hierfür an einem in der Erkundung problematisierten, exemplarischen Fall der Vorbereitung und Verallgemeinerung sozialer Normen das Datenmaterial funktionaler Beeinflussung erarbeiten. Im Rahmen des Arbeitsvorhabens soll dieses Material gegen die kompensatorische TV-Arbeit und ihre hypothetischen Wirkungen gespiegelt und außerdem im Rahmen des Gesamtprojekts mit den normativen Auswahl- und Verstärkungsleistungen der Schule konfrontiert werden.

Studiengangsbestandteile:

Literaturwissenschaft – Medienkunde (Sekundarstufe I und II)

Arbeitslehre/Politik

Erziehungs- und Sozialwissenschaft: Sozialisation; Normenbildung

Sozialisations- und Lebensbedingungen von Schülern und Lehrern

Veranstalter: Sommerkorn

(VAK 89)

Ausgehend von der Tatsache, daß Lernen in der Schule wesentlich mitbestimmt wird durch außerschulische Sozialisationsbedingungen, sollen konkretere Informationen über schichtspezifische Lebensbedingungen von Schülern im 5. Schuljahr durch Hausbesuche bei Eltern und durch Erkundungen in verschiedenen Freizeitsituationen (Spielplätze, etc.) ermittelt werden. Die Erfahrungen aus der Erkundung des letzten Semesters sollen aufgenommen werden, um die vorliegenden Methoden erziehungs- und sozialwissenschaftlicher Handlungsforschung kritisch zu überprüfen. Die Probleme theoretischer und praktischer Untersuchungsarbeit im Sozialisationsbereich sollen mit zwei auswärtigen Projektgruppen diskutiert werden (Exkursionen nach Hamburg und Berlin).

Die Unterrichtseinheit im 2./3. Semester wird wahrscheinlich im Rahmen eines Arbeitsvorhabens des Projektes "Darstellung der Arbeitswelt in der Schule" erstellt werden.

Während des Sommersemesters 1972: Zu Beginn streckenweise Zusammenarbeit mit "Linguistische Analyse der Unterschichtsprache und Ableitung von Unterrichtsstrategien" und gegen Ende wahrscheinlich mit "Eignungs- und Leistungsdifferenzierung"

Empfohlen wird der Besuch einer der folgenden Kurse:

Institutionelle Bedingungen des Lernens;

Lerntheorien und didaktische Strukturen;

Primäre Sozialisation.

Studiengangbestandteile:

Sozial- und Erziehungswissenschaft: empirische Methoden;

Sozialisationsproblematik; (alle Schulstufen)

Politische Bildung (alle Schulstufen)

Eignungs- und Leistungsdifferenzierung

Veranstalter: Ammen, Herrlich, Kurth, Münzner, O. Preuß

(VAK 90)

Testverfahren instrumentalisieren sich unmittelbar in der Feststellung von Defiziten, mittelbar in Differenzierung und Selektion im schulischen Bereich. Sie sind eine Grundlage Kompensatorischer Erziehung im Hinblick auf ein gesellschaftliches Leistungssystem. Ihre Funktion soll unter Berücksichtigung der Möglichkeiten einer emanzipatorischen Wendung unter veränderten Zielvorstellungen untersucht werden. Folgende Arbeitsschritte sollen dabei durchgeführt werden:

1. Analyse alltäglicher Situationen des Messens, Beurteilens, Entscheidens;
2. Analyse der Arbeit des Lehrers unter dem Aspekt der Anwendung sozialwissenschaftlicher Methoden;
3. Analyse der inhaltlichen Schwerpunkte und Breite in der Testentwicklung für den schulischen Bereich;
4. Analyse der Funktion von Tests im Rahmen schulischer Eignungs- und Leistungsdifferenzierung bzw. Selektion;
5. Analyse des Testmaterials unter dem Aspekt der Präsentation gesellschaftlicher Normen sprachlicher und verhaltensrelevanter Art;
6. Analyse der Testsituation als Prüfungssituation;
7. Analyse der instrumentellen Funktion von Mathematik für die Testkonstruktion sowie ihrer Legitimationsfunktion für die Testverwertung;
8. Überprüfung der Eignung von Testverfahren als sozialwissenschaftliche Methode im Hinblick auf emanzipatorische Veränderungschancen in der Schule.

Studiengangbestandteile:

Erziehungs- und Sozialwissenschaft (spezielle Fragen sozialwissenschaftlicher Datensammlung und -analyse: Testtheorie, mathematisch-statistische Grundlagen; spezifische Grundlagen; spezifische Aspekte der Lehrerrolle).

Mathematik: für Lehrer aller Schulstufen (bes. mit Zweifach Arbeitslehre/Politik) und Diplommathematiker (von der mathematischen Statistik ausgehend: Grundbegriffe der Analysis, lineare Algebra, Numerik, Datenverarbeitung).

Legitimationsstrategien bürgerlicher Bildungspolitik

Veranstalter: W. Drechsel, Grubitzsch

(VAK 91)

Studiengangsbestandteile:

Das Arbeitsvorhaben soll erziehungswissenschaftliche Bestandteile aller Lehrerstudiengänge und fachwissenschaftliche Bestandteile der Studiengänge Arbeitslehre/Politik (Schwerpunkt Geschichte) und Französisch enthalten.

Soziolinguistik

Veranstalter: Bechert, Menk

(VAK 92)

Angewandte Linguistik

Veranstalter: Paul

(VAK 93)

Kanonbildung im Deutschunterricht und Literaturwissenschaft

Veranstalter: Brenner

(VAK 94)

Medienanalyse

Veranstalter: Dröge

(VAK 95)

Mathematische Grundlagen des Messens für Mathematiker

Veranstalter: Herrlich, Kurth, Münzner

(VAK 74)

Mathematische Grundlagen der Testtheorie für Nichtmathematiker

Veranstalter: Kurth, NN

(VAK 96)

Aufbau des Zahlensystems

Veranstalter: Münzner

(VAK 75)

Primäre Sozialisation

Veranstalter: Lorenzer

(VAK 97)

Institutionelle Bedingungen des Lernens. Lerntheorien und didaktische Strukturen

**Veranstalter: Beck, Salfner
(VAK 98)**

Bildungs- und Schulpolitik in der Weimarer Republik

**Veranstalter: Holl
(VAK 99)**

Bildungsökonomie und Bildungsplanung

**Veranstalter: NN
(VAK 100)**

Schulrecht

**Veranstalter: Dahle
(VAK 101)**

Vorschulerziehung

**Veranstalter: NN
(VAK 102)**

Darstellung der Arbeitswelt in der Schule

**Veranstalter: R. Drechsel, Martini, Müller-Isenburg, v.d. Vring, Wirth, NN
Tutoren: Brandtner, Döpke, Grade, Ehrlich, Scheer, Voßberg, Wienecke
(VAK 103)**

Fragestellungen des Projektes

Zielsetzung des Projektes ist es

- Inhalte zu bearbeiten, die es den späteren Lehrern ermöglichen, eine Darstellung der Arbeitswelt zu geben, die im Interesse der später lohnabhängigen Schüler ist.
- Bedingungen der Vermittlung solcher Inhalte in der Schule zu erforschen, und zwar sowohl auf der Ebene der institutionellen Bedingungen als auch die möglichen Vermittlungsstrategien (Didaktik) zu ermitteln.

Es sollen Unterrichtseinheiten erarbeitet werden für die Abschlüsse, in denen die Darstellung der Arbeitswelt relevant wird, auf jeden Fall für Deutsch, Englisch, Arbeitslehre/Politik. Eine Zusammenarbeit mit Physikern ist in der Planung und wird zum Wintersemester 72/73 relevant werden. Schwerpunktmäßig wird es sich um Unterrichtsstoff der Sekundarstufe I handeln.

Die längere Projektplanung sieht 3 Phasen vor.

1. Phase (Sommersemester 1972)

Fragestellungen der Projektplanung für das erste Semester gehen aus von den Überlegungen sowohl der Inhalte, die an der Universität vermittelt werden müssen, um eine adäquate Darstellung der Arbeitswelt in der Schule zu ermöglichen, als auch von Überlegungen zu Möglichkeiten der hochschuldidaktischen Vermittlungen solcher Inhalte.

Zum ersten ist zu fragen, welche Inhalte an der Universität vermittelt werden müssen, damit die späteren Lehrer ihre Schüler befähigen können

- a) ihre Interessen zu erkennen
- b) ihre Interessen als Schüler und später im Betrieb und in der Gesellschaft zu vertreten
- c) ihre Lernprozesse und ihre politische Tätigkeit selbst kollektiv zu organisieren

Zum zweiten ist zu fragen, wie diese Inhalte an der Universität so vermittelt werden können, daß die Studenten selbst

- a) lernen, welcher Zusammenhang besteht zwischen der manifesten Interessenartikulation von Schülern und Lehrlingen und den zugrunde liegenden objektiven Interessen von Lohnabhängigen,
- b) erkennen, welcher Zusammenhang besteht zwischen ihren Interessen als Studenten und späteren Lehrern und den Interessen ihrer Schüler als Lohnabhängige,
- c) lernen, ausgehend von diesen manifesten Interessen, die Schüler zur kollektiven Vertretung ihrer Interessen zu befähigen.

Voraussetzung dafür, daß die Studenten lernen können, woher sich die Interessen der Lohnabhängigen bestimmen, ist die genaue Kenntnis der Geschichte und der heutigen Erscheinungsformen der Lohnarbeit im Kapitalismus.

Die Notwendigkeit, die Studenten nicht unmittelbar mit der Arbeitswelt zu konfrontieren, ließ es sinnvoll erscheinen, als Ansatzpunkt einen in dieser Arbeitswelt auftretenden Konfliktfall zu wählen, der auch ins Bewußtsein anderer Teile der Bevölkerung als der der Arbeiter tritt: die Analyse einer Arbeitskampsituation im Rahmen der Metalltarifrunde 1971.

In dieser Analyse soll thematisiert werden:

- a) Elemente der Ursachen und des Ablaufs dieses Arbeitskampfes selbst als Erscheinungsformen.

In der Situation des Streikes tritt der Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital an die "Öffentlichkeit", für das Bewußtsein dieser Öffentlichkeit ist darum auch dieser Konflikt der Ausnahmefall, der aus dem Nichts,

zufällig, hervorbricht und durch die Regelung im Tarifvertrag beseitigt wird.

Demgegenüber ist zu verdeutlichen, zunächst am konkreten Fall

- der innere Zusammenhang dieses einmalig erscheinenden Konflikts mit der scheinbaren "Normalisierung" der Arbeit im Betrieb
- die Formen, die dieser Konflikt im Betrieb im "Normalfall" annimmt
- die Ursachen dieses Konflikts auf der Ebene der Erscheinungsformen, und zwar von der Arbeitsorganisation, von der technologischen Entwicklung, von dem Lohnfindungssystem her.

Als Mittel zur Verdeutlichung dieser Zusammenhänge soll die konkrete Aufarbeitung des Ablaufs einer Auseinandersetzung in der Metalltarifrunde dienen. Dies soll möglichst anhand von Primärmaterial geschehen: wichtiger Bestandteil der Projektarbeit wird das Sammeln solcher Materialien und ihre Aufarbeitung sein. Diese Arbeit wird begleitet durch die Lektüre schon vorhandener Darstellungen dieser und anderer Arbeitskampsituationen und die Konkretisierung von Fragen nach notwendigen Informationen.

Gleichzeitig ist zu thematisieren:

- b) die Formen, die dieser Konflikt im "öffentlichen Bewußtsein" annimmt:
 - als Konflikt um Quantitäten, der durch Lohnerhöhungen "geregelt" scheint
 - als Konflikt, der das "Gemeinwohl" gefährdet und unter dem Aspekt der Gefährdung von Konsumenten vermittelt wird
 - als einmalige, nicht erklärbare oder nicht erklärungsbedürftige Einzelaktion von Einzelpersonen, ohne historischen und ursächlichen Zusammenhang

Die Frage, wie die hier untersuchten Phänomene als Unterrichtsgegenstände dienen können, muß in diesem Stadium der Projektplanung angegangen werden unter der Fragestellung, wie sich in einem konkreten Konflikt objektive Interessen der Lohnabhängigen äußern. Der Zusammenhang von Inhalt und Form von Konflikten muß thematisiert werden.

2. Phase (Wintersemester 1972/73)

Schwerpunktsetzung in der Richtung der Aufarbeitung des Materials und Einengung des Themas einer möglichen Unterrichtseinheit in jedem Schwerpunkt. Vom gegenwärtigen Stand der Projektplanung sind in dieser Phase drei Schwerpunktsetzungen denkbar:

1. Geschichte und politische Rolle der Gewerkschaften
2. Geschichte der Selbstorganisation von Bildungsprozessen in der Arbeiterklasse

3. Erscheinungsformen und Entwicklungsbedingungen von Konflikten im Betrieb

3. Phase

Sie dient der Ausarbeitung, Durchführung und Auswertung der Unterrichtseinheit.

Für den Schulunterricht reicht eine abstrakte Kenntnis der Zusammenhänge zwischen unmittelbaren Konflikten in der Produktion und den objektiven Interessen der Arbeiter nicht aus; vielmehr muß der Lehrer Kenntnisse darüber haben, wie sich die Arbeitssituation der Lohnabhängigen konkret niederschlägt in ihren Lebensbedingungen und damit den Sozialisationsbedingungen ihrer Kinder. Um diese Fragestellung in das Projekt einbringen zu können, soll eine Arbeitsgruppe für Fortgeschrittene eingerichtet werden, die im Zusammenhang mit dem Arbeitsvorhaben "Sozialisationsbedingungen Bremer Schüler" im Projekt "Kompensatorische Erziehung" arbeiten soll. Außerdem besteht für Fortgeschrittene die Möglichkeit, sich im Rahmen des Projekts "Kompensatorische Erziehung" an der Diskussion um die Curriculum-Entwicklung an der Gesamtschule Ost im Fach Arbeitslehre/Politik zu beteiligen.

Studiengangsbezüge und Organisation

Beteiligte Hochschullehrer und Tutoren

R. Drechsel, Martini, Müller-Isenburg, von der Vring, Wirth, NN, (Wahsner) Brandtner, Döpke, Grade, Ehrlich, Schroer, Voßberg, Wienecke

Studiengangsbezüge

Das Projekt vermittelt Kenntnisse für den Kernbestandteil des Studiengangs Arbeitslehre/Politik (Lohnarbeit) sowie darüberhinaus im 1. Semester zusätzlich für die Schwerpunkte Ökonomie und Politik, die Einbeziehung der Schwerpunkte Technik und Geschichte ist für das 2. Semester vorgesehen; Grundkenntnisse für den Sektor Produktion im Physikstudium sowie politisch-soziologische Kenntnisse für den Literaturunterricht (Deutsch, Englisch) werden im Rahmen des Projekts vermittelt. Der Unterrichtsstoff bezieht sich vorwiegend auf die Sekundarstufe I; das Projekt ist insbesondere für Studienanfänger gedacht. Fortgeschrittene Studenten arbeiten in einer eigenen Arbeitsgruppe im engen Zusammenhang mit einem der unter 3. genannten Fortgeschrittenenkurse. Die Entwicklung von Unterrichtseinheiten ist für die 2. Hälfte des Wintersemesters 72/73 vorgesehen.

Das Projekt gliedert sich im 1. Semester noch nicht in Arbeitsvorhaben; es wird in Plenarveranstaltungen und Arbeitsgruppen zu verschiedenen Aspekten des Themas gearbeitet. Gesonderte Instruktionkurse (vor allem zu dem rechtlichen und institutionellen Problemen des Arbeitskampfes) sind vorgesehen.

Die zeitliche Beanspruchung im ersten Semester wird ca. 6 – 8 Wochenstunden betragen, eine Mitarbeit in einem Kurs mit erziehungs-/sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt ist sinnvoll:

- Sozialisationsbedingungen Bremer Schüler (Komperz)
- Trennung von Bildung und Ausbildung: Arbeitserziehung und Herstellung von Staatsloyalität
- Didaktische Modelle und Unterrichtsmethoden (nur für Fortgeschrittene)
- Primäre Sozialisation (nur für Fortgeschrittene)

Die Mitarbeit in einem auf Produktion bezogenen physikalischen Arbeitsvorhaben ist für ALP-Studenten mit Schwerpunkt Technik sinnvoll, die Teilnahme am Arbeitsvorhaben: "Deutsche Arbeiterbewegung" im Projekt "Kultur der Arbeiterklasse" für alle ALP-Studenten.

Als einleitende Literatur wird empfohlen:

Oskar Negt: Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. 6. Aufl. 1971 (EVA)

Dieter Schneider: Zur Theorie und Praxis des Streiks. Frankfurt (eds) 1971

Eberhard Schmidt: Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften. Frankfurt (eds) 1971

Horst Schumann: Am Beispiel der Septemberstreiks. Göttingen (SOFI) 1970

Alle Bände werden in mehrfacher Anzahl im Projektapparat in der Bereichsbibliothek B 1 möglichst bald zur Verfügung stehen.

Weiteres Material zum Projekt kann ab 10.4. bei Frau Bock, C 129, abgeholt werden.

Kultur der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des Imperialismus

Veranstalter: Bakker, Emmerich, Henning, Kühl, Metscher, Scanlon, Schaub, Schelz, Schenk, Terhorst, Waltz, Watson ab Wintersemester 1972/73: Gottschalch, Müller-Isenburg, Steinberg (VAK 104)

Problemstellung des Projekts

1. In dem Projekt soll die Bündnistätigkeit von Intellektuellen in der neueren Geschichte, die als Geschichte der Arbeiterbewegung zu verstehen ist,

thematisiert werden. Aus dem historischen Zusammenhang heraus sollen die allgemeinen und besonderen Bedingungen für eine Bündnistätigkeit von fortschrittlichen Intellektuellen heute erkannt und in gesellschaftlich anwendbare Qualifikationen umgesetzt werden. In der Verhandlung dieser zentralen Themenstellung in den verschiedenen Arbeitsvorhaben muß, aus der Berufsperspektive der Intellektuellen resultierend, die theoretische Frage nach dem Verhältnis von Basis und Überbau an Einzelthemen konkretisiert werden.

2. Darauf aufbauend wird die Diskussion um den Kulturbegriff unter Berücksichtigung der jeweiligen Produktions-, Distributions- und Rezeptionsbedingungen von Kultur zu führen sein. Es wird davon ausgegangen, daß Kultur grundsätzlich nicht als klassenneutral, sondern als den Interessen einer der sozialen Klassen dienend zu begreifen ist, d.h., der Widerspruch zwischen bürgerlicher und proletarischer Kultur wird in den einzelnen Arbeitsvorhaben behandelt als Widerspiegelung des Grundwiderpruchs von Lohnarbeit und Kapital.
3. Die Bündnisfunktion der kleinbürgerlichen Intelligenz soll am Beispiel der Bedingungen und Möglichkeiten von Agitation untersucht werden. Dies geschieht sowohl historisch (Beteiligung von Intellektuellen an Zeitungen, Zeitschriften, Flugschriften u.a. kulturpolitische Arbeit in den Organisationen der Arbeiterklasse) als auch auf die aktuelle Situation bezogen (Möglichkeiten der Massenmedien).

Organisation und Studiengangsbezüge des Projekts

Beteiligte Hochschullehrer und Tutoren:

Bakker, Emmerich, Hennig, Kühl, Metscher, Scanlon, Schaub, Schelz, Schenk, Terhorst, Waltz, Watson; ab Wintersemester 1972/73 Gottschalch, Müller-Isenburg, Steinberg

Beteiligte aus anderen Bereichen und Projekten:

Behm, Bösche, Dröge, Sanders, Tidick.

Studiengangsbezüge:

Das Projekt enthält Studienanteile der Studiengänge Deutsch, Englisch, Französisch, Arbeitslehre/Politik/Geschichte. Es soll Lehrer für alle Schularten und -stufen qualifizieren, außerdem Studenten, die später im Medienbereich tätig sein wollen sowie Sozialwissenschaftler im engeren Sinne. Die fachspezifischen und sozialwissenschaftlichen Qualifikationen sind im einzelnen aus der Darstellung der Arbeitsvorhaben zu ersehen.

Sämtliche Veranstaltungen sind offen für Anfänger und Fortgeschrittene sowie für Kontaktlehrer. In der Regel wird sich an die Erarbeitung bestimmter Inhalte die Entwicklung und Erprobung von Unterrichtseinheiten für verschiedene Fächer und Stufen anschließen.

Laufzeit/zeitliche Belastung der Studenten:

Das Projekt hat eine Laufzeit von mindestens 3 Semestern. Gemäß den Gliederungsprinzipien, die dem Projekt in seinen 4 Schwerpunkten (Deutsch/Geschichte, Englisch, Französisch, Medien) zugrundeliegen, sind für das 2. und 3. Projektsemester weitere Arbeitsvorhaben zu entwickeln, die jetzt noch nicht spezifiziert werden können.

Die Arbeitsformen (Grundkurs, Arbeitsvorhaben, Plenum – kontinuierliche Arbeit, Blockveranstaltungen usw.) differieren von Schwerpunkt zu Schwerpunkt und sind im einzelnen noch festzulegen.

Die zeitliche Belastung der Studenten beträgt, wenn sie in einem der 4 Schwerpunkte mitarbeiten, in der Regel 4 - 6 Wochenstunden. Dadurch soll den Studenten ermöglicht werden, entweder in 2 Schwerpunkten innerhalb des Projekts oder in einem Projektschwerpunkt sowie in einem anderen Arbeitsvorhaben oder Kurs außerhalb des Projekts mitzuarbeiten.

Handapparate sind in den Bereichsbibliotheken C2 und B1 aufgestellt. Literaturverzeichnisse liegen neben dem Handapparat ("sla") in C2 aus.

Die Arbeitsvorhaben

Im Lauf von 3 Semestern sollen die historischen Kämpfe der Arbeiterklasse und die sie dokumentierende Literatur und Kunst (incl. Zeitungen, Flugblätter, Parteipresse, Filme, Fotografie, Grafik, Theater) in den Etappen 1890-1918, 1918-1945 und 1945 bis zur Gegenwart untersucht werden.

Deutsches Arbeitertheater 1890 und 1914

**Veranstalter: Kühl
(VAK 105)**

Entstehungsbedingungen – Organisationsformen – politische Inhalte und Änderungsperspektiven. Textgrundlage: Streikdramen, Agitationsstücke zur Durchführung von Maidemonstrationen, Wahlkämpfen, Antikriegsdemonstrationen, Diskussionsstücke zu ideologischen Debatten der Parteitage der SPD.

Analyse von Arbeiter-Autobiographien zum Zeitraum 1890-1918

Veranstalter: Emmerich

(VAK 106)

Fragestellungen: Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse – Entstehung von Klassenbewußtsein – das Eindringen bürgerlicher Kulturideologie in die Arbeiterschaft und die Folgen – die Politik von SPD, Gewerkschaften und Arbeiterbildungsvereinen im Spiegel der Autobiographien – Intention und Wirkungsgeschichte der Reihe "Arbeiter-Autobiographien" von P. Göhre – Konfrontation dieser Literatur mit bürgerlicher Literatur um 1900 (George, Rilke, Hauptmann).

Für Ende Sommersemester 1972 ist ein Wochenendseminar geplant. Das Arbeitsvorhaben kann bei Bedarf auf die Belange der Fortgeschrittenen ausgerichtet werden. Die Erarbeitung einer Unterrichtseinheit ist für das Wintersemester 1972/73 geplant.

Qualifikationen:

Deutsch, Arbeitslehre/Politik (Geschichte, Politik)

Arbeitsbelastung:

6 Wochenstunden (bei Kombination von Kurs und Arbeitsvorhaben "Entstehung und Rezeption des deutschen Arbeitertheaters zwischen 1890 und 1914 oder Kurs und Arbeitsvorhaben "Analyse von Arbeiter-Autobiographien zum Zeitraum 1890 bis 1918.

Ab Wintersemester 1972/73 weitere Arbeitsvorhaben: Proletarisches Theater 1918-1933, Bürgerlicher und proletarischer Roman 1928-1933.

Die Mitarbeit von mindestens einem weiteren Literaturwissenschaftler (Deutsch) spätestens ab Wintersemester 1972/73 ist gesichert.

Pariser Commune 1871

Veranstalter: Sanders, Terhorst, Waltz

(VAK 107)

Fragestellungen:

Einfluß der Commune auf die Internationale. Rolle der Intelligenz in dieser Revolution. Widerspiegelung des historischen Ereignisses in literarischen Werken (Cladel, Valles, Flaubert, Zola). Dabei sind neben Literatur als Dokumente Geschichtsquellen, Zeitungen, Plakate und Flugblätter der Commune heranzuziehen.

Qualifikationen:

Romanistik, Arbeitslehre/Politik (Geschichte)

Arbeitsbelastung:

2 Wochenstunden

Jean-Paul Sartre

Veranstalter: Schenk, Waltz

(VAK 108)

Die widersprüchliche Stellung des Intellektuellen in der bürgerlichen Gesellschaft und der Versuch einer Lösung dieses Widerspruchs im Bündnis mit der Arbeiterklasse (immanente Kritik am Bürgertum in La Nausee und den Novellen. Kritik des Existenzialismus. Bündnis und Bruch mit der PC. Sartres Begriff der revolutionären Gruppe in der Critique de la raison dialectique. Politische Aktivität seit Mai 1968.

Das Arbeitsvorhaben wird im Wintersemester 1972/73 fortgesetzt mit seiner Kritik des Surrealismus (der Surrealismus in der bürgerlichen Ideologie. Das gescheiterte Experiment eines Bündnisses mit der PC. der Surrealismus im Mai 1968).

Qualifikation:

Romanistik (Sekundarstufe II)

Arbeitsbelastung:

2 Wochenstunden

Ideologiekritik des Schlagers in der BRD

Veranstalter: Schenk, Kooperation mit Dröge

(VAK 109)

Fragestellungen:

Verhältnis Arbeit – Freizeit. Disponierung für kapitalistische Produktion und Konsumtion. Ideologiebildung.

**Darstellung des Arbeiters und des Arbeitsprozesses in bestimmten Sende-
reihen von ARD und ZDF**

Veranstalter: Schenk

(VAK 110)

Diese im Sommersemester 1972 beginnende Untersuchung dient als methodische Vorbereitung zu einer Untersuchung der Werbung in den Massenmedien (beginnend im Wintersemester 1972/73).

Qualifikationen:

Deutsch, Arbeitslehre/Politik (Politik, Ökonomie) Medientätigkeit

Arbeitsbelastung:

2 Wochenstunden

Zusätzlich werden im Sommersemester 1972 als dokumentarisches Material zum gesamten Projekt historische und aktuelle Beispiele filmischer Agitation vorgeführt und diskutiert.

Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung 1890-1918

Veranstalter: Behm, Bösche, Schelz

(VAK 111)

Die Teilnahme an diesem Kurs wird allen Projektteilnehmern empfohlen; für die Mitarbeit im Schwerpunkt Deutsch ("Entstehung und Rezeption des deutschen Arbeitertheaters zwischen 1890 und 1914" und "Analyse von Arbeiter-Autobiographien zum Zeitraum 1890 bis 1918") ist sie obligatorisch.

Themen:

- 2 1. Der Puttkammersche Streikerlaß 1886 und die Ruhrbergarbeiterstreiks 1889 und 1905
- 5/156 2. Das Verhältnis von SPD und Freien Gewerkschaften; am Beispiel der Massenstreikdebatte, und des Kampfes der Bremer SPD gegen den Liberalismus
- 1 3. Kampf um den 1. Mai – Agitation und Propaganda der SPD am Beispiel Bremen (Maifeier, BBZ, Landagitation)
- 3 4. Staatliche Repression gegen SPD und Gewerkschaften nach dem Sozialistengesetz
- 4 5. Formierung des Kapitals – das Kartell von "Hauptstelle der deutschen Arbeitgeberverbände" und "Verein deutscher Arbeiterverbände" von 1905 bis zur "Vereinigung der deutschen Arbeiterverbände" 1913
6. Die Diskussion um die Aussperrung aller Metallarbeiter im Reichsgebiet anlässlich des Werftarbeiterstreiks 1910
7. Kolonialfrage und Arbeiterbewegung: die Hottentottenwahlen 1907
8. Die Linke in der SPD im Kampf gegen den imperialistischen Krieg 1912-1914
9. Die Eingliederung der Gewerkschaften in den imperialistischen Staatsapparat.

Auf diesem Kurs sind zwei Arbeitsvorhaben aufgebaut, die ihren gemeinsamen Ausgangspunkt nehmen in einer Analyse der sozialdemokratischen Kultur- und Bildungsarbeit und ihrer ideologisch-politischen Funktion seit 1890 (ca. 4-5 Wochen zu Semesterbeginn)

Zur Geschichte und Kultur der britischen Arbeiterbewegung

**Veranstalter: Bakker, Henning, Metscher, Scanlon, Schaub, Tiedick, Watson,
Einteilung in Arbeitsvorhaben steht noch aus
(VAK 112)**

Unter den zentralen Fragestellungen

1. Entwicklung von Klassenbewußtsein
2. davon ausgehende Organisationsformen
3. Rolle der Intelligenz,

die die Verbindung zum Gesamtprojekt herstellen, soll die Geschichte der Arbeiterbewegung Englands/Irlands über 3 Semester in 3 Phasen aufgegliedert schwerpunktmäßig erarbeitet werden:

1. die Zeit bis zum 1. Weltkrieg
2. zwischen den Kriegen
3. die Phase nach dem 2. Weltkrieg

Darunter fällt auch die Analyse der Widerspiegelung von durch Produktionsverhältnisse bedingten Konflikten in Literatur und Medien sowie die Untersuchung der in englischen Lehrbüchern dargestellten Geschichte Englands/Irlands und die Beschreibung der Lebensverhältnisse in beiden Ländern. Der erarbeitete Stoff soll in Unterrichtseinheiten umgesetzt werden. Eine enge Zusammenarbeit ist vor allem mit dem Projekt "Fremdsprachenunterricht" vorgesehen. Einzelne Arbeitsvorhaben werden später spezifiziert.

Qualifikationen: Anglistik, Arbeitslehre/Politik (Geschichte, Politik)

Arbeitsbelastung:

4 Wochenstunden

Konflikte, Konfliktregelung, Friedenssicherung unter den Bedingungen grundsätzlicher gesellschaftlicher Systeme

Veranstalter: Ammen, Emmerich, Bress, Gottschalch, Hahn, Hinz, Holl, Jaroslawska, Ludwig, Seibt, Steinberg, Wohlmuth

1. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte erweist, daß die in automar ausgerüsteten Staaten angehäuften Massenvernichtungspotentiale nur noch zur Drohpolitik eingesetzt werden können. Andererseits finden Kriege unterhalb der Reizschwelle nuklearer Auseinandersetzungen in den letzten Jahren zwar vielfach unter Beteiligung von Weltmächten und stets unter ihrem Einfluß auf Verlauf und Regelung statt, aber nur noch außerhalb

ihres unmittelbaren Herrschaftsbereichs, also als Nord-Süd-Konflikte oder als Konflikte zwischen Entwicklungsländern. In solchen Auseinandersetzungen manifestiert sich heute die globale Konfliktstruktur des internationalen Systems, die sich aufgrund bestimmter ökonomischer und politischer Interaktions- und Abhängigkeitsverhältnisse konstituiert. Die Bedingungen der "negativen Friedenssicherung", also der Kriegsverhinderung, zu untersuchen und zu fördern, ist daher ebenso legitim und gesellschaftlich relevant wie die Erforschung der Bedingungen "organisierter Friedlosigkeit" internationaler Drohsysteme und nationaler Militärapparate sowie der Folgen, die atomare Patts für das Konfliktverhalten in einander antagonistisch gegenüberstehenden Systemen und in anderen Strukturen haben.

2. Das Projekt geht davon aus, daß Struktur und Dynamik der staatlich verfaßten Gesellschaften für die Entwicklung der "Weltgesellschaft" und der "Weltstaatengesellschaft" konstitutiv sind. Es geht ferner davon aus, daß Struktur und Dynamik der Umwelt infolge der technologischen, ökonomischen, politischen und soziokulturellen Verflechtung auf die staatlich verfaßten Gesellschaften einwirken. Die manifesten Konflikte, soweit sie sich auf Europa und die 3. Welt beziehen, bleiben ständige Bezugspunkte.

Mit dem Verhältnis von Konflikt und Frieden greift das Projekt eine der Grundfragen menschlicher Existenz auf, nämlich die nach den Ursachen, Formen und Funktionen der Gewalt. Eine zentrale und zugleich integrierende Funktion kommt daher der Behandlung der Imperialismustheorie zu.

3. Zwingend notwendig wird im Projekt der Rückgriff auf die Geschichte, spätestens seit der Entstehung des Kapitalismus, und zwar unter Berücksichtigung der technischen, ökonomischen, politischen und soziokulturellen Dimensionen. Das Projekt wird sich den Problemen der Technik als eines gesellschaftlich bestimmten Moments der Geschichte zuwenden und die Rolle der Arbeiterbewegung in der ökonomischen und politischen Struktur des Imperialismus untersuchen. Die bürgerliche Friedensbewegung in ihrer Herleitung aus der Aufklärungsepoche soll daraufhin befragt werden, inwieweit sie bei einem Verzicht auf das Bündnis mit der Arbeiterklasse angesichts globaler Verzahnungen und Auswirkungen der im Imperialismus angelegten Konflikte erfolglos blieb. Die gesellschaftliche Verarbeitung der Erfahrungen des 1. Weltkrieges soll im soziokulturellen Bereich durch eine exemplarische Analyse klassenspezifischer Literatur zum Thema Krieg und Frieden überprüft werden. (Verbindung zu den Projekten "Aufklärung" und "Kultur der Arbeiterklasse").

4. Als Studiengangsrelevanz ergibt sich aus der Struktur des Projekts: Arbeitslehre/Politik (Schwerpunkte Technik, Ökonomie, Politik, Geschichte), Sozialwissenschaften, Kommunikation/Ästhetik (Schwerpunkt Deutsch), Erziehungswissenschaften, Natur- und Technikwissenschaften. Qualifikationen werden vermittelt für: Sekundarstufenlehrer (Sekundarstufe I u. II), Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, Natur- und Ingenieurwissenschaftler.

Das Projekt soll sich über ca. 3 Semester (Sommersemester 1972 bis Sommersemester 1973) erstrecken.

Bei den Veranstaltungsangeboten werden zum Teil zur Zeit noch laufende Ausschreibungen für Hochschullehrerstellen berücksichtigt (z.B. Geschichte der 3. Welt). Weiterhin ist im Rahmen der Projektarbeit geplant, zur Behandlung spezifischer Aspekte besondere Lehrbeauftragte zu gewinnen.

Literaturlisten sind vor Veranstaltungsbeginn im Sekretariat, B122, zu erhalten.

Bei den angestrebten Wochenstunden handelt es sich um Richtwerte. Bei Bedarf können sie geändert werden.

Zwischenstaatliche Konflikte und Friedenssicherung im Sekundarstufenunterricht: Materialanalyse, Hospitationen, Curriculum, Unterrichtsmodelle, Friedens-Pädagogik

Veranstalter: Ammen, Bress, Holl, Ludwig, Seibt, Gottschalch, Kuhn, Nicklaß (VAK 113)

Anhand von Sozial- (Gemeinschafts-) Kunde- und Geschichtsbüchern sowie Lehrplänen der BRD (und anderer Staaten, auch solcher antagonistischer Systeme) sollen projektbegleitend (teilweise auch projektintegrierend) Darstellungen hinterfragt werden, die sich mit zwischenstaatlichen Konflikten sowie den Problemen der Friedenssicherung und der Kriegsverhinderung in einer sich wandelnden Welt befassen. Historische und gegenwärtige Ansätze einer Friedenspädagogik sollen im Zusammenhang mit auf Projektgegenstände bezogenen Unterrichtshospitationen dargestellt und in ihrer didaktischen Funktion und Wirksamkeit reflektiert werden. Der kritische Vergleich der Materialanalysen und Unterrichtshospitationen mit den Ergebnissen der Projektarbeit soll in eine curriculare, in Unterrichtsmodellen zu überprüfende Optimierung der Projektthematik einmünden.

Eine Aufteilung des Arbeitsvorhabens in Kursveranstaltungen ist zunächst nicht vorgesehen, könnte aber durch spezifische historische und aktuelle

Fragestellungen später erforderlich werden. Das Arbeitsvorhaben beginnt im Sommersemester 1972 mit der kritischen Analyse der Materialien und der Praxis des Sekundarstufenunterrichts. 2-stündig.

Gesellschaft und Frieden: bürgerliche Friedensbewegung und II. Internationale

**Veranstalter: Emmerich, Hahn, Holl, Ludwig, Seibt, Steinberg, NN
(VAK 114)**

Das Arbeitsvorhaben 2 stellt sich die Aufgabe, die historischen Bedingungen zu untersuchen, unter denen

1. zwischenstaatliche Konflikte im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft seit der Entstehung des Kapitalismus sich entwickeln und im Zeitalter des Imperialismus bis 1918 zu globalen kriegerischen Konflikten ausweiten konnten;
2. in derselben Epoche die bürgerliche deutsche Friedensbewegung und die bürgerliche Wissenschaft Versuche zur Überwindung der zwischenstaatlichen Anarchie und zur Bewältigung des Problems regionaler und globaler Friedenssicherung unternahmen;
3. die II. Internationale und die deutsche Arbeiterbewegung zu spezifischen Antworten auf die Herausforderung des Imperialismus gelangten.

Mit den dabei zugrundegelegten Fragestellungen wird sich das Arbeitsvorhaben sodann der deutschen Gesellschaft der Weimarer Republik zuwenden und hier sowohl neue Ansätze der nun nicht mehr ausschließlich bürgerlichen Friedensbewegung als auch deren Zusammenhang mit literarischen Versuchen einer Verarbeitung der im ersten imperialistischen Weltkrieg gewonnenen Erfahrungen analysieren.

Beiträge zu "Gesellschaft und Frieden: bürgerliche Friedensbewegung und II. Internationale (Sommersemester 1972 und später)

Imperialismus und bürgerliche Friedensbewegung (1880-1918, 1919-1933)

Der deutsche Imperialismus zwischen 1880 und 1918 soll zentrales Thema sein, und zwar unter bisher z.T. von der historischen Forschung vernachlässigten Aspekten. Ausgehend von einer Problematisierung der Aufgabenstellung, Organisations- und Wirkungsweise der bürgerlichen deutschen Friedensbewegung im 19. und 20. Jahrhundert sollen die Gründe für deren Schei-

tern, besonders in der Kriegsvorbereitungsphase vor 1914 erhellt werden. Dabei wird es auch um die Klärung bestimmter Zusammenhänge zwischen Friedensbewegung und Parteiengefüge in Deutschland zwischen 1890 und 1918 gehen, deren Entwicklung in die Periode der Weimarer Republik hinein verfolgt werden soll.

Eine der leitenden Thesen wird die folgende sein: Die bürgerliche Friedensbewegung in Deutschland zeigte sich außerstande, zur Verhinderung des Kriegsausbruchs 1914 entscheidend beizutragen, da sie die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse nie ernsthaft in Frage stellte, da sie die Kriegsverhütung nie anders denn als eine isolierte Aufgabe ohne gesellschaftliche Implikationen betrachtete, und da sie darauf verzichtete, zur Gewinnung einer Massenbasis einen engen Kontakt zur Arbeiterklasse herzustellen. 2-stündig.

Die II. Internationale und das Problem der Friedenssicherung

Es ist intendiert, das Scheitern der internationalen Arbeiterbewegung in der Epoche der II. Internationale hinsichtlich einer spezifischen Strategie zur Friedenssicherung zu analysieren. Aus dieser Analyse können keine unmittelbaren Handlungsanweisungen abgeleitet werden; es läßt sich allerdings aufzeigen, welche Strategien unter den Bedingungen der Herrschaft eines einheitlichen kapitalistischen Weltsystems sich als untauglich erwiesen haben.

Im einzelnen werden folgende zentralen Aspekte im Blick auf die II. Internationale behandelt werden: Das Verhältnis von Programm und Wirklichkeit, die Beschränkung auf eine präventive Strategie, der Widerstand der Mehrheit der sozialistischen Parteien der II. Internationale gegen konkrete Aktionen bei drohender Kriegsgefahr, bzw. bei Ausbruch eines europäischen Krieges, die Problematik Angriffskrieg – Verteidigungskrieg. Abschließend eine kritische Analyse des sog. "Marxismus der II. Internationale". 2-stündig, 2. Hälfte Sommersemester 1972.

Die Darstellung des imperialistischen Weltkrieges in der deutschen Literatur um 1930

Die Literatur der späten Weimarer Republik als einer Epoche des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den erstarkenden Faschismus und seine ökonomischen Grundlagen demonstriert beispielhaft den dokumentarischen Charakter von Literatur im Sinne der aktiven Widerspiegelung sozialer und politischer Kämpfe. Dies gilt auch für die in dieser historischen Situation, aus einem Abstand von ca. 10 Jahren, geschriebene Literatur bürgerlicher und proletarischer Autoren (vorwiegend Romane) über den 1. Weltkrieg. Es ist zu fragen,

wie die Autoren, ihrem Klassenstandpunkt entsprechend, gesellschaftliche Widersprüche und Konflikte einschließlich des imperialistischen Krieges erklären und welche Konsequenzen sie aus dem Scheitern der bürgerlichen Friedensbewegung und den Fehlern der Zweiten Internationale gezogen haben. Dabei reicht die Spannweite von reaktionär-kriegsverherrlichenden Autoren wie E. Jünger und Dwinger über bürgerlich-pazifistische (Remarque, A. Zweig, Renn) bis hin zu den sozialistischen Autoren J.R. Becher, Plivier, Scharrer und F. Wolf.

Ab Wintersemester 1972/73 für 2 Semester in engem Zusammenhang mit dem Arbeitsvorhaben "Bürgerlicher und proletarischer Roman in Deutschland 1927-1933" innerhalb des Projekts "Kultur der Arbeiterklasse".

Imperialismus und die ökonomische, technologische, politische und soziologische Dynamik von Konflikten (generell und global)

Veranstalter: Bress, Holl, Jaroslawska, Ludwig, Seibt, Wohlmuth, Gastdozent Krippendorf (VAK 115)

In diesem Arbeitsvorhaben sollen die zentralen Probleme von Konflikt, Konfliktregelung und Friedenssicherung in ihren historischen Dimensionen und in ihrer gegenwärtigen Dynamik behandelt werden. Dazu gehört die Auseinandersetzung vor allem mit Imperialismus und Neokolonialismus und den in ihnen wirksamen ökonomischen, technologischen, politischen und soziokulturellen Determinanten sowie mit den alternativen Strategien einer gesamtgesellschaftlichen Emanzipation. Dies wiederum bedingt, daß neben den bestehenden Abhängigkeits- und Konfliktstrukturen auch die manifesten Gewaltanwendungen, insbesondere militärische, auf ihre Ursache, Funktionen, Vermittlungen und Regelungen hin untersucht werden. Dabei sollen auch die Wirkungszusammenhänge zwischen den manifesten Hauptspannungsbeziehungen berücksichtigt werden. Schließlich wird das Arbeitsvorhaben auch Theorie und Praxeologie der Kriegsverhinderung und der Sicherung des Friedens hinterfragen und auf ihren empirischen Gehalt hin überprüfen.

Beiträge zum Arbeitsvorhaben

Imperialismustheorie

Die Erscheinungsformen des Imperialismus haben sich seit dem historischen Zeitalter des Imperialismus gewandelt. Die formale, territoriale Herrschaft und die manifesten Gewaltanwendungen traten gegenüber der historisch stets vorhandenen, aber zunehmend ausgeweiteten und verstärkten strukturellen

Gewaltanwendung zurück. In dieser zentralen, integrierenden Veranstaltung des Projekts sollen neben den klassischen bürgerlichen Imperialismustheorien vor allem die marxistischen aufgearbeitet werden. Einführend soll die strukturelle Imperialismustheorie Galtungs behandelt und gleich den materialistischen auf Perspektiven für emanzipatorische Strategien hin untersucht werden. 2-stündig

Technische Prozesse und Wandlungen der Konfliktstruktur

Als eine wichtige und entscheidende Kraft beim Wandel von Konfliktstrukturen ist die Technik (Technologie), verstanden als gesellschaftlicher Produktions- und Anwendungsprozeß, einzuordnen. Eine exemplarische Darstellung der Geschichte der Technik soll zunächst die Kriterien vermitteln, nach denen die Interaktion Gesellschaft-Technik-Gesellschaft erfolgt. In der Analyse von Inhalt und Struktur der Resultate der Wissenschaft von den Produktivkräften in der Geschichte erscheint ein qualitativer Wandel der Technik auch in Wechselwirkung mit Veränderungen internationalen Konfliktverhaltens.

Untersucht werden sollen schließlich Konfliktsituationen und Möglichkeiten der Konfliktregelung unter den Bedingungen des Kernenergie- und -trägerwaffen-Potentials und, insgesamt gesehen, der technisch-wissenschaftlichen Revolution seit dem 2. Weltkrieg. Dabei ist neben den Auswirkungen technischer Entwicklungen zu ermitteln, welche Funktion effektive gesellschaftliche Steuerungsmöglichkeiten der Technik im Rahmen der Konfliktregelung und Friedenssicherung erfüllen und erfüllen können. In diesem Zusammenhang ist weiterhin der gesellschaftspolitische Standort der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz als Verwalterin von Machtwissen zu bestimmen, und zwar auch in Verbindung mit "Gesellschaft und Frieden: bürgerliche Friedensbewegung und II. Internationale" und evtl. mit Projektkonzeptionen im Organisationsbereich Naturwissenschaften. 2-stündig

Krieg und Frieden in der bürgerlichen Wissenschaft

Seit ihrer Entstehung hat sich die bürgerliche Wissenschaft von den internationalen Beziehungen stets vorrangig mit den Ursachen von Kriegen und den Möglichkeiten ihrer Verhinderung befaßt. Zwar trug sie dazu bei, Legenden der "Staatskunst" zu zerstören, aber indem sie Konflikte und Kriege als reine Überbauphänomene der "Staatengesellschaft" begriff, leistete sie zugleich Beiträge zur Entwicklung neuer oder Modifikation alter Ideologien des Krieges und der Kriegsverhinderung. Die Veranstaltung soll einmal dazu dienen, Entwicklung, Aussagen und Perspektiven der bürgerlichen Wissenschaft zu

hinterfragen und zum anderen dazu, die nach wie vor üblichen Strategien und Methoden des auswärtigen Konfliktverhaltens einschließlich alternativer Modelle der Kriegsverhinderung mit den Ergebnissen der bürgerlichen Wissenschaft zu konfrontieren. 2-stündig

Der Imperialismus und die ökonomische, technologische, politische und soziokulturelle Dynamik von Konflikten Nord-Süd

Veranstalter: Hinz, Seibt, Wohlmuth, NN
(VAK 116)

Die Geschichte der "3. Welt" ist die Geschichte der manifesten und der strukturellen Gewaltanwendung der Zentren gegen die Peripherie im Weltmaßstab. Die formale Entkolonialisierung verschleiert die Verstärkung der Gewaltanwendung ebenso wie die imperialistische Funktion des "nation building". In diesem Vorhaben soll der Nord-Süd-Konflikt exemplarisch auf seine Ursachen und Auswirkungen, auf sein Konfliktpotential und seine Dynamik sowie auf die Ansätze und Bedingungen emanzipatorischer Strategien hin untersucht werden. Zunächst mit dem Rüstungsexport und später mit der Ideologie und Praxis des "nation building" werden wesentliche Herrschaftsinstrumente untersucht. Mit der Theorie der Übergangsgesellschaft sollen ein zentrales Problem der Emanzipation und in einer anschließenden Veranstaltung zum Konflikt zwischen den USA und der VR China eine der Hauptspannungsbeziehungen im Nord-Süd-Verhältnis (und im Ost-West-Konflikt) behandelt werden.

Beiträge zum Arbeitsvorhaben

Die Theorie der Übergangsgesellschaft am Beispiel Chinas

Auf dem Hintergrund der entwicklungssoziologischen Alternative des kapitalistischen und nicht kapitalistischen Entwicklungsweges der sog. Entwicklungsländer erweist sich heute die unter dem Titel "Theorie der Übergangsgesellschaft" geführte Diskussion gerade für den Nord-Süd-Konflikt als zentral. Die politisch-ökonomische Entwicklung der VR China beansprucht dabei einen besonderen Stellenwert. Die Veranstaltung soll im ersten Teil die Theorie der Übergangsgesellschaft als Problem der Entwicklungsökonomie generell behandeln, dann die asiatische Produktionsweise in diese Diskussion einbeziehen und schließlich verschiedene Übergangsgesellschaften miteinander vergleichen. Im zweiten Teil soll die politische Ökonomie Chinas im historischen Querschnitt aufgearbeitet werden. 2-stündig

Rüstungsökonomie und "3. Welt"

Am Beispiel von Konflikten in und zwischen Entwicklungsländern soll geprüft werden, welche Rolle die internationale Rüstungsindustrie bei der Entstehung und Ausweitung dieser Konflikte spielt. Die Vermutung, daß die Militärausgaben der Entwicklungsländer in dem Verhältnis ansteigen, in dem sich die sozioökonomischen Entwicklungsbedingungen verschlechtern, bedarf einer eingehenden Prüfung. Es ist dazu notwendig, relevante imperialismustheoretische Ansätze zu prüfen und durch eine Kombination von Struktur- und Abhängigkeitsanalysen für einige dieser Länder den Einfluß der internationalen Rüstungslobby konkret nachzuweisen. Einführend soll zunächst die Rolle der Militärausgaben im Staatsbudget und die Rolle der Armee in Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der Entwicklungsländer betrachtet werden. Anschließend soll versucht werden, die De- und Neokolonisationsprozesse dieser Länder auf dem Hintergrund dieser Fakten zu analysieren und Perspektiven für emanzipatorische Strategien aufzuzeigen. Insbesondere müssen die Voraussetzungen von weiteren Konflikten in und zwischen Entwicklungsländern geprüft werden. 2-stündig

Imperialismus ökonomische, technische, politische, soziologische, kulturelle Dynamik von Konflikten Ost-West

**Veranstalter: Bress, Jaroslawska, Seibt
(VAK 117)**

Mit der Oktoberrevolution erlangte die globale und kontinentale Konfliktstruktur eine neue Qualität. Von der bewaffneten Intervention in der UDSSR über begrenzte Kooperationsbeziehungen und die wechselnden Koalitionen 1939-1945 entwickelte sich der Konflikt zwischen den antagonistischen Gesellschaftssystemen in der Nachkriegszeit zum Kalten Krieg zwischen hegemonial integrierten Blöcken und unter den Bedingungen des atomaren Patts weiter zu begrenzten Kooperationsbeziehungen mit Folgeerscheinungen für den Nord-Süd-Konflikt und die beiderseitigen Hegemonialbereiche. In diesem Arbeitsvorhaben sollen die globale, die europäische und die deutsche Dimension des Konflikts auf ihre Zusammenhänge, Determinanten und Entwicklung hin untersucht werden. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach den Perspektiven alternativer Modelle der Kriegsverhinderung und der Emanzipation in Europa. Das Arbeitsvorhaben wird in Zusammenhang mit Arbeitsvorhaben 3 behandelt werden.

Beitrag zum Arbeitsvorhaben

Zu den ökonomischen Aspekten der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit in Europa (EWG und RGW) unter den Bedingungen der Integrationsprozesse

Es sollen die Grundprinzipien der internationalen Arbeitsteilung und die Grundlagen für die friedliche Zusammenarbeit beider sozialökonomischen Systeme – als Kernproblem der friedlichen Koexistenz untersucht werden. Die Veranstaltung soll einen historischen Querschnitt der Entstehung der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung geben und aufgrund der Gesetzmäßigkeiten ihrer Entwicklung einerseits sowie Tendenzen in der Entwicklung in der EWG andererseits, ein theoretisches Schema der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erarbeiten. Anschließend soll versucht werden, die aus dem friedlichen Zusammenwirken beider Systeme resultierenden Einflüsse auf den Verlauf und das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft zu analysieren und die bürgerlichen Auffassungen über die Zusammenarbeit (Konvergenztheorie) kritisch zu behandeln. 2-stündig

In das Gesamtprojekt einführende Literatur:

Galtung, Johan: A. Structural Theory of Imperialism. In: Journal of Peace Research. 1971/2, p.81-117.

(Artikel) „Imperialismus“. In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Bd.3.1969. Sp.25-59.

Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Imperialismus. Köln, Berlin 1970 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 37.Geschichte).

Fremdsprachenunterricht (FSU)

Veranstalter: Martini, Pophanken, Schwischay, Vater, Wagner, Watson (VAK 118)

Da an dieser Universität ein Studiengang für Fremdsprachenlehrer, der inhaltliche Prioritäten setzt, noch nicht entwickelt werden konnte, muß die Studiengangsplanung mit zum Gegenstand von Projekten gemacht werden.

Das Projekt FSU stellt sich daher die Aufgabe, die wissenschaftlichen Grundlagen und die Praxis des heutigen Fremdsprachenunterrichts zu problematisieren und einer eingehenden Analyse zu unterziehen. Ausgehend von den dabei gewonnenen Erkenntnissen kann eine Beschreibung des zukünftigen Fremdsprachenunterrichts versucht werden. Aus einer solchen Beschreibung

können dann die für die Ausbildung von Fremdsprachenlehrern relevanten Qualifikationsanforderungen abgeleitet werden.

Das Projekt muß so angelegt werden, daß

1. Qualifikationen für den gegenwärtigen Fremdsprachenunterricht vermittelt werden;
2. Voraussetzungen für positive Veränderungen des heutigen Fremdsprachenunterrichts geschaffen werden;
3. Kriterien für die Entwicklung eines Studienganges für Fremdsprachenlehrer im Rahmen des Bremer Modells abgeleitet werden können.

Die bisherige Planung hat gezeigt, daß der Fremdsprachenunterricht durch eine Vielfalt von Faktoren beeinflusst und determiniert ist. Nach dem bisherigen Stand der Planung ergeben sich folgende Themenkreise:

1. Ideologische, ökonomische und politische Hintergründe des gegenwärtigen Fremdsprachenunterrichts (Begründungsmotive, Auslesefunktion des FSU)
2. Lernziele und Inhalte des Fremdsprachenunterrichts
3. Grundlagen und Prinzipien der didaktischemethodischen Programmierung im Fremdsprachenunterricht
 - didaktische Modelle (bildungstheoretisch, informationstheoretisch, lerntheoretisch)
 - linguistische Grundlagen (Grammatiktheorie, kontrastive Analyse, Pragmalinguistik)
 - literaturwissenschaftliche Grundlagen (Literatur im weitesten Sinne)
 - psychologische Grundlagen (Lernpsychologie, Entwicklungspsychologie, Psycholinguistik)
 - soziokulturelle Voraussetzungen
4. Objektivierbare Leistungsmessung im Fremdsprachenunterricht (Spracheignungstests, Einstufungstests, Leistungstests; Konstruktion und Validierung von Tests)
5. Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes von Medien im Fremdsprachenunterricht

Es ist evident, daß diese Themenkreise in einem auf drei Semester angelegten Projekt nicht erschöpfend erarbeitet werden können. In vieler Hinsicht wird sich das Projekt auf die Erarbeitung von weiterführenden Fragestellungen beschränken müssen. Den Abschluß des Projekts bildet die Erprobung und Auswertung von Unterrichtseinheiten.

1. Projektsemester

Grundlagen und Prinzipien der didaktisch-methodischen Programmierung im Fremdsprachenunterricht.

Veranstalter: Vater, Wagner, NN.

Dieses Arbeitsvorhaben ist als zentrales Arbeitsvorhaben anzusehen und für alle Vollzeiteilnehmer des Projekts verbindlich. Es ist zu erwarten, daß sich Arbeitsvorhaben frühzeitig in Arbeitsgruppen gliedern wird, die sich zu eigenen Arbeitsvorhaben entwickeln können.

Historische, politische, ökonomische und ideologische Hintergründe des Fremdsprachenunterrichts

Veranstalter: Martini, NN, Pophanken

(VAK 119)

Konstruktive Lehrwerkkritik

Veranstalter: Schwischay, Vater, Watson, NN

(VAK 120)

Linguistische Grundlagen des Fremdsprachenunterrichts

Veranstalter: Schwischay, Wagner, NN

(VAK 121)

Prinzipien der Modellbildung – Modell der sprachlichen Kommunikation – Grammatiktheorie – linguistische Einzelprobleme – Überleitung zu grammatischen Einzelfragen zur linguistischen Vorbereitung von Unterrichtseinheiten

2. Projektsemester

Entwicklung von Kriterien für die Konstruktion von Unterrichtseinheiten und Planung von Unterrichtseinheiten

3. Projektsemester

Erprobung und Auswertung von Unterrichtseinheiten

Für Studenten, die sich nach dem 2. Projektsemester zum Examen melden, fällt die Erprobung der Unterrichtseinheit in die Semesterferien. Die Auswertung sollte Gegenstand der Examensarbeit sein.

Für Studenten, die schwerpunktmäßig am Projekt FSU teilnehmen, beträgt die Stundenbelastung 6 Wochenstunden. Die Teilnahme an Arbeitsvorhaben und Instruktionkurs 1 wird als verbindlich angesehen.

Studenten, die schwerpunktmäßig an anderen Projekten teilnehmen, können nach eigenem Ermessen an einzelnen Arbeitsvorhaben und Kursen mitarbeiten. Es wird versucht, die Verbindung mit anderen Projekten auch organisatorisch zu sichern. Das betrifft insbesondere die Projekte Aufklärung, Arbeiterkultur und Kompensatorische Erziehung (besonders schulische Sprach-erziehung).

Konkret geplant ist bisher ein Vorhaben im Rahmen von Arbeitsvorhaben 3 "Konstruktive Lehrwerkkritik" in Verbindung mit dem Projekt "Kultur der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des Imperialismus"

(verantwortlich: Ian Watson; Themen: Kritik der Schilderung des Alltagslebens in Großbritannien und der sog. Verbürgerlichung der britischen Gesellschaft – Prüfung von Schulausgaben von "Klassikern" – Bearbeitung von sozialkritischen Texten für den Schulgebrauch – Untersuchungen zum Einfluß der "pop culture" und des sog. "kulturellen Imperialismus" bei deutschen Schülern).

Das Projekt FSU ist ein Gemeinschaftsprojekt für Anglisten und Romanisten. Das bedeutet, daß innerhalb der einzelnen Arbeitsvorhaben und Kurse sprachhomogene Gruppen gebildet werden müssen. Soweit organisatorisch möglich, werden die Lehrveranstaltungen in der jeweiligen Fremdsprache abgehalten.

Eine Differenzierung für Studienanfänger und Fortgeschrittene ist nicht vorgesehen und nach Anlage des Projektes auch nicht erforderlich. Für Studenten, die sich nach dem 2. Projektsemester zum Examen melden wollen, werden besondere Maßnahmen getroffen (vgl. auch Absatz 3).

Für Kontaktlehrer besteht die Möglichkeit, ihre bisherige Unterrichtserfahrung kritisch zu verarbeiten. Weiteres Informationsmaterial sowie erste Literaturhinweise werden zu Beginn des Semesters zur Verfügung gestellt.

Elementare, artikulatorische Phonetik

Veranstalter: Wagner

(VAK 122)

Pronunciation exercises

Veranstalter: NN

(VAK 123)

Exercises de pronunciation

Veranstalter: NN

(VAK 124)

Basic Grammar, systematische Übungen auf der Grundlage eines diagnostischen Tests

Veranstalter: NN

(VAK 125)

Grammaire fondamentale, systematische Übungen auf der Grundlage eines diagnostischen Tests

Veranstalter: NN

(VAK 126)

Vergleichende Grammatik und Stilistik Deutsch-Englisch

Veranstalter: NN, NN

(VAK 127)

Vergleichende Grammatik und Stilistik Deutsch-Französisch

Veranstalter: NN, NN

(VAK 128)

Übersetzungsübungen Deutsch-Englisch

Veranstalter: NN, NN

(VAK 129)

Übersetzungsübungen Deutsch-Französisch

Veranstalter: NN, NN

(VAK 130)

Aufklärung

Veranstalter: Bress, Bürger, W. Drechsel, Grubitzsch, Hahn, Metscher, Ott, Sanders, Teerhorst

(VAK 131)

Das Projekt Aufklärung dient dem Ziel, die historische Dimension der produktiven und geschichtsgestaltenden Rolle des Menschen aufzudecken und damit die Bedeutung der Praxis für die Formation gesamtgesellschaftlicher Prozesse – sozialökonomischer und politischer ebenso wie ideologischer – freizulegen.

Gegenstand des Projekts ist die Epoche des Aufstiegs des Bürgertums, zum einen, weil das Selbstverständnis der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft noch weitgehend durch Konzepte bestimmt ist, die aus der Epoche der Aufklärung stammen, zum anderen, weil die progressiven Tendenzen des revolutionären Bürgertums vom dialektischen und historischen Materialismus – ver-

standen als Theorie der internationalen Arbeiterbewegung – aufgenommen sind. Dieser Begründungszusammenhang und mit ihm die Frage nach Liquidation und Rezeption progressiv-bürgerlicher Tradition in kapitalistischen und sozialistischen Ländern sollen in den einzelnen Arbeitsvorhaben erörtert werden. Der Widerspruch zwischen den „aufklärerischen“ Ansprüchen der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft und denen der sozialistischen (d.h. auch denen der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Gesellschaft) wird damit zum zentralen Bezugspunkt des Projekts: Die Aufarbeitung der Aufklärung muß in der Auseinandersetzung mit dem dialektischen und historischen Materialismus erfolgen.

Das Projekt umfaßt neben Bestandteilen des Bereichs Kommunikation/Ästhetik auch solche aus dem Bereich Arbeitslehre/Politik/Geschichte, denn die historisch-materialistische Methode des Umgehens mit Literatur und Theorie verbietet es, diese vom Produktionsprozeß und seinen politischen Formationen zu abstrahieren, wie auch jene nicht losgelöst von den jeweiligen gesellschaftlichen Bewußtseinsformen analysiert werden können.

Für zukünftige Lehrer (besonders Sekundarstufe I und II) gilt es, zu untersuchen, inwieweit sie bei der Curriculumkonstruktion von materialistischen Positionen aus zurückgreifen können auf die Geschichte fortschrittlicher Ansätze der Emanzipation des Menschen zu Beginn der bürgerlichen Gesellschaft – auf die Geschichte derjenigen Ansätze also die die bürgerliche Gesellschaft selbst aufgrund ihrer Klassengegensätze nicht wirklich werden lassen konnte. Von dieser Aufgabenstellung aus geht in das Projekt die Frage nach der gesellschaftlichen Funktion aktueller bildungspolitischer Maßnahmen und Programme ein, deren Einschätzung wiederum nur nach einer Untersuchung ihrer Genese und ihres geschichtlichen Funktionswandels gelingen kann.

Materialistische Positionen enthalten den praktischen Anspruch, die besten Traditionen emanzipatorischer bürgerlicher Theorie zu bewahren und sie vom Standpunkt der Klasse der Produzenten (Lohnarbeiter) aus weiterzuführen. Die Untersuchung historischer Gesellschaftsmodelle könnte dazu beitragen, die Perspektivlosigkeit technokratischer Konzepte in der bürgerlichen Gesellschaft der Gegenwart zu erkennen und Wege zu entwickeln, wie fortschrittliche Traditionen zur Bewußtseinsbildung genutzt werden können.

Wirtschafts-, Sozial- und politische Geschichte der Epoche der Aufklärung

Veranstalter: Hahn, Ott

(VAK 132)

Das Arbeitsvorhaben beginnt mit einer 6-stündigen Kurzvorlesung (24.4. bis 5.5.) an die sich Arbeitsgruppen (8.5. bis Semesterende) anschließen.

Kurzvorlesung: Sozialgeschichte des 17./18. Jahrhunderts im Grundriß (mit Literaturbericht)

Arbeitsgruppen: Quelleninterpretationen, Diskussion von Forschungsproblemen

Das Arbeitsvorhaben wird die ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse ausleuchten, auf denen die Aufklärung als Ideologie der europäischen Bourgeoisie in der Emanzipation basiert. Es soll Voraussetzungen dafür schaffen, daß diese Ideologie als Ausdruck dieser bestimmten Verhältnisse begriffen und aus ihnen erklärt werden kann; deshalb wird die Teilnahme am Arbeitsvorhaben "Wirtschafts-, Sozial- und politische Geschichte der Epoche der Aufklärung" allen Studenten empfohlen, die im Projekt Aufklärung mitarbeiten wollen.

Das Arbeitsvorhaben bezieht sich auf sozial- und fachwissenschaftliche Bestandteile der Studiengänge Arbeitslehre/Politik, Geschichte, Deutsch, Englisch, Französisch.

Das Arbeitsvorhaben soll sozial- und fachwissenschaftliche Bestandteile der Studiengänge Arbeitslehre/Politik (Schwerpunkt Geschichte), Deutsch, Englisch und Französisch enthalten.

Ökonomische Theorie der Aufklärung

Veranstalter: Bress, Metscher, Ott, Sanders

(VAK 133)

Das Arbeitsvorhaben ist so strukturiert, daß Studenten die Möglichkeit haben, an bestimmten Arbeitsteilen ihrer Wahl teilzunehmen (Baukastenverfahren). Aufgabe des Arbeitsvorhabens ist es, charakteristische Positionen bürgerlicher Ideologie zwischen Aufklärung und historischem Materialismus zu erarbeiten und diese zugleich als Teile der ideologischen Vorgeschichte des historischen und dialektischen Materialismus verständlich zu machen.

Leitende Fragestellungen: Entwicklung des Arbeitsbegriffs als zentraler Begriff der bürgerlichen Aufklärung und seine Weiterbildung im wissenschaftlichen Sozialismus/Bildung und Funktion der Kategorie der Geschichte/Probleme der Konstituierung von Klassenbewußtsein bürgerlicher und materialistischer Bildungs- und Kulturbegriff/Problem des humanistischen Kulturerbes/Aktualität des Gegenstandsbereichs im Sektor der Ideologiebildung und ideologischen Auseinandersetzungen im Kontext des Systemvergleichs, seine Relevanz für Unterricht und Unterrichtsform.

Das Arbeitsvorhaben gliedert sich in folgende Arbeitsteile:

1. und 2. Semester

1. Einführung in die Problemstellung

- a) Zur gesellschaftlichen Relevanz der Beschäftigung mit Aufklärung heute
- b) Zum allgemeinen Begriff von Aufklärung
 - Positionen bürgerlicher Theorie zwischen Aufklärung und historischem Materialismus
 - Nationalökonomie und politische Theorie in England/Schottland
 - Entwicklung der deutschen idealistischen Philosophie: Kant, Fichte, Hegel
 - Entwicklung europäischer sozialistischer Theorie von ihren Frühformen zum wissenschaftlichen Sozialismus
 - Feuerbach, Marx und Engels

2. und 3. Semester

2. Literatur in Deutschland und England/Schottland

1. Aufklärung und deutsche Klassik; Hölderlin, Jakobinismus, Romantik
2. Bürgerliche Literatur in England und Schottland; Burns, Blake, Wordsworth, Coleridge, Shelley, Scott
3. Theoretische Auswertung des Arbeitsvorhabens und Entwicklung einer Unterrichtseinheit
Der Beitrag zur Entwicklung einer Unterrichtseinheit im Rahmen des Gesamtprojekts soll mit dem Schwerpunkt auf Theorieanteilen (Idealismus/Materialismus) und Literatur geleistet werden.

Das Arbeitsvorhaben soll erziehungs- und sozialwissenschaftliche sowie fachwissenschaftliche Bestandteile der Studiengänge Deutsch, Englisch, Arbeitslehre/Politik (Schwerpunkte Geschichte und Politik) enthalten und Qualifikationen für das Schulfach Philosophie vermitteln.

Legitimationsstrategien bürgerlicher Bildungspolitik

**Veranstalter: W. Drechsel, Grubitzsch
(VAK 134)**

Das Arbeitsvorhaben geht von populären Leitvorstellungen der gegenwärtigen Bildungspolitik ("Bildung ist Bürgerrecht"; "Gleichheit der Bildungschancen"; "mündige Staatsbürger" usw.) aus und untersucht am Beispiel der Chancengleichheit, inwiefern solche Zielvorstellungen als Legitimationsstrategien einer gegenläufigen Praxis fungieren. Im Rekurs auf ihren historischen Ursprung im vorrevolutionären Bürgertum der französischen Aufklärung soll die gesellschaftliche Bedingtheit solcher Leitvorstellungen erfaßt und der Gegensatz von fortschrittlichem Postulat und affirmativer Funktion als ein

Widerspruch bürgerlicher Verhältnisse analysiert werden.

Das Arbeitsvorhaben ist für Studenten des Projekts "Aufklärung" und des Projekts "Kompensatorische Erziehung" konzipiert. Es soll erziehungswissenschaftliche Bestandteile aller Lehrerstudiengänge und fachwissenschaftliche Bestandteile der Studiengänge Arbeitslehre/Politik (Schwerpunkt Geschichte) und Französisch enthalten.

Grundpositionen der französischen Aufklärung

**Veranstalter: Bress, Bürger, Sanders, Teerhorst
(VAK 135)**

1. Semester: Grundpositionen der französischen Aufklärung

Französische Literatur des 18. Jahrhunderts als Ausdruck der Emanzipation des Bürgertums; Vorbereitung der Französischen Revolution. Ansätze zur historisch-soziologischen Interpretation literarischer Texte: Montesquieu und die noblesse de robe – Voltaire und das Großbürgertum – Rousseau und das Kleinbürgertum.

2. Semester: Aufklärung und Gegenaufklärung im 19. Jahrhundert

de Bonald, Chateaubriand und de Maistre als Theoretiker der Gegenaufklärung; die französischen Frühsozialisten (Fourier, Saint-Simon); Stendhal als Spätaufklärer.

3. Semester: Theoretische und unterrichtspraktische Auswertung; das Verhältnis von Theorie und Praxis im Zeitalter der Aufklärung und heute; Erstellung einer Unterrichtseinheit.

Das Arbeitsvorhaben soll erziehungs- und fachwissenschaftliche Qualifikationen des Studiengangs Französisch enthalten.

Irrationalismusproblem in der französischen und deutschen Aufklärung

**Veranstalter: Bürger, NN
(VAK 136)**

Ziel des Arbeitsvorhabens ist die Bestimmung der gesellschaftlichen Funktion des Irrationalen in der Epoche des Rationalismus. Unter dieser Fragestellung werden das bürgerliche Trauerspiel (Diderot, Lessing) und der bürgerliche Roman (Goethe, Werther; Rousseau, La Nouvelle Heloise) untersucht. Im Rahmen dieses Arbeitsvorhabens ist die Erarbeitung einer Unterrichtseinheit vorgesehen. Das Arbeitsvorhaben soll fach- und erziehungswissenschaftliche Bestandteile der Studiengänge Deutsch und Französisch enthalten.

Tutorenprogramm

Manfred Ott: Zur Wirtschafts-, Sozial- und politischen Geschichte des frühen Bürgertums

Hans-Jörg Tidick: Daniel Defoes Robinson Crusoe als Beispiel der Widerspiegelung bürgerlicher Welt zu Beginn des 18. Jahrhunderts

Hans Sanders, Christa Terhorst: Eigentumsbegriff und Klassenproblematik in der französischen Literatur des 18. Jahrhunderts

Projektplenum

Zur Koordination der einzelnen Arbeitsvorhaben und zur Diskussion der gemeinsamen Fragestellungen werden in der zweiten Hälfte des Semesters Projektplenen (voraussichtlich alle drei Wochen; vierstündig) für alle Teilnehmer des Projekts eingerichtet.

Ausführliche Erläuterungen des Projekts und der geplanten Arbeitsvorhaben liegen ab 7. April im Zi. C229 (Frau Preis) aus.

Entstehung der materialistischen Geschichtsauffassung

Veranstalter: J. Jaroslawska

(VAK 137)

Probleme historisch-materialistischer Dialektik: Analysis und Synthesis durch körperliche und geistige Arbeit; gesellschaftliche und individuelle Konstitutionsprozesse

Veranstalter: Noack, Schafmeister, Schwedler, W. Drechsel

(VAK 138)

A. Einführende Bemerkungen

Das vorgeschlagene umfangreiche Projekt zehrt von zentralen Fragestellungen und wesentlichen Ergebnissen einer Reihe von traditionellen akademischen Fächern wie Philosophie, Wissenschaftstheorie, Anthropologie und theoretische Soziologie ebenso wie von denjenigen stärker empirisch orientierter Fächer, z.B. Sozialgeschichte, Politische Ökonomie, Ethnologie, Sozial- und Individualpsychologie, selbst Physik und Chemie. Es soll aber gelernt werden, sich der wissenschaftlichen Arbeitsteilung etablierter Fächer nicht einfach als gleichsam metaphysischer Vorgegebenheit zu unterwerfen, sondern sie als durch die Arbeitsteilung in der Gesellschaft und deren sozialer Organisation vermittelt zu begreifen. Das Spezifische der Arbeitsvorhaben des Projekts soll darin liegen, die Konstitution sowohl der gesellschaftlichen Objektivität und

ihrer Momente als auch des Wissens in seinen verschiedenen Bereichen und Formen durch Arbeit zu untersuchen. Durch Arbeit vermittelte Subjekt-Objekt-Konstellationen machen also das Systematische und Verbindende des Projekts aus. Die Bedeutung solcher Konstitutionsuntersuchungen dürfte einmal in der Förderung einer uneingeschüchterten und produktiven Einstellung gegenüber wissenschaftlichen Expertendomänen liegen, zum anderen in der Befreiung der politisch-praktischen Einstellung zur gegenwärtigen Gesellschaft von bekenntnishaft-dogmatischen Momenten. Nicht Rücknahme der Versuche politischer Praxis in und außerhalb der angetriebenen Berufe in bloße Reflexion ist intendiert, sondern größeres Selbstbewußtsein solcher Versuche durch eine kontinuierliche Grundsatzdiskussion.

B. Skizze der drei Hauptaspekte des Projekts

a) Realkonstitution gesellschaftlicher Objektivität durch Arbeit (gesellschaftliche Synthesis)

Bei diesem Aspekt der Konstitutionsproblematik geht es zunächst um die elementare Unterscheidung von Natur und Gesellschaft, von natürlichen und gesellschaftlichen Prozessen und Tatsachen; d.h., um die Überlegung, daß "die Menschengeschichte sich dadurch von der Naturgeschichte unterscheidet, daß wir die eine gemacht und die andere nicht gemacht haben" (Marx, Vico). Die die Menschengeschichte konstituierende Arbeit, zunächst allgemein als die den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur vermittelnde, regulierende und kontrollierende Tätigkeit bestimmt, erfolgt in concreto jeweils auf einem bestimmten technischen Niveau (Stand der Produktivkräfte) und unter bestimmten sozialen Organisationsformen (Produktionsverhältnisse). Zentrale Fragen bei der Untersuchung der wichtigsten historischen Produktionsweisen sind die nach den in ihnen sich ausbildenden Herrschaftsformen und Denkweisen. – Im Verfolg dieser Fragen erweist sich von ähnlicher Bedeutung wie die Unterscheidung von Gesellschaft und Natur die ebenfalls mit dem Begriff der Arbeit verbundene Unterscheidung von Mensch und Tier. Auch die Tiere reproduzieren sich, d.h., regeln ihren Stoffwechsel mit der Natur außerhalb ihrer, vermittels arbeitsähnlicher Operationen. Die menschliche Arbeit zeichnet sich jedoch, auch als körperliche, durch ein relativ selbstständiges geistiges Moment, durch die ideelle Antizipation des Resultats aus. In diesem "zweckmäßigen Willen" gegenüber den zu erarbeitenden Gegenständen als Spezifikum des menschlichen Gattungswesens steckt die historische Möglichkeit den Menschen zur freien Entfaltung seiner eigenen Fähigkeiten und Bedürfnisse, "indem er sich zu sich selbst als der

gegenwärtigen, lebendigen Gattung verhält, indem er sich zu sich als einem universellen, darum freien Wesen verhält." (Marx) Zugleich steckt darin aber auch die historische Möglichkeit, daß die personale Einheit geistiger und körperlicher, planender und ausführender Arbeit zerbricht, und die Herrschaft von Menschen über Menschen, die Herrschaft selbstständiger antagonistischer Sozialstrukturen als Herrschaft eines "automatisierten Subjekts" (Marx) aus sich entläßt.

b) Wissenskstitution durch individuelle geistige Arbeit (theoretische Synthesis)

Unter diesem zweiten Aspekt der Konstitutionsproblematik sollen die Arbeitsvorhaben u.a. folgende Thesen behandeln, die zunächst einmal Problembereiche bezeichnen. — Erkennendes Subjekt, Erkenntnisobjekt und die zwischen beiden vermittelnde Abstraktions-, Identifikations- und synthetisierende Arbeit sind ebenso wie die regulative Idee der Wahrheit selbst, unter der die vermittelnde Erkenntnisarbeit steht, historisch entsprungen und vermittelt. Die Bedingungen der Möglichkeit von wissenschaftlicher Erkenntnis, deren Konstitutionsbedingungen also, sind nicht "an sich" (irgendwie apriorisch oder transzendent), sondern sie sind selbst schon konstituiert im Prozeß der Realkonstitution gesellschaftlicher Objektivität. Trotzdem kommt der Wissenskstitution durch individuelle geistige Arbeit eine relative Selbstständigkeit zu. Diese Selbstständigkeit ist vor allem dort groß, und sie ist vor allem dort mit hoher Objektivität der Wissenschaften (im Sinne intersubjektiver Nachprüfbarkeit) verbunden, wo es sich entsprechend der oben getroffenen Unterscheidung um die Erkenntnis von natürlichen im Gegensatz zu sozialen Prozessen und Tatsachen handelt. Relative Selbstständigkeit heißt hier, daß die Rede von immanentem wissenschaftlichen Fortschritt sinnvoll ist. So sind z.B. theoretischer Fortschritt und theoretische Synthesis von Physik und Chemie an allen Forschungsstätten (seien es die der spät-kapitalistischen Großindustrie, der MJT, der Max-Planck-Gesellschaft oder diejenigen in Nowosibirsk) die gleichen. Sie sind gesellschaftsunspezifisch; obwohl selbstverständlich die Reihenfolge der Inangriffnahme von Problembereichen, die Geschwindigkeit der Problemlösungen (beides abhängig von Investitionsentscheidungen, die systemspezifisch sind) und die Verwendung oder Nichtverwendung der wissenschaftlichen Resultate im Interesse der Menschen oder gegen dieses politisch und sozial-ökonomisch zutiefst vermittelt sind. Im Gegensatz zu den Naturwissenschaften kann bei der theoretischen Synthesis in den Sozialwissenschaften nicht nur die Reihenfolge der Inangriffnahme und die Geschwindigkeit der

Problemlösungen über die Wissenschaftsimmanenz hinausweisen, sondern auch Richtung und Qualität der theoretischen Synthesis selber kommen nicht mehr allein aufgrund wissenschaftsimmanenter Kriterien zustande. Wegen der Vermitteltheit der sozialen Objektivität durch Arbeit, Geist und Interessen der gesellschaftlich arbeitenden und agierenden Subjekte ist für das erkennende Subjekt, das ja an der sozialen Objektivität teilhat, allein schon die Einheit des jeweiligen Erkenntnisobjekts, seine sprachlich vermittelte deskriptive Identifizierung nicht so unproblematisch und methodologisch kodifizierbar wie in den Naturwissenschaften (zumal den nomologischen) – ohne daß darum wissenschaftliche Willkür Platz greifen müßte. Diese läßt sich in den Sozialwissenschaften allerdings nur vermeiden, wenn die beiden Aspekte der Konstitutionsproblematik nicht nur hinsichtlich der Bedingungen der Möglichkeit wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern auch nach Maßgabe der zur Rede stehenden konkreten Erkenntnisprobleme selber aufeinander bezogen werden. Ohne diese Andeutungen hier weiter differenzieren zu können – zur Kritik stehen jedenfalls alle wissenschaftstheoretischen Konzeptionen, die unter Eliminierung des Begriffs der Arbeit das Verhältnis von Erkenntnissubjekt und Erkenntnisobjekt “dezisionistisch” und mit universalwissenschaftlichen Anspruch glauben definieren zu können.

c) Konstitution von alltäglichen Bewußtseinsformen und Einstellungen

Die hier zu untersuchenden Resultate von Konstitutionsprozessen stehen eigentümlich zwischen den beiden zuvor behandelten. Einerseits sind sie notwendige Momente der Realkonstitution gesellschaftlicher Objektivität durch Arbeit; andererseits fallen sie aber nicht mit dem (oben unter B.a) erwähnten geistigen Moment an der Arbeit, worin das Arbeitsergebnis ideell antizipiert wird, zusammen. Vielmehr handelt es sich um Bewußtseinsformen und Einstellungen, die die Arbeit und die anderen Lebensbereiche interpretierend begleiten, ohne jedoch den Anspruch der (unter B. b) behandelten regulativen Idee der Wahrheit zu erfüllen, und oft ohne daß die Träger dieser Bewußtseinsformen und Einstellungen sie überhaupt erfüllen könnten oder wollten. Diese Träger kommen unter dem hier behandelten Aspekt der Konstitutionsproblematik nicht als Arbeitende (entweder als konkret-nützliche Arbeit oder als Erkenntnisarbeit Leistende), als aktive Subjekte also, in Betracht, sondern wesentlich als reaktive, die sich den Erfordernissen und Ansprüchen ihrer unmittelbaren Lebensverhältnisse anpassen und dabei, so gut es gehen will, ihre kurzfristigen, sog. lebenspraktischen Interessen zu wahren suchen.

“Auch die Nebelbildungen im Gehirn der Menschen sind notwendige Sublimate ihres materiellen, empirisch konstatablen und an materielle Voraussetzungen geknüpften Lebensprozesses.“ Marx hat die Notwendigkeit dieser ideologischen Reflexionsformen in der kapitalistischen Gesellschaft abzuleiten gesucht:

1. In der Produktionssphäre ist das selbstständige geistige Moment von der ausführenden Arbeit abgespalten und als planende Arbeit zur Funktion des Kapitals geworden. Die Arbeiter reagieren darauf weitgehend resigniert mit einer instrumentellen Einstellung zur Arbeit (Jobber-Haltung).
2. In der Zirkulationssphäre wird den Menschen die universelle Konkurrenzinstellung und die Ideologie des gerechten Tausches anezogen. Ersteres läßt die freien sinnlichen und kommunikativen Beziehungen zwischen den Menschen veröden; letzteres führt angesichts der offensichtlichen sozialen Ungerechtigkeiten, die sich vermittels des Warencharakters der Arbeitskraft zwischen Zirkulations- und Produktionssphäre konstituieren (Mehrwerttheorie), zu Frustration und Apathie.
3. In der Konsumtionssphäre ist der Arbeiter zuvörderst von der Reproduktion seiner Arbeitskraft okkupiert. Was darüberhinaus an Zeit und Überschüssen verbleibt, verwendet der Arbeiter auf die bloße “individuelle Konsumtion”, die die Versagungen kompensieren soll, welche aus der entfremdeten Arbeit, aus der dem Arbeiter gleichgültigen “produktiven Konsumtion” in der Produktionssphäre erwachsen. Diese offensichtlich fortschreitende Fixierung des “Selbstbewußtseins” und der “Sinnggebung” auch der arbeitenden Menschen auf die Konsumtionssphäre wird vom Kapital im Interesse der Verkaufbarkeit der Waren, d.h., aus seinen Realisierungsproblemen heraus, nachdrücklich verstärkt (Reklame, Bildzeitung).
Aufgabe der Arbeitsvorhaben besteht hier darin, die theoretischen Interpretationen dieser alltäglichen Bewußtseinsformen und Einstellungen zu differenzieren (z.B. hinsichtlich des schnell wachsenden Anteils der verschiedenen Angestelltengruppen an den Lohnabhängigen; “Angestelltenkultur” etc.) und die Voraussetzungen dafür zu untersuchen, daß sich aus den apathisch-resignativen politisch-solidarische Reaktionsweisen herausbilden. Eine weitere Aufgabe von Arbeitsvorhaben liegt in der Kritik von theoretischen Konzeptionen, die zwar die Erscheinungs- und Verlaufsformen des adaptiven Sichzurecht-Findens der Individuen und die interaktiven Verinnerlichungsmechanismen von angebotenen Verhaltensnormen und

Identitätsmustern zu beschreiben vermögen, die aber strukturelle Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse, denen diese Normen und Muster sich einfügen, nicht thematisch machen – kurz, die den Konstitutionsprozeß dieser vermittelnden ideologischen Momente im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Synthesis nicht explizieren (Rollen-, Handlungs- und Interaktionstheorien).

C. Übersicht über intendierte Arbeitsvorhaben

1. Die marxistische Theorie der Gesellschaftsformationen
2. Erkenntnistheoretische Probleme der marxistischen Politischen Ökonomie
3. Wissenskonstitution in Bereichen mit unhistorischem Erkenntnisobjekt (nomologisches Wissen in den Naturwissenschaften)
4. Wissenschaft und Gesellschaft
5. Kritik soziologischer Theorien, die die Subjekt-Objekt-Dialektik in Inter-subjektivität auflösen
6. Mythos, Rationalität, Ideologie – zur Geschichte des Alltagsbewußtseins

Theoretischer Fortschritt und theoretischer Zusammenhang in naturwissenschaftlichen Disziplinen

**Veranstalter: Noack, Schafmeister, Schwedler
(VAK 61)**

In der traditionellen Betrachtungsweise der "analytischen Philosophie" erscheinen die Naturwissenschaften als ein statisches System von auseinander ableitbaren und aufeinander bezogenen Gesetzmäßigkeiten (erkenntnislogische Perspektive). Die Entwicklung der Naturwissenschaften zu größerer theoretischer Einheit bei gleichzeitig zunehmender Differenzierung wird erst von einer "rational-kritizistischen Wissenschaftstheorie" ins Blickfeld gerückt. Diese versteht wissenschaftliche Erkenntnis wesentlich als Wettstreit von Hypothesen, die kritischer Prüfung ausgesetzt werden müssen (epistemogene Perspektive).

In der angekündigten Veranstaltung soll vor allem diese letztere Perspektive behandelt werden, am Beispiel der Rolle der Theorie in Physik, Chemie und evtl. auch Biologie. Dabei wird u.a. auch zu untersuchen sein, wie die in diesem Jahrhundert eingetretene arbeitsteilige Trennung zwischen Theoretischer und Experimenteller Physik den Fortschritt in der Physik beeinflusst.

Die Veranstaltung erscheint in erster Linie für fortgeschrittene Studenten (aller Organisationsbereiche) geeignet; es käme darauf an, das Spezifische der

naturwissenschaftlichen Rationalität deutlich zu machen, die ihr Erkenntnisobjekt, soweit auf nomologisches Wissen abgezielt wird, als reproduzierbaren Vorgang, d.h., unhistorisch definiert. Während Studenten der Mathematik und Physik im Zusammenhang mit diesen methodologischen Klärungen exemplarische Exkurse in die Theoretische Physik anstellen könnten, käme es für Studenten der Lehrerbildung und der Sozialwissenschaften in erster Linie darauf an, die Differenz zu der sozialwissenschaftlichen Rationalität herauszuarbeiten, deren Erkenntnisobjekte in wesentlichen Problembereichen historisch und durch Arbeit, Geist und Interessen vermittelt sind. Hier wäre z.B. die Marxismus-Kritik des kritischen Rationalismus ihrerseits kritisch zu untersuchen. In dieser Hinsicht kann die Veranstaltung als Arbeitsvorhaben im Rahmen des Projekts "Probleme historisch-materialistischer Dialektik: Analysis und Synthesis durch materielle und geistige Arbeit; gesellschaftliche und individuelle Konstitutionsprozesse" angesehen werden.

Marx Ethik und Sozialismus

Veranstalter: Jaroslawska

(VAK 139)

Zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors Teil II

Veranstalter: Gottschalch, Tutoren

(VAK 140)

Im ersten Teil wurden an Hand des Feuerbach-Kapitels der "Deutschen Ideologie" Probleme der materialistischen Geschichtsauffassung und vor allem die Frage nach dem Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein diskutiert.

Auf dieser Grundlage wollen wir uns im nächsten Semester den Problemen der Arbeitsteilung unter besonderer Berücksichtigung der Trennung von materieller und geistiger Produktion zuwenden, die Veränderung der Qualifikationsstruktur auf dem Arbeitsmarkt der BRD seit 1945 erkunden, dann aber vor allem die Reformvorschläge für die Lehrlingsausbildung analysieren. Wir erwarten, daß uns so eine relativ sachverständige Einschätzung der heute in der Bildungspolitik wirksamen Kräfte und Tendenzen möglich wird.

Der Kurs wird in kleinen Gruppen arbeiten. Stand im vorigen Semester gemeinsame Textlektüre und Diskussion im Vordergrund, so sollen im Sommersemester Kurzreferate ausgearbeitet und diskutiert werden.

Die Trennung von Bildung und Ausbildung: Arbeitserziehung und Herstellung von Staatsloyalität in der öffentlichen Schule im 19. Jahrhundert

Veranstalter: W. Drechsel

(VAK 141)

Die Frage nach dem Auseinanderfallen von Bildung und Ausbildung ergab sich aus der Arbeit einer Gruppe des Kurses "Geschichte der Erziehung", die über das bloße Konstatieren, Erziehung impliziere sowohl die Qualifizierung der Individuen für den Arbeitsprozeß wie auch deren ideologische Disponierung für Herrschaft oder Beherrschung, im vergangenen Semester nicht hinauskam.

Wie Qualifizierungs- und Domestizierungsprozesse im Erziehungswesen organisiert und miteinander vermittelt werden und auf welche Weise in der Qualifikationsstruktur einer Gesellschaft deren Klassenstruktur sich durchsetzt, soll – wenigstens ansatzweise – anhand einer Untersuchung des Ursprungs der Trennung von Bildung und Ausbildung geklärt werden.

Wenn auch zum Ausgangspunkt dieser Überlegungen einzelne schulgeschichtliche Daten des 19. Jahrhunderts gewählt wurden, verbindet sich damit nicht der Anspruch, Historie im Sinne einer Herstellung möglichst lückenloser Kontinuität oder wenigstens "großer Linien" aufzuarbeiten; Ziel des Vorhabens soll vielmehr sein, das historische Verhältnis von Arbeitserziehung und politischer Sozialisation an denjenigen Punkten genauer zu bestimmen, die als tradierte Institutionen, Theorien oder Ansprüche in die gegenwärtige Diresmption von Bildung und Ausbildung hineinwirken, um von daher widersprüchliche Momente des Qualifikationsbegriffs konkretisieren zu können.

Als solche Punkte haben sich in der bisherigen Diskussion ergeben:

- Entstehung, Bildungsziele und Herrschaftscharakter des Gymnasiums in Preußen (W. v. Humboldt, Schulpolitik bis zur Einführung der Abiturientenprüfung) als einer explizit von konkreter Arbeit abgetrennten Bildungsinstitution, die zur Ausübung von Herrschaftsfunktionen befähigt;
- Einrichtung eines von der allgemeinbildenden Schule abgehobenen Berufsschulwesens (Fortbildungsschulen, Berufsschulen), in dem sich das staatliche Interesse an Qualifikationen für industrielle Arbeit mit staatlichen Immunisierungsstrategien gegen die Arbeiterbewegung verbindet.

In beiden Fällen wird es erforderlich sein, die Entwicklung der Volksschule in die Analyse einzubeziehen, weil nur in dieser Verklammerung die Funktion des Gymnasiums wie der Berufsschule bestimmt werden kann. Darüber hinaus

sollte mit einer gemeinsamen Untersuchung der Volksschule (z.B. der Demokratisierungsbestrebungen von 1848 und der Reaktion auf sie, vgl. Stiehlsche Regulative etc.) erprobt werden, wie man die verengten Begriffe von Arbeitserziehung (vgl. heute: "Arbeitslehre") und politischer Sozialisation (vgl. heute: "politische Bildung") verändern muß, um zu Aussagen über Qualifizierungsprozesse zu kommen.

Voraussichtliche Studiengangsbestandteile:

Erziehungswissenschaftliche für Lehrer aller Studiengänge und für Sozialpädagogen: fachwissenschaftliche in geringerem Umfang für Arbeitslehre/Politik-Lehrer mit dem Schwerpunkt Geschichte

Didaktische Modelle und Unterrichtsmethoden

Veranstalter: Ammen, W. Drechsel

(VAK 142)

In diesem Vorhaben sollen Modelle und Methoden unter ideologiekritischen, sozialwissenschaftlichen und politikökonomischen Gesichtspunkten in Hinblick auf ihre Zielgruppen Lehrer und Schüler sowie auf ihre gesellschaftliche Funktion hin untersucht werden. Dabei soll der sozialhistorische Hintergrund mit aufgearbeitet werden. D.h., es werden die gesellschaftlichen Bedingungen untersucht, unter denen beispielsweise die Debatte um den Arbeitsunterricht in der Schule entstanden ist, welche politischen Entscheidungen (Reichsschulkonferenz) getroffen wurden und welche Konsequenzen sich daraus ergeben haben, und wie diese wiederum in die pädagogische Reformdebatte eingegangen sind.

Im ersten Semester sollen inhaltlich stärker die theoretischen Modelle mit ihrer historischen Ableitung untersucht werden, was etwa in "Bernfeld: Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung" einmünden wird, wobei das Vorhaben zum Teil organisatorisch in zwei Gruppen thematisch arbeiten wird. Von Bernfeld her bietet sich an, einmal operationale Probleme der Schulwirklichkeit wie das Einstiegsproblem, das Exemplarische, die Didaktische Analyse mit Unterrichtsbesuchen aufzuarbeiten und/oder, sofern sich ein kompetenter Hochschullehrer findet, in ähnlicher Weise die didaktischen Ansätze der DDR zu untersuchen.

Inhaltlich wird sich das Vorhaben an die Probleme des Faches Arbeitslehre/Politik/Sozialkunde anlehnen und damit auch an die Konstitutionsprobleme, wie sie im Rahmen des Projekts "Probleme historisch-materialistischer Didaktik: Analysis und Synthesis durch körperliche und geistige Arbeit; gesellschaftliche und individuelle Konstitutionsprozesse" in Angriff genommen

werden. Ein Bezug zum Projekt Kompensatorische Erziehung ist durch die "Funktionsanalyse" unmittelbar gegeben.

Das Vorhaben ist vor allem für solche Studenten gedacht, die in Kürze vor dem Abschluß ihres Studiums stehen. Sie sollen u.a. auch mit den Problemen der Unterrichtsvorbereitung vertraut gemacht werden. Für Kontaktlehrer wurde von A. Ammen die Möglichkeit angeboten, aktuelle Situationen ihres Unterrichts am Ort aufzuarbeiten.

Für das Vorhaben werden 4 Stunden und zwei Semester veranschlagt. Es würde thematisch in die Unterrichtsvorbereitungen der Projekte ausmünden.

Teilnehmerzahl:
maximal 30

Qualifikationen:
Erziehungs- und fachwissenschaftliche Bestandteile des Studiengangs Arbeitslehre/Politik

Ausführliche Hinweise ab 1. April im Raum C130 (Frau Bock).

Sozialwissenschaftliche Methoden in der projektorientierten Lehrerbildung
Veranstalter: Kurth, O. Preuß
(VAK 143)

Es handelt sich um ein längerfristig zu entwickelndes Programm zur kritischen Aufarbeitung und Vermittlung sozialwissenschaftlicher Methoden unter den besonderen Bedingungen des Projektstudiums im Rahmen der Lehrerbildung.

Dies wird im Sommersemester 1972 mit dem Arbeitsvorhaben: Eigungs- und Leistungsdifferenzierung im Rahmen des Projektes Kompensatorische Erziehung angegangen. Mögliche Arbeitsschwerpunkte des Programms sollen, ausgehend von diesem Arbeitsvorhaben, im Sommersemester entwickelt werden.

Geeignet für Lehrer im Kontaktstudium.

Zur Vorbereitung Erkundungsphase
Veranstalter: Gottschalch, Keil, O. Preuß
(VAK 144)

Jugendhilfestruktur in Bremen zur Berufssituationsanalyse des Sozialpädagogen/Sozialarbeiters

Veranstalter: Bauer, Keil

(VAK 145)

Studiengang Sozialpädagogik

Fragestellungen

1.1 Grundproblem ist das Herrschafts- und Interessenverhältnis von Adressaten und Institutionen der Sozialpädagogik unter den gegebenen Produktionsverhältnissen.

1.2 Als Teilbereiche werden bearbeitet:

Kleinkindererziehung/Vorschule

Veranstalter: Keil

(VAK 146)

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit den Vergesellschaftstendenzen der Kleinkindererziehung und Vorschule unter folgenden Schwerpunkten:

- Versuch der bildungsökonomischen Bestimmung widersprüchlicher Qualifikationsbedürfnisse, die von verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen artikuliert und z.T. in theoretischen und praktischen Erziehungsprogrammen ihren Niederschlag finden.
- Analyse der sozialpolitischen Intentionen kompensatorischer Erziehungsstrategien gegenüber Kindern unter Berücksichtigung der in den USA auch für Jugendliche und Erwachsene durchgeführten Programme.
- Untersuchung der wissenschaftstheoretischen Grundlagen vorschulischer Konzeptionen, bezogen auf die Entwicklung kognitiver, affektiver und sozialer Fähigkeiten.

Systeme sozialer Sicherung und Planung

Veranstalter: Bauer

(VAK 147)

Die Auswertung und theoretische Aufarbeitung des Erkundungsmaterials soll unter der Frage nach dem Zusammenhang von betrieblichen und außerbetrieblichen Reproduktionsbedingungen des Arbeitsvermögens vorgenommen werden. Dabei zeichnen sich zwei Ebenen der Analyse ab:

- Die erste betrifft die Zusammenstellung und Aufarbeitung des gesammelten Materials über Art, Umfang und Verteilung der Gefährdung und Zerstörung der Arbeitskraft und darauf aufbauend die Auseinander-

setzung mit den vorliegenden Theorien über den Zusammenhang von Produktionsprozeß und Reproduktionsbedingungen. Diese Auseinandersetzung erscheint für die berufliche Qualifikation besonders wichtig, weil sie die Bedeutung der sich mit der Verwertung der Arbeitskraft ergebenden Lebensbedingungen aufdecken kann, deren Kenntnis allein erst die Ursachen von für sozialpädagogische Interventionen in Frage kommenden Notsituationen oder Verhaltensformen erfassen läßt. Diese Auseinandersetzung wird sich methodisch auf die Analyse der Produktion des absoluten und insbesondere des relativen Mehrwerts stützen und andererseits sich ideologie- und wissenschaftskritisch mit ausgewählten Theorien der Sozialpsychologie und der Sozial- und Arbeitsmedizin befassen.

- Ausgehend von einer polit-ökonomischen Analyse der Entwicklungstendenzen der Sozialpolitik in der BRD ist der Zusammenhang der Maßnahmen zur Herstellung "sozialer Sicherheit" (Versicherungssystem, Sozialhilfeleistungen etc.) und die längerfristig wirksamen Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitskraft zu untersuchen. Dazu gehört insbesondere die Erarbeitung eines Begriffs vom Staat unter gegenwärtigen Bedingungen wie auch der Sozialreform für gesellschaftliche Schichten und Klassen. Gleichzeitig sollen die mit diesen Maßnahmen zusammenhängenden Ideologiebildungen in ihrer politischen Bedeutung untersucht werden.

Politische Sozialisation und Sozialpolitik

Veranstalter: Keil

(VAK 148)

Die Auswertung der Erkundungsmaterialien bezieht sich auf die Bestimmung der strukturellen und genetischen Bedeutung der Politischen Bildung für

- die Herstellung von politischer und sozialer Loyalität;
- die erste Berufsfeldanalyse und damit von notwendigen und möglichen Tätigkeitsmerkmalen;
- die Vorbereitung eines Anschlußprojekts.

Dazu erscheint es notwendig, sich des gegenwärtigen Zustandes der politischen Bildung zu vergewissern, sowohl in ihren Theorieansätzen als auch in ihrer Realisierung. Um daraus Interessen und Strategien politischer Bildung zu erkennen, sollen folgende Problembereiche bearbeitet werden:

- Politische und ökonomische Bedingungen, die politische Bildung erforderlich machen und verändern;
- Auseinandersetzungen mit vorherrschenden Ideologemen;
- Ursprung und Reichweite von Reformen in diesem Bereich;
- Verhältnis von politischer und beruflicher Bildung.

Dissozialität und Sozialadministration

Veranstalter: Bauer

(VAK 149)

- Aufarbeitung der wichtigsten Theorien zur Dissozialität; Versuch, deren Leistungsfähigkeit und Grenzen zu bestimmen.
- Aufarbeitung der Ursachen von Dissozialität; Versuch, die Genese dissozialen Verhaltens in der familiären Sozialisation aus den Bedingungen des Arbeitsprozesses unter den gegebenen Produktionsverhältnissen abzuleiten;
- Aufarbeitung der "Methoden der Sozialarbeit"; Überprüfung der Effektivität von Einzelhilfe, Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit und deren theoretische Begründung
- Aufarbeitung von Problemen der Sozialadministration; Versuch, die Entwicklung der (Jugend-) Sozialgesetze in ihrer historisch-ökonomischen Abhängigkeit zu analysieren. Interpretation von Gesetzreform im Zusammenhang ökonomischer Erfordernisse. Einfluß der Organisationsstruktur der Sozialadministration auf ihre praktische Handlungsstrategien.

1.3 Die Relevanz der Fragestellungen des gesamten Projekts bezieht sich

- auf die Kenntniserweiterung bezüglich der lokalen Situation in Bremen;
- auf die Erkenntnis der historischen, sozialen, politischen und ökonomischen Voraussetzungen der gegenwärtigen Situation der Jugendhilfe;
- auf die Ableitung curricularer Elemente eines Studiengangs Sozialpädagogik aus den bearbeiteten Feldern.

Organisation

1. Das Projekt läuft über 2 Semester (Wintersemester 1971/72, Sommersemester 1972); Das Sommersemester dient der Herstellung theoretischer Zusammenhänge, die zur begrifflichen Analyse der in den Erkundungen (Wintersemester 1971/72) gewonnenen Erfahrungen, Ergebnisse und Fragestellungen notwendig sind.
2. Die Arbeitsvorhaben "Kleinkindererziehung/Vorschule" bis "Dissozialität und Sozialadministration" finden während des Sommersemesters statt; sie beanstanden 2 Std. pro Woche; zusätzlich Plenarsitzungen.

3. Das Projekt wird begleitet

- von einem Kurs “Zur Geschichte der Sozialarbeit/Sozialpädagogik” (Keil). Er soll anhand der Bearbeitung von Quellentexten einen Überblick über die Geschichte der Sozialpädagogik in ihrer strukturellen Abhängigkeit von der politisch-ökonomischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft vermitteln. Nach Bedarf wird er über das Sommersemester 1972 hinausgeführt werden; Plenum und Arbeitsgruppen sollen 2 Std. pro Woche beanspruchen.

Zur Geschichte der Sozialarbeit/Sozialpädagogik

Veranstalter: Keil

(VAK 150)

- Von einem Arbeitsvorhaben “Studiengangsplanung” (Bauer, Marzahn), in dem die curricularen Konsequenzen des “Jugendhilfe” – Projekts im Zusammenhang der überregionalen Tendenzen der Entwicklung von sozialpädagogischen Diplomstudiengängen sowie der objektiven Bedarfentwicklung bearbeitet werden sollen. Dauer: 4 Semester (bis Ende Sommersemester 1972; Planerstellung; dann Planrealisierungsüberprüfung); ca. 2 Std. pro Woche; begrenzte Teilnehmerzahl.

Studiengangsplanung

Veranstalter: Bauer, Marzahn

(VAK 152)

- Von einem Blockseminar vornehmlich zu Arbeitsvorhaben “Dissozialität und Sozialadministration (Thiersch). Dauer: 1 Woche, ganztägig. Termin: 10.-14.4.1972.

Blockseminar

Veranstalter: Thiersch

(VAK 151)

Die Praxisbestandteile (Erkundungen) des “Jugendhilfe” Projekts finden im Wintersemester 1971/72 statt.

Wahrnehmung von Lehrfunktionen:

- Hochschullehrer: vgl. die den Arbeitsvorhaben in Klammern beigefügten Namen.
- Tutoren: sind den Arbeitsvorhaben “Kleinkindererziehung/Vorschule” bis “Dissozialität und Sozialadministration” zugeordnet.
- Planer für Sozialpädagogik: Beteiligung an den Arbeitsvorhaben nach Maßgabe dessen, was für die Studiengangsentwicklung von Bedeutung ist.

Studiengangsbezüge

1. Alle Veranstaltungen sind bezogen auf den Diplomstudiengang Sozialpädagogik.
2. Vermittelt werden sollen:
 - Kenntnisse über den Zusammenhang spezifischer, aus gesellschaftlichen Widersprüchen resultierender Problembereiche mit dem Selbstverständnis, Instrumentarium und realen Effekt der auf diese reagierenden Interventionen, vermittelt an den unter "Kleinkindererziehung/Vorschule" bis "Dissozialität und Sozialadministration" aufgeführten Schwerpunkten.
 - Fähigkeit zu kooperativer, selbstständiger Planung, Organisation und Durchführung wissenschaftlicher Arbeit.
3. Das Projekt wird mit fortgeschrittenen Studenten durchgeführt. Neben den unter 1.3 genannten Zielsetzungen dient es der theoretischen Abklärung und Vorbereitung inhaltlicher Schwerpunkte des Studiengangs, innerhalb derer sich die Studenten (in Anschlußprojekten ab Wintersemester 1972/73) hinsichtlich spezifischer Berufsfelder qualifizieren sollen.
4. Ein inhaltlicher und organisatorischer Bezug zu anderen Veranstaltungen besteht insbesondere.

Politische Ökonomie/Kapital

Veranstalter: Bress, Ludwig

(VAK 153)

Kulturtheorie in Großbritannien und den USA I: Christopher Candwell

Veranstalter: Metscher

(VAK 154)

Materialistische Literatur- und Kulturtheorie I: Lukacs, Geschichte und

Klassenbewußtsein

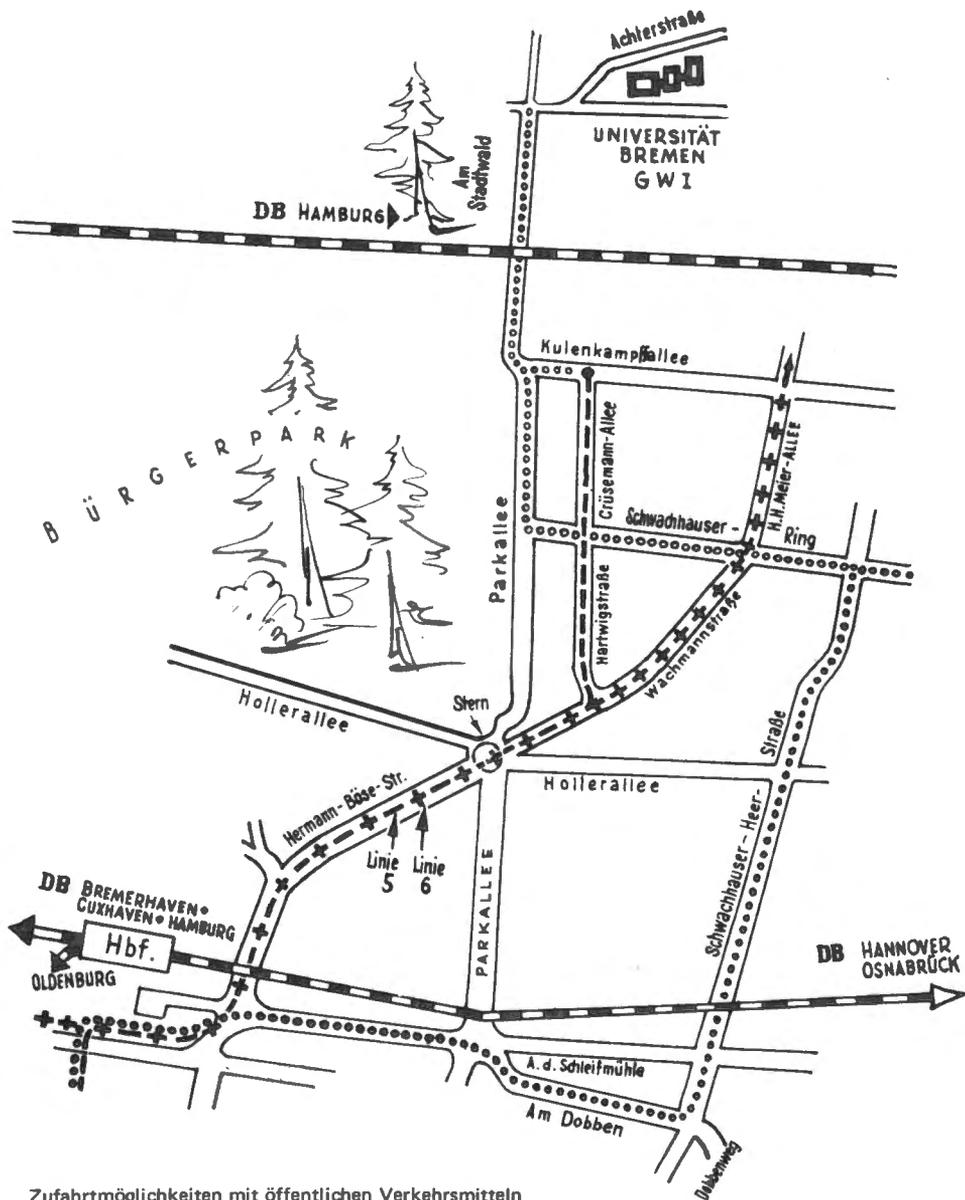
Veranstalter: Metscher

(VAK 155)

Sicherheit und Zuverlässigkeit technischer Systeme, Zerstörungsfreie Materialprüfung/Produktionskontrolle

Veranstalter: v. Aufschnaiter, Fieblinger, Schwegler

(VAK 57)



Zufahrtmöglichkeiten mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Linien 1, 5 und 6 (Straßenbahnen) ab Hauptbahnhof
Umstieg:

Linie 1 Schwachhauser Heerstr. / Schwachhauser Ring

Linie 5 Hartwigstr. / Schwachhauser Ring oder
Endhaltestelle Kulkampffallee

Linie 6 Wachmannstr. / Schwachhauser Ring

in Linie 22 (Bus) Richtung Munte bis Universität

- Linie 1 (Straßenbahn)
- +—+ Linie 5 + 6 (Straßenbahn)
- Linie 22 (Bus)